

EUROPÄISCH DENKEN
LOKAL HANDELN



Volt
Gießen

Gemeinsam für unsere Stadt

**Kommunalwahlprogramm
Stadt Gießen**

2026 – 2031



Europa beginnt hier – in der Stadt Gießen

Europa ist nicht nur Brüssel. Europa ist hier, in unseren Stadtteilen, in unserem Alltag. Europa ist der **Radweg vom Philosophikum zur Westanlage**, der mit EU-Mitteln ausgebaut wird. Es ist die sanierte **Kita im Eulenkopf**, deren Energieeffizienz durch europäische Förderprogramme ermöglicht wurde. Es sind die **Solaranlagen auf städtischen Dächern**, die durch europäische Klimaziele Realität geworden sind. Europa ist die **neue Hausärztin aus Polen**, die unsere Gesundheitsversorgung sichert, und der **afghanische Student**, der an der JLU studiert und hier bleibt – als Fachkraft und als Nachbar. Europa bedeutet für uns, dass unsere **Schülerschaft** nach Frankreich, Polen oder Spanien reist und dort Freundschaften fürs Leben schließt. Es bedeutet auch, dass unsere **Studierenden** nach Barcelona oder Kopenhagen reisen und neue Ideen mitbringen. Ebenso bedeutet es, dass unsere **älteren Mitmenschen** in Würde altern – mit den von Europa durchgesetzten Standards. Es bedeutet, dass der **Kulturgewerbehof am Walltor** von Kreativdistrikten in Amsterdam lernt und dass unser **Stadttheater** aus EU-Kulturprogrammen schöpft. Es bedeutet, dass unsere **Beschäftigten in der Landwirtschaft** von europäischen Fördermitteln profitieren und dass unsere **kleinen und mittelständischen Unternehmen** Zugang zu europäischen Märkten nutzen. Auf dem **Wochenmarkt** sind regionale Angebote genauso selbstverständlich wie internationale. Europa ist der **Bus, der pünktlich kommt**, weil europäische Verkehrspolitik uns zu einem besseren ÖPNV verpflichtet. Es ist das **Frauenhaus**, dessen Ausbau durch europäische Gleichstellungspolitik vorangetrieben wird. Es ist die **digitale Beteiligungsplattform CONSUL**, auf der die Bürgerschaft mitentscheiden kann – inspiriert von Pionieren aus Spanien und Estland. **Volt** denkt global, handelt lokal und lernt europäisch. Denn Europa ist voll von **Best Practices aus den Mitgliedsstaaten**, von denen unsere Stadt lernt: Wie funktionieren autofreie Innenstädte? Wie gelingt bezahlbarer Wohnraum? Wie digitalisiert man Verwaltung? Europa ist der Raum, in dem **Erfahrungen geteilt werden** – und wir müssen nicht jedes Problem allein lösen.

Aber Europa ist auch die **Verantwortung**, Vielfalt zu schützen – ob es die jüdische Gemeinde ist, das queere Zentrum oder geflüchtete Familien. Die Verantwortung, unsere Lebensgrundlage zu bewahren – mit sauberer Luft, grünen Städten und artenreicher Natur. Die Verantwortung, Demokratie zu schützen – durch Transparenz, Beteiligung und Antidiskriminierung. **Die Stadt Gießen kann Europa aktiv mitgestalten.** Nicht als passive Empfängerin von Richtlinien, sondern als **aktive Partnerin**.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit – **Wohnungsknappheit, Klimawandel, Verkehrsbelastung, gesellschaftliche Spannungen** – lösen wir nicht allein in Gießen. Wir lösen sie gemeinsam: mit dem Landkreis, mit Hessen, mit Deutschland und mit Europa. **Europa beginnt hier** – in der Weststadt und im Eulenkopf, am Seltersweg und am Brandplatz, im Philosophikum und am Marktplatz, in unseren Nachbarschaften, in unserer Stadt Gießen.

Gemeinsam gestalten wir die Zukunft – für die nächsten 30 Jahre und darüber hinaus.

INHALT

NACHHALTIGE REGION & LEBENSRAUM	6
Wohnungsbau und Stadtentwicklung	7
Klimaresiliente Stadtentwicklung	7
Kühlachsen-System – Grüne Lungen gegen Hitzeinseln	7
Schwanenteich – Mediation statt Konfrontation	9
Innenstadt & Quartiere	10
Walltor-Quartier – Strategische Sanierung statt Abwärtsspirale	10
Brandplatz bis Marktplatz – Identität statt Beliebigkeit	11
Seltersweg – Leerstandsreaktivierung und Branchenmix-Steuerung	12
Elefantenklo – Herausforderung für das Stadtentwicklungskonzept	13
Wohnen & Soziale Mischung	14
Nachhaltige Bauplanung & Digitale Standards	16
Klimaneutrale Musterbauordnung	16
Digitaler Bauantrag und Building Information Modeling (BIM)	18
Verkehr & Mobilität	21
ÖPNV-Zuverlässigkeit als Voraussetzung der Verkehrswende	22
Radverkehr als Rückgrat der Mobilität	24
Parkraumbewirtschaftung – Sozial gerecht und klimafreundlich	26
Mobility-Hubs – Knotenpunkte der 15-Minuten-Stadt	28
Ehrenamt und Mobilität – Kostenfreier ÖPNV als Anerkennung	30
Klima, Energie & Biodiversität	32
Klima	32
Klimaneutral bis 2035	33
Klimaresilienz	34
Energie	35
Wärme- und Kälteversorgung	35
Optimale Stromerzeugung	36
Innovativer Energieverbrauch	37
Biodiversität	37
Biodiversitätsstrategie, Steuerung und Monitoring	38
Grünflächen und öffentliche Vorbildfunktion	38
Wälder und Forstwirtschaft	39
Gewässerschutz und Renaturierung	40
Biotopverbund und Vernetzung	41
Tierschutz	41
Finanzielle Unterstützung von Tierheimen und Tierschutzvereinen	42
Katzenschutzverordnung	42
Tierschutzgerechtes Stadttubenmanagement	43
Igelschutz und Regulierung von Mährobotern	44
Wildtier- und Vogelschutz im Siedlungsbereich	45

Pestizidfreie kommunale Grünflächen	45
Hundesteuer für Tierheim-Hunde aussetzen	46
Wildtierfreie Zirkusse	47
BILDUNG & GESUNDHEIT	48
Bildung	48
Frühkindliche Bildung	48
Schulbildung	49
Hochschulbildung	53
Studentisches Wohnen	53
Fachkräftebindung bei Bildungsmigration	54
Außerschulische Bildung, Sprachförderung und Integration	54
Sportförderung	56
Medizin & Gesundheit	57
Ärztliche Versorgung & Koordination	58
Rücküberführung des UKGM in öffentliches Eigentum	59
Pflege & Würde im Alter	59
Innovative Notfallversorgung	60
Digitale Gesundheitsstrategie	61
Gesundheitsförderung & Prävention	62
Frauengesundheit & Reproduktive Rechte	63
Kostenlose Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen	65
INNOVATION, WIRTSCHAFT & SICHERHEIT	67
Finanzen, Wirtschaft & Industrie	67
Finanzen	67
Wirtschaft	69
Gründungsförderung und Innovation	69
Moderne kommunale Wirtschaftsförderung	70
Digitale Wirtschaft und Daten als Infrastruktur	71
Regionale Wertschöpfung und nachhaltige Energie	72
Regionale Landwirtschaft stärken	73
Sozial gerechte Wirtschaftspolitik	74
Lebendige Innenstadt und starker Seltersweg	75
Ein Brandplatz, der Menschen anzieht	76
Nachhaltige und wirtschaftlich kluge Gewerbeflächenstrategie	77
Industrie	78
Flächenpolitik und smarte Industriegebiete	78
Industrie 4.0 und digitale Transformation	79
Klimafreundliche Produktion	80
Arbeit und Industrie gerecht gestalten	81
Sicherheit, Ordnung & Justiz	82
Kommunaler Präventionsrat – Vernetzung für ein sicheres Gießen	82
Brandschutz und Katastrophenschutz	84

Ordnungspartnerschaft - digitale Vernetzung statt Parallelstrukturen	85
Sicherheitsbeirat und öffentliche Debatte - Vertrauen durch Mitsprache	86
Inklusive Sicherheit	87
Gendersensible Beleuchtung und Heart Zones - Sicherheit für alle	87
Rechtsnahe Infrastruktur	88
Jugendgerichtshilfe stärken - Prävention statt Strafe	88
Schöffenwesen modernisieren - Justiz für alle	90
Barrierefreier Zugang zum Recht - Justiz für alle zugänglich machen	91
Digitale Sicherheit	92
IT-Sicherheit der Stadt stärken - Prävention gegen Cyberangriffe	92
Digitalisierung, Verwaltung & Smart City	93
Gesamtstrategie	94
Bürgerzentrierte Verwaltung	94
Digitale Infrastruktur	95
Offene Daten	96
Digitale Souveränität	97
Digitale Teilhabe und Kompetenz	98
Nachhaltige Digitalisierung	99
DEMOKRATIE, TEILHABE & VIELFALT	101
Bürgerschaftsbeteiligung	101
Digitale Beteiligungsinfrastruktur	101
Moderne Beteiligungsplattform mit CONSUL	101
Livestream der Stadtverordnetenversammlung	103
Transparenz und Informationsfreiheit	104
Informationsfreiheitssatzung für Stadt und Landkreis	104
Verbindliche Beteiligungsstandards	105
Beteiligungsleitlinien mit Qualitätssicherung	105
Pilot-Bürgerräte - geloste Stadtgesellschaft entscheidet mit	106
Plurale Gesellschaft	107
Kommunales Antidiskriminierungskonzept	107
Systematische Antidiskriminierungstrainings für die Verwaltung	108
Diskriminierungsmonitoring	109
Dialog und Vernetzung gegen Hasskriminalität	110
Menschen mit Behinderung	111
Barrierefreie Stadtplanung für öffentliche Räume und Verkehrsmittel	111
Barrierefreien Wohnraum fördern	112
Barrierefreie Kommunikation und Digitalisierung	113
Geschlechtergerechtigkeit und Schutz vor Gewalt	114
Ausbau von Frauenhausplätzen	114
Kommunaler Aktionsplan gegen häusliche Gewalt	115
Vielfalt sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten (LGBTIQ+)	116
Queeres Zentrum stärken und Sichtbarkeit erhöhen	116

Bildungsarbeit zu queeren Lebensweisen	117
Verwaltungspraxis konsequent queer-sensibel gestalten	117
Jüdisches Leben fördern und schützen	118
Jüdisches Leben erhalten, Gemeinde unterstützen und Gedenken fördern	118
Soziales	120
Strukturelle Armutsbekämpfung	120
Präventionsketten gegen Kinderarmut	120
Housing First: Gießener Modell ausbauen	121
Kita-Ausbau und Familienzentren stärken	122
Jugendparlament einrichten	123
Jugendzentren und niedrigschwellige Angebote ausbauen	124
Migration und Integration	125
Willkommenskultur: Welcome Center etablieren	125
Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten beschleunigen	126
Welcome to Ausbildung – Brücke in den Arbeitsmarkt	126
Mehrgenerationenhäuser	127
Kultur	128
Kulturelle Infrastruktur zukunftssicher gestalten	129
Kreativwirtschaft und Kulturgewerbehof am Walltor-Quartier	130
Freie Kulturszene stärken und Experimentierräume schaffen	132
Soziokultur in Stadtteilen verankern	133
Nachtleben, Clubkultur und sichere Freiräume	134
Kunst im öffentlichen Raum	137
Erinnerungskultur neu denken	138
Kulturelle Bildung für alle	139
Europa	141
Gießen als Eurotown	141
EU Bürgerschaftsbeteiligung	142
Europäische Identität in Gießen	143
Städtepartnerschaften	144

NACHHALTIGE REGION & LEBENSRAUM

Gießen 2035 – klimaresilient, sozial gerecht, lebenswert

Die Stadt Gießen steht an einem Wendepunkt. Die Kommunalwahl 2026 entscheidet, ob unsere Stadt den Sprung zur klimaresilienten, sozial gerechten Zukunft schafft oder in bekannten Problemen verharret. Die GEO-NET Stadtklimaanalyse zeigt: An über 30 Tagen pro Jahr herrscht Wärmebelastung mit gefühlten Temperaturen über 32 °C. Besonders vulnerable Gruppen wie Kinder, Ältere und chronisch Kranke sind gefährdet. Gleichzeitig verschärfen Wohnraumknappheit, vernachlässigte Quartiere und unzureichende Verkehrsanbindung die Lebensqualität.

Was die Gießener Bürgerschaft fordert – das zeigt unsere Infostand-Umfrage "Gießen, was Volt ihr?" vom Oktober 2025:

- **Stadtentwicklung:** Brandplatz aufwerten, Walltor-Quartier sauberer machen, mehr Grün, mehr öffentliche Toiletten, bessere Spielplätze
- **Verkehr:** Fahrradwege zwischen Stadt und Umland (Beispiel: Engstelle Wettenberg-Gießen), ÖPNV ausbauen, Park & Ride
- **Mehr sozialer Wohnungsbau:** Sozial gemischtes Wohnen (Pilotprojekte), bezahlbares Wohnen
- **Sauberkeit:** Mehr Mülleimer, saubere Innenstadt

Volt Gießen strebt bis 2031 eine **integrierte, evidenzbasierte Stadtentwicklung** an, die Klimaschutz, sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Dynamik verbindet. Wir setzen auf **Leuchtturmprojekte statt Gießkanne, Bürgerbeteiligung statt Top-Down und Mehrfachförderung statt große kommunale Finanzierungsanteile.**

Unsere Prioritäten für die Stadt Gießen:

- **Kühlachsen-System** als grüne Lungen gegen Hitzeinseln
- **Walltor-Quartier, Brandplatz, Lindenplatz, Kirchplatz, Marktplatz, sowie "Elefantenklo"** als strategische Sanierungsgebiete
- **Flussstraßenviertel** als Modell für soziale Mischung weiterentwickeln
- **Mobility-Hub Erdkauterweg** als Testfeld für die Verknüpfung von Stadt und Land
- **Klimaneutrale Musterbauordnung** als Standard für alle Um- und Neubauten
- **Building Information Modeling und digitaler Bauantrag** als Instrumente für beschleunigte Prozesse und mehr Nachhaltigkeit.

Diese Prioritäten sind eng verzahnt mit dem Landkreis Gießen, denn Stadt und Land teilen gemeinsame Herausforderungen: Klimaanpassung, bezahlbarer Wohnraum und nachhaltige Mobilität. Während das Wahlprogramm für die Stadt auf innerstädtische Verdichtung, Quartiersentwicklung und ÖPNV setzt, fokussiert sich das Wahlprogramm für den Landkreis auf Dorfentwicklung, ländliche Mobilität, gute Anbindungen in die Stadt und interkommunale Kooperationen (siehe Landkreis-Wahlprogramm, Kapitel "Dorfentwicklung & ländlicher Raum").

Wohnungsbau und Stadtentwicklung

Gießen wächst – aber der Wohnraum wächst nicht im gleichen Tempo. Die Stadt steht vor einer dreifachen Herausforderung: **Klimaanpassung in der verdichteten Innenstadt, bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensschichten und Quartiersentwicklung in vernachlässigten Gebieten.**

Die Bürgerschaft fordert in unserer Infostand-Umfrage klar:

- Mehr sozialer Wohnungsbau
- Sozial gemischtes Wohnen (Pilotprojekte)
- Zentrale Plätze aufwerten, Walltor-Quartier sauberer machen

Doch **Neubau allein löst das Problem nicht** – das zeigen Erfahrungen aus Hamburg, Berlin und München: Zwischen 2009 und 2019 verdoppelte sich der Neubau in Deutschland. Gleichzeitig explodierten die Mieten. Volt setzt deshalb auf **Umbau statt Neubau, Aufstockung statt Versiegelung, gemeinwohlorientierte Konzeptvergabe statt Höchstpreis.**

Verweise auf Landkreis-Programm: Während die Stadt auf **innerstädtische Nachverdichtung, Aufstockung und vielfältige Wohnprojekte** setzt, adressiert der Landkreis **Dorfentwicklung, Leerstand in Ortskernen und ländliche Wohnraumversorgung**, siehe dazu auch Landkreis-Programm im Kapitel Dorfentwicklung.

Klimaresiliente Stadtentwicklung

Kühlachsen-System – Grüne Lungen gegen Hitzeinseln

Klimaschutz · Klimaresilienz · Biodiversität · Gesundheit · Wohnen & Stadtentwicklung

Herausforderung

Die GEO-NET Stadtklimaanalyse 2022 zeigt deutlich: Gießens Innenstadt weist **hohe bis sehr hohe humanbioklimatische Belastungen** auf. An mehr als 30 Tagen pro Jahr herrscht Wärmebelastung mit gefühlten Temperaturen über 32 °C. Hitzewellen werden durch den Klimawandel häufiger und intensiver, besonders vulnerable Gruppen (Kinder, Ältere, chronisch Kranke) sind gefährdet.

Gleichzeitig identifiziert die Studie **klimaökologisch hochwertige Ausgleichsräume mit "überörtlich bedeutsamen Kaltluftentstehungsgebieten und Kaltluftleitbahnen"**:

- **Wiesecktal:** Wichtigste Frischluftachse von Süd nach Nord
- **Schiffenberger Tal:** Kaltluftzufuhr von Ost
- **Lahnau:** Westliche Kühl- und Frischluftversorgung

Diese Frischluftkorridore sind durch Bebauungsdruck gefährdet. Ohne konsequenten Schutz droht die Versiegelung wertvoller Kaltluftentstehungsgebiete, was die Hitzebelastung in der Innenstadt weiter verschärfen würde.

Ziel

Volt fordert die **verbindliche Ausweisung und systematische Aufwertung eines Kühllachsen-Systems** als "Stadtweite Klimaschutzgebiete". Bis 2031 sollen 50.000 m² entsiegelt und die Durchschnittstemperatur in der Innenstadt um 1,5 °C gesenkt werden.

Maßnahmen

Freiraumsicherung und Grünvernetzung

- **Bebauungsverbot** in identifizierten Kaltluftentstehungsgebieten
- **Biotopverbund** zur Vernetzung der Freiräume
- **Schwammstadt-Pilotprojekt:** Regenwasserrückhaltung durch Versickerungsmulden, Rigolen und begrünte Retentionsflächen statt Kanalisation
- **Schutz und Aufwertung der Freiflächen** mit besonderer Bedeutung für die Kalt- und Frischluftproduktion

Aktivmobilität statt Kfz-Verkehr

- **Fahrradschnellwege Uniklinikum–Schiffenberger Weg–Innenstadt** (4–5 m breit, baulich getrennt, beleuchtet, möglichst kreuzungsfrei).
- **Fußgängerfreundliche Querungen** mit Zebrastreifen, Mittelinseln und verlängerten Grünphasen.
- **Integration eines Mobility-Hubs am Erdkauterweg** im Schiffenberger Tal als multimodaler Knoten (weitere Leuchtturmprojekte sind denkbar an zentralen Verkehrsknoten um die Stadt und in der Stadt, z.B. Bahnhof)

Klimaangepasste Bebauung

- **Dach- und Fassadenbegrünung** möglichst als Regelfall bei Neubauten und größeren Sanierungen vorsehen; wo technisch möglich, soll mindestens eine Gebäudeoberfläche (Dach oder Fassade) begrünt werden, ergänzt durch passende Förderangebote wie GrüneMitteGießen und gute lokale Beispiele wie die Sanierung des THM-Hochhaus C10.
- **Natürliche und CO₂-speichernde Baumaterialien** (Holz, Lehm, Recyclingbeton, etc.) bevorzugen und fördern.
- **Umbau vor Neubau:** Bei allen größeren Vorhaben soll systematisch geprüft werden, ob eine Sanierung oder Umnutzung möglich ist, da aktuelle Studien zeigen, dass dies im Lebenszyklus in der Regel deutlich weniger Emissionen verursacht als Abriss und Neubau. Bis zu 75% weniger Emissionen durch Bestandserhalt und geringere Gesamtkosten unter Einbezug des Lebenszyklus.

- **Reduktion der Oberflächenerwärmung** durch Verwendung heller, reflektierender Oberflächen.

Best Practices

- **Hamburg RISA-Projekt:** Wassersensible Stadtplanung mit vernetzten grünen Rückhalteräumen entlastet die Kanalisation und verbessert die städtische Luftkühlung um bis zu 2 °C.
- **Leipzig Schwammstadt:** Urbanes Regenwassermanagement reduziert Überflutungsrisiken und schafft 12.000 m² neue Grünflächen.
- **Kopenhagen Klimaanpassung:** 300 grüne "Climate Quarter" Projekte bis 2025 realisiert – Vorbild für systematische Freiraumsicherung.

Schwanenteich – Mediation statt Konfrontation

Partizipation · Biodiversität · Klimaschutz · Barrierefreiheit

Herausforderung

Die Bürgerinitiative "Rettet die Bäume am Schwanenteich" warnt vor **dramatischen Folgen der geplanten Dammsanierung**: Vier Jahre gesperrte Wege, Verlust wertvoller Altbäume (teilweise über 100 Jahre alt), fehlende Bürgerschaftsbeteiligung bei einem Projekt von erheblicher stadtklimatischer und ökologischer Bedeutung. Der Konflikt zwischen technischem Hochwasserschutz und ökologischer Aufwertung eskaliert.

Ziel

Volt fordert **externe Mediation statt Konfrontation** mit unabhängigen Dammbau-Experten und Ökologinnen, um zu prüfen, ob moderne Verfahren wie durchwurzelungssichere Innendichtungen (BAW-Standard) oder Wurzelschutz-Systeme einen höheren Baumerhalt ermöglichen als die 2022 geprüften Varianten. Hochwasserschutz ist nicht verhandelbar – aber intelligente Lösungen wie in München zeigen: Ökologie und Sicherheit sind vereinbar.

Maßnahmen

- **Externe, neutrale Mediation** zwischen Stadt Gießen, Bürgerinitiative, Naturschutzverbänden und Fachplanern beauftragen.
- **Schwammstadt-Sanierung:** Naturnahe Dammbefestigung mit wasserundurchlässigen, begrünbaren Materialien und heimischen Stauden).
- **Ökologische Aufwertung:** Mindestens 1:1-Ersatz für gefälltte Bäume durch Neupflanzungen von Klimabaumarten (Platane, Linde, Ulme); Wildblumenwiesen; Totholzhabitate; Insektenhotels.
- **Barrierefreie Wegeführung** mit taktilen Elementen, ausreichenden Ruhezeiten und rollstuhlgerechten Erschließungen.

- **Bürgerbeteiligung:** Zukunftswerkstatt mit Anwohnern, Naturschutzverbänden und regelmäßigen Nutzergruppen (Spaziergehende, Eltern, Senioren).

Best Practices

- **BAW-Merkblatt:** Dämme mit durchwurzelungssicherer Innendichtung erlauben Gehölzerhalt
- **Österreich (BOKU Wien):** Geschlossene Gehölzbestände erhöhen die Standsicherheit um Faktor 10-50 im Vergleich zur Grasnarbe.

Innenstadt & Quartiere

Walltor-Quartier – Strategische Sanierung statt Abwärtsspirale

Wohnen & Stadtentwicklung · Wirtschaftsförderung · Kultur & Kreativität · Lebensqualität

Herausforderung

Das Walltor-Quartier versinkt in sozialer Leere: Monostruktur aus To-Go-Gastronomie, Wettbüros und Spätis, Drogenkriminalität, Angsträume nach Einbruch der Dunkelheit, Müllproblem. Oktober 2025: Schüsse in einem Wettbüro am Marktplatz mit drei Verletzten.

Ziel

Ganzheitliche Revitalisierung des Viertels durch eine engagierte Mischung aus Ordnung, Hilfestellungen und Gewerbevielfalt, um die Aufenthalts- und Lebensqualität im Viertel zu erhöhen.

Maßnahmen

Phase 1: Sofortmaßnahmen – Sicherheit und Sauberkeit

- Modernes LED-Beleuchtungskonzept mit Sichtachsen
- Public-Private-Partnership „Sauberes Quartier“: Gewerbetreibende (To-Go-Gastronomie) anteilig für Müllentsorgung verantwortlich

Phase 2: Dauerhafte Präsenz – „Walltor-Kümmerer“-Team

- Kommunalen Ordnungsdienst (fest für Walltor zuständig) – sichtbare, aber kommunikative Präsenz
- Professionelle Streetworker (Sozialarbeiter) für Drogenprävention und Hilfsangebote
- Runder Tisch Sicherheit: Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei, Ordnungsamt, Sozialdiensten, Anwohnern, Gewerbetreibenden

Phase 3: Nachhaltige Zukunft – Quartiersmanagement und Gewerbevielfalt

- Aktives Quartiersmanagement (Vollzeitstelle) als zentrale Koordination
- Proaktive Gewerbeansiedlung: gezielt vielfältige Branchen (Handwerk, Kultur, Co-Working, inhabergeführte Gastronomie)
- Pop-up-Stores und Kulturveranstaltungen
- Wochenmarkt-Extension vom Brandplatz über Lindenplatz bis über den Marktplatz

Best Practices

- **Leipzig Eisenbahnstraße:** Sanierungsgebiet mit sozialem Erhalt und kreativer Zwischennutzung
- **Dortmund Nordstadt:** Quartiersmanagement mit Streetwork und Nachbarschaftszentren
- **NRW "Frei_Fläche":** Förderprogramm für kreative Zwischennutzungen

Brandplatz bis Marktplatz – Identität statt Beliebigkeit

Wohnen & Stadtentwicklung · Klimaschutz · Klimaresilienz · Kultur & Kreativität · Partizipation

Herausforderung

Die **Brandplatzumgestaltung** ist bereits in der Planung – aber der Prozess stockt. Der Platz leidet unter fehlender Aufenthaltsqualität, Hitzebelastung und unklarer Identität. Marktbesuchende, **Anwohnende und Gewerbetreibende** kritisieren, dass ihre Anregungen aus 2023 nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Lindenplatz, Kirchplatz und Marktplatz benötigen ebenfalls dringend klimaresiliente Umgestaltung, um ihrer Funktion als zentraler Begegnungsräume gerecht zu werden.

Ziel

Historische Identität MIT Klimaresilienz verbinden. Brandplatz, Schlossgasse und Marktplatz werden zu einem klimaangepassten, multifunktionalen Stadtraum – durch intensive Bürgerbeteiligung und Testphasen vor Dauerlösung.

Maßnahmen

Klimaanpassung

- **Schwammstadt-Elemente:** Versickerungsmulden, Retentionsflächen
- **Schattenspender:** Großkronige Bäume (Klimabaumarten wie Platane, Linde)
- **Entsiegelung:** Wasserdurchlässige Beläge statt Asphalt

Historische Identität

- Denkmalverträgliche Gestaltung
- **Geschichtsvermittlung** anhand von Info-Stelen zur Stadtgeschichte
- Sichtachsen zu historischen Gebäuden erhalten

Multifunktionale Nutzung

- **Wochenmarkt vom Brandplatz bis zum Marktplatz:** Optimierte Standplätze mit Strom-/Wasseranschluss und überdachten Bereichen
- **Veranstaltungen:** Flexibel nutzbare Flächen für Stadtfeste, Open-Air-Konzerte
- **Aufenthalt:** Sitzgelegenheiten, Barrierefreiheit, WLAN

Bürgerbeteiligung

- **Zukunftswerkstatt** mit allen Nutzendengruppen (Marktbesckende, Anwohnende, Einzelhandel, Kulturszene)
- **Testphasen:** Temporäre Gestaltung vor Dauerlösung (Pop-up-Begrünung, mobile Sitzmöbel)
- **Monitoring:** Nutzendenzufriedenheit evaluieren und nachsteuern

Best Practices

- **Stuttgart Marktplatz:** Schwammstadt-Umbau mit denkmalverträglicher Gestaltung
- **Münster Domplatz:** Historische Identität mit moderner Nutzung – 90% Zustimmung
- **Barcelona Superblocks:** Multifunktionale Plätze mit hoher Aufenthaltsqualität

Seltersweg – Leerstandsreaktivierung und Branchenmix-Steuerung

Einzelhandel & Gewerbe · Lebendige Innenstadt · Nutzungsmischung · Partizipation

Herausforderung

Der Seltersweg, Gießens Haupteinkaufsstraße, leidet unter strategischen Fehlentwicklungen und hohem Leerstand. Die Kita-Räume im Seltersweg 83-85 stehen seit Januar 2025 leer und kosten die Stadt monatliche Mietkosten in Höhe von 27.000 €. Weitere Großflächen (z.B. der ehemalige „The Sting“) werden nicht besetzt und können ihr Potenzial nicht entfalten. Der Fokus liegt auf reinem Einzelhandel statt Nutzungsmischung.

Ziel

Intelligente Reaktivierung der leerstehenden Ladenflächen und multifunktionale Innenstadt mit einer gleichwertigen Mischung aus Wohnen, Bildung, Kultur und Gastronomie und Einzelhandel. Bis 2031 sollen alle Großflächen reaktiviert und die Attraktivität mithilfe eines ausgewogenen Branchenmix erhöht werden.

Maßnahmen

Phase 1: Sofortmaßnahmen – Kita-Problem lösen und Großflächen identifizieren

- Strikte Verträge mit Trägern – Freigabe nur bei tatsächlicher Nutzungsbereitschaft
- Fallback-Strategien gegen teure Leerstände (automatische Zwischennutzung statt Spekulation)

- Bestandsaufnahme: „The Sting“-Gebäude und andere Großflächen kartieren und Umnutzungsoptionen entwickeln

Phase 2: Mittelfristig – Branchenmix-Steuerung und Leerstandsreaktivierung

- BID-Leitbild aktualisieren: Wohnen, Bildung, Kultur explizit als Ziele verankern
- Gewerbe-Ansiedlung aktiv steuern (Anreize für Co-Working, Gastronomie mit Aufenthaltsqualität)
- The Sting und andere Großflächen umnutzen: z.B. als Markthalle mit regionalem Fokus oder als Räumlichkeiten der Universität (Co-Working, Bibliothek, studentisches Wohnen, Kulturräume)

Phase 3: Nachhaltige Zukunft – Multifunktionale Innenstadt

- Stabile Mieten für Einzelhändler
- Pop-up-Formate für innovative Konzepte
- Wohnen, Bildung, Kultur als selbstverständlicher Teil einer lebendigen Innenstadt
- Sicherheit: LED-Beleuchtung, Waffenverbotszone, Streetwork (wie Walltor)

Best Practices

- **Multifunktionale Innenstädte** (Stuttgart Markthalle, München Gasteig): Kultur + Co-Working + Gastronomie + Wohnen

Elefantenklo – Herausforderung für das Stadtentwicklungskonzept

Wohnen & Stadtentwicklung · Klimaresilienz · Barrierefreiheit

Herausforderung

Das Elefantenklo ist ein zentraler Zugang zur Innenstadt und verdichtet zentrale Zielkonflikte: versiegelter Betonbau statt klimaresilienter Freiräume, schwer zugängliche Ebenen trotz Anspruch auf Barrierefreiheit, streitige „Bausünde“ und zugleich Wahrzeichen. Die Debatte ist stark polarisiert: In sozialen Medien dominieren Abrissforderungen, JLU-Passantenbefragungen (2008/2017) zeigen jedoch nur 6–9 % Zustimmung zu Abriss/Kreisverkehr, aber 56,5 % Wunsch nach Veränderungen wie Begrünung, Gestaltung und besserer Beleuchtung. Zugleich bleibt die Querungsfunktion für rund 12.000 Menschen täglich zentral und prägt Handel und Aufenthaltsqualität am Selsterstor.

Ziel

Die künftige Lösung soll die Leitziele der Stadtentwicklung – klimaangepasste, barrierefreie,utzungsgemischte und wirtschaftlich starke Innenstadt – zusammenführen und den Standort als sicheren Verkehrsknoten, attraktiven Aufenthaltsraum und ggf. Kultur-/Identitätsort neu definieren.

Maßnahmen

- **Faktenbasis & Expertise:** Systematische Auswertung von JLU-Umfragen, Stadtklimaanalysen und Verkehrsdaten, ergänzt durch Gutachten aus Geografie, Verkehrsplanung, Barrierefreiheit, Denkmalschutz und Architektur.
- **Variantenvergleich:** Mindestens drei Szenarien – Sanierung/Begrünung, Teilrückbau mit Platzneugestaltung, vollständiger Rückbau mit alternativer Querung – werden nach einheitlichen Kriterien (CO₂-Bilanz, Invest-/Betriebskosten, Barrierefreiheit, verkehrliche Leistungsfähigkeit, Aufenthaltsqualität) bewertet.
- **Pflichtenheft:** Jede Lösung muss stufenfreie Querungen und Aufzüge bieten, ins Kühllachsen- und Begrünungskonzept passen (Entsiegelung, Verschattung, Begrünung), angstfreie, gut beleuchtete Unterbereiche schaffen, Raum für Kunst/Kultur eröffnen und einen messbaren Mehrwert für Seltersweg, Innenstadt und umliegenden Einzelhandel liefern.
- **Bürgerschaftsrat „Zukunft Elefantenklo“:** Ein geloster Bürgerschaftsrat bewertet die Szenarien und gibt eine Empfehlung, die Politik und Verwaltung öffentlich begründet berücksichtigen müssen. (siehe Kapitel Bürgerschaftsbeteiligung)

Best Practices

- **Brutalismus-Umnutzung:** Der begrünte Hochbunker in Hamburg-St. Pauli zeigt, wie umstrittene Betonbauten durch Begrünung und neue Nutzungen zu akzeptierten Landmarken werden.
- **Multifunktionale Plätze:** Superblocks und umgestaltete Marktplätze in Barcelona, Münster und Stuttgart verbinden Verkehr, Klimaresilienz und hohe Aufenthaltsqualität – ein Vorbild für die Neuordnung des Selterstor-Bereichs.

Wohnen & Soziale Mischung

Wohnen & Stadtentwicklung · Soziale Gerechtigkeit · Innovation · Klimaschutz

Herausforderung

Gießens Wohnungsmarkt braucht mehr bezahlbaren Wohnraum – aber nicht durch eine einzige Akteurin oder ein einziges Modell, sondern durch vielfältige gemeinwohlorientierte Ansätze. Während die Wohnbau Gießen GmbH mit 179 Wohnungen im Bau (Philosophenhöhe, Weserstraße, Am alten Flughafen) zeigt, dass kommunaler Wohnungsbau möglich ist, reicht dies allein nicht aus. Neubau allein ist ineffizient: Zwischen 2009–2019 verdoppelte sich der Neubau in Deutschland, doch Mieten explodierten parallel. Gleichzeitig droht Gentrifizierung bei großen Neubaugebieten wie dem Flussstraßenviertel (Stadt Gießen: 25,6% Kinderarmut) ohne Steuerungsinstrumente.

Ziel

Gießen wird zu einer Stadt mit **vielfältigen, gemeinwohlorientierten Wohnprojekten**, in der **bezahlbarer Wohnraum ohne Flächenfraß** entsteht. Bis 2031: **Bezahlbare Wohnungen durch vielfältige Akteure** sowie Aufstockung und Umnutzung. **Das Flussstraßenviertel wird zum Modellquartier für soziale Mischung** – mit Mietshäuser-Syndikat, Genossenschaften, 15-Minuten-Stadt und gemeinwohlorientierter Konzeptvergabe.

Maßnahmen

Konzeptvergabe statt Höchstpreis (Tübinger Modell)

- Alle städtischen Grundstücke (Flussstraßenviertel, Gail-Areal) an bestes Konzept, nicht an Meistbietende
- Bewertungskriterien: Mindestens 30% Sozialwohnungen, Gemeinwohlorientierung (Genossenschaft/Mietshäuser-Syndikat/Baugemeinschaft), Energiestandards, soziale Infrastruktur (Kita, Co-Working, Reparaturcafé), Dauerhaftigkeit (Belegungsbindung/Selbstverwaltung)
- Offenheit für alle Rechtsformen: Kommunal, genossenschaftlich, privatwirtschaftlich – entscheidend ist das Konzept
- Vorbild: Tübingen Französisches Viertel: 25% Baugemeinschaften, 20% Sozialwohnungen

Flussstraßenviertel als Modellquartier – Vielfalt statt Monokultur

- Gemeinwohlorientiertes Wohnen: Mietshäuser-Syndikat (selbstverwaltete, bezahlbare Mieten dauerhaft), Genossenschaften, Baugemeinschaften, Wohnbau Gießen als Partnerin
- 15-Minuten-Quartier: Kita, Schule, Arzt, Einkaufen fußläufig – Gießen hat beste Voraussetzungen
- Mobilität & Integration: Car-/Bikesharing, Lastenrad-Verleih, Repair-Café, Urban Gardening (interkulturell), Co-Working
- Finanzierung: KfW-Genossenschaftsförderung, Städtebauförderung, EFRE, Solidarfonds Mietshäuser-Syndikat

Aufstockung & Dachausbau – Wohnraum ohne Flächenverbrauch

- Hessisches Potenzial: 31.541 zusätzliche Wohnungen durch Aufstockung/Dachausbau (realistisch aktivierbar)
- Systematische Erfassung geeigneter Mehrfamilienhäuser + vereinfachte Genehmigungen in Holzrahmenbauweise
- KfW-Förderung: Bis zu 30% Zuschuss für Sanierung + Aufstockung
- Energievorteil: Überbauung reduziert Energiebedarf darunter liegender Wohnungen um bis zu 50%
- Alle Akteure: Kommunale Bestände, Genossenschaften, private Vermieter, Eigentümergemeinschaften einbinden

"Wohnen für Hilfe" – Homesharing aktivieren

- Kommunale Beratungsstelle + professionelle Koordination (Erfolgsfaktor: Dauerhaftfinanzierung!)
- Modell Köln: 1.000+ Wohnpartnerschaften seit 2009 (ältere Menschen + Studierende/Familien/Menschen mit Behinderung)
- Faustregel: 1 m² Wohnraum = 1 Stunde Hilfe/Monat (z.B. Einkaufen, Gartenarbeit, Kinderbetreuung – keine Pflegeleistungen)
- Effekt: Generationenübergreifend, Einsamkeit bekämpfen, günstigen Wohnraum schaffen, Nebenkosten Mietende

Genossenschaften & Mietshäuser-Syndikat fördern

- Kommunale Beratungsstelle für Genossenschaftsgründung + Mietshäuser-Syndikat
- Städtische Bürgschaften für Finanzierung
- Bevorzugte Konzeptvergabe (alle gleichberechtigt)
- Vorbild: Freiburg Dietenbach: 50% Sozialwohnungen, Mietshäuser-Syndikat + Genossenschaften integriert

Best Practices

- **Tübingen "Französisches Viertel"**: Konzeptvergabe → soziale Mischung, 25% Baugemeinschaften
- **Freiburg Dietenbach**: 50% Sozialwohnungen, Mietshäuser-Syndikat + Genossenschaften integriert
- **München Domagpark**: Genossenschaftsmodelle mit 30% Sozialwohnungen
- **Wien**: 60% kommunal/gemeinnützig, vielfältig organisiert
- **Hamburg**: Pluralistische Strategie – kommunal + genossenschaftlich + Konzeptvergabe
- **Köln "Wohnen für Hilfe"**: 1.000+ Wohnpartnerschaften, professionelle Koordination essentiell
- **Kirchheim Steingauquartier**: 45 verschiedene Projekte, offene Konzeptvergabe, Ankerprojekt-Modell

Nachhaltige Bauplanung & Digitale Standards

Klimaneutrale Musterbauordnung

Klimaschutz · Innovation · Wohnen & Stadtentwicklung · Transparenz

Herausforderung

Der Bausektor verursacht 40% der globalen CO₂-Emissionen. Die "graue Energie" (Herstellung, Transport, Entsorgung von Baumaterialien) wird in Bauordnungen ignoriert. Abriss + Neubau erzeugen bis zu 75% mehr CO₂ als Sanierung – wissenschaftlich nachgewiesen durch Fraunhofer IBP. Gleichzeitig fallen jährlich ~220 Millionen Tonnen

Bau- und Abbruchabfälle an (61% aller Abfallmengen), und die Deponiekapazität in Hessen wird knapp: Bis 2032 sinkt sie um 55%. Die Sanierungsquote beträgt nur 1% pro Jahr.

Ziel

Musterbauordnung mit verpflichtender Lebenszyklusanalyse, "Sanierung-First"-Prinzip und zirkulärem Bauen. Bis 2030: Sanierungsquote auf 5%, alle kommunalen Neubauten DGNB-zertifiziert. Stadt Gießen und Landkreis Gießen werden **erste Region in Hessen mit verbindlichen klimaneutralen Baustandards**. Alle Neubauten und Sanierungen werden nach Lebenszyklusanalyse bewertet. Kommunale Vorbildfunktion wird ernst genommen.

Maßnahmen

Der Landkreis Gießen entwickelt zusammen mit der Stadt Gießen bis 2027 eine klimaneutrale Musterbauordnung als Pionier in Hessen:

Phase 1: Neubau-Standards & Graue Energie (ab 2027)

- Lebenszyklusanalyse (cradle-to-grave) verpflichtend für alle Bauvorhaben $\geq 500 \text{ m}^2$ Nutzfläche; langfristig cradle-to-cradle.
- Design for Disassembly: Schraubverbindungen statt Verklebung, sortenreine Materialien für gute Rückbaubarkeit.
- Recyclingmaterialien bevorzugt: Recyclingbeton, Sekundärrohstoffe, regionale Beschaffung ($< 150 \text{ km}$ reduziert CO_2).
- Holzbau-Präferenz bei öffentlichen Gebäuden: Mindestens 50% der Tragstruktur aus Holz.
- Gebäudebegrünung als Standard: Mindestens 30% der Gebäudehülle (Dach oder Fassade).

Phase 2: Abrissgenehmigungs-Verfahren & Sanierung-First

- Unabhängige Gutachter prüfen vor jedem Abriss Sanierungsalternativen per LCA-Vergleich.
- Abriss nur, wenn Sanierung klar schlechter in der Ökobilanz ist, Klimaneutralität im Bestand nicht erreichbar oder Lebenszykluskosten $> 30\%$ höher sind.
- Denkmalschutz und Klimaschutz verbinden, historische Quartiere priorisieren.
- Öffentliche Registrierung aller Abrissgenehmigungen mit Begründung.

Phase 3: Förderung & innovative Sanierung

- 20% Förderbonus für innovative Sanierung (z.B. serielle Sanierung, Aufstockung).
- Serielle Sanierung mit vorgefertigten Fassaden-Modulen, 30–40% schneller, 15–50% KfW-Förderung.
- Material-Recycling-Bonus in Ausschreibungen verankern.
- KfW-BEG-Programme nutzen (Tilgungszuschüsse bis ca. 67.500 € für Effizienzhaus 40).

Phase 4: DGNB-Zertifizierung als Standard

- Alle städtischen Neubauten werden ab 2027 DGNB-zertifiziert, Gold-Standard als Ziel.
- Portfoliozertifizierung für kommunale Wohnbaugesellschaften bis 2029 zur Kosteneffizienz.
- Zertifizierungsgebühren von ca. 15.000–50.000 € amortisieren sich über Wertbeständigkeit und 20–30% niedrigere Betriebskosten.

Phase 5: Umsetzung & Beratungsstruktur

- Stadtverordneten- und Kreistagsbeschluss 2026 zur Verabschiedung der klimaneutralen Musterbauordnung.
- Beratungsstelle beim Landkreis (2 Vollzeitstellen) für LCA-Erstberatung, DGNB-Auditor-Vermittlung und KfW-Förderanträge – für Stadt und 18 Gemeinden.
- 3–5 sanierte Referenzgebäude (Schulen, Kitas, Verwaltung) bis 2028 als sichtbare Pilotprojekte für serielle Sanierung und Aufstockung.

Best Practices

- **Dänemark:** Verpflichtende LCA-Grenzwerte, alle 2 Jahre verschärft (EU-Vorreiter)
- **Baden-Württemberg KlimaG:** Lebenszyklus-Anforderungen für Landesgebäude seit 2024 (deutsches Vorbild)
- **Energiesprong:** Serielle Sanierung nicht teurer, nur schneller und skalierbarer
- **Amortisierung:** LCA-Prüfung (€5-10k) = <0,5% Projektsumme; vermeidet Fehlentscheidungen
- **München:** Kommunale Musterbauordnung mit Holzbau-Präferenz und Lebenszyklusanalyse – 12 Referenzprojekte realisiert
- **Heidelberg:** Sanierungsfahrplan nach Fraunhofer-IBP-Methodik – 40% CO₂-Reduktion in 5 Jahren
- **Frankfurt:** BBSR-Modellprojekt "Bestandsentwicklung kommunaler Wohnungen" – keine Verkäufe, systematische Sanierung

Kritische Differenzierung: NICHT ideologischer Bestandsschutz, sondern faktenbasierte Entscheidungsfindung. Wenn LCA zeigt, dass Neubau besser ist, wird Neubau genehmigt. Hessen als Vorreiter vor Deponieengpässen – mit bundesweiter Ausstrahlungskraft.

Digitaler Bauantrag und Building Information Modeling (BIM)

Digitalisierung · Verwaltungsmodernisierung · Klimaschutz · Innovation

Herausforderung

Baugenehmigungsverfahren dauern häufig mehrere Monate durch papiergestützten Austausch zwischen Planenden, Behörden und Fachstellen. Der Landkreis Gießen hat Ende 2025 bekanntgegeben, den digitalen Bauantrag über das Bauportal Hessen Anfang 2026

einzuführen – ein wichtiger erster Schritt für die jährlich rund 1.500 Bauanträge. Doch digitaler Bauantrag allein reicht nicht: Es fehlen Building Information Modeling (BIM) als Standard, transparente Lebenszyklusanalysen (LCA) zur rationalen Entscheidung zwischen Sanierung und Neubau, und Materialrückverfolgbarkeit für Kreislaufwirtschaft. NRW erprobt BIM-Bauanträge bereits in sieben Kommunen, Hessen integriert BIM derzeit in das Bauportal Hessen.

Ziel

Volt will Gießen zur Vorreiter-Kommune für digitale, nachhaltige Bauplanung entwickeln, in denen Building Information Modeling (BIM) und der digitale Bauantrag Standard sind. Dadurch werden Genehmigungen durch digitale Bauanträge um 20-30% schneller abgewickelt – BIM ermöglicht zusätzlich Teilautomatisierung der Bauprüfung, Lebenszyklusanalysen sind transparenter, und Materialkreisläufe sind von Anfang an planbar. BIM wird zum zentralen Werkzeug, um Entscheidungen zwischen Umbau und Neubau faktisch auf CO₂-Basis zu treffen, nicht auf Vermutungen. Gleichzeitig stärkt der Aufbau digitaler Kompetenzen den Standort Gießen als Innovationsregion für nachhaltige Stadtentwicklung.

Maßnahmen

Building Information Modeling (BIM) verpflichtend (ab 2027)

- Alle Bauvorhaben ≥ 500 m² Nutzfläche nach BIM-Standard planen und dokumentieren
- Integriert: Lebenszykluskosten + CO₂-Emissionen über 40–50 Jahre (Entscheidungskriterium bei Genehmigung)
- Design for Disassembly: Rückbaubarkeit und Recyclingfähigkeit sind Teil des 3D-Modells

Offene IFC-Datenformate (ISO 16739-1) für Transparenz

- BIM-Daten in herstellerneutralen, langzeitarchivbaren Formaten speichern (nicht proprietär)
- Materialrückverfolgbarkeit über 20–30 Jahre: Bei Rückbau/Sanierung kann auf digitale Materialsammlung zugegriffen werden – Kreislaufwirtschaft wird operativ
- IFC 4.3 integriert Nachhaltigkeitsdaten (CO₂, Recycling) direkt ins Modell

Digitales Bauantragsverfahren 100% (Integration Bauportal Hessen)

- Gießen an Bauportal Hessen (seit April 2025) vollständig anschließen – Planung, Genehmigung, Abnahme medienbruchfrei online
- Parallele Bearbeitung: Behörde + Planer arbeiten in integrierten digitalen Vorgangsräumen (Vorbild: Baden-Württemberg "Virtuelles Bauamt")
- Zeitersparnis: Postlaufzeiten entfallen, Fehlerreduktion durch Automatisierung = 20–30% schneller Genehmigungszeiten
- Transparenz: Antragsteller sehen Bearbeitungsstatus digital in Echtzeit

BIM-Kompetenzzentrum der Stadt etablieren (1 Vollzeitstelle + Beratung)

- Koordination BIM-Einführung bei städtischen Projekten
- Beratung Planer: BIM-Modellqualität, IFC-Standard-Einhaltung
- Fortbildung Verwaltung: Personal fit machen für digitale Bauprüfung
- Wissenstransfer zu Hochschulen, Start-ups, privaten Planern

Integration in digitale Gesamtstrategie der Stadt

- BIM-Datenplattformen + IFC-Datenmanagement sind Basis für Smart-City-Anwendungen (Energieeffizienz, Urban Mining, Sanierungsmanagement)
- Offene Datenstandards ermöglichen Nutzung für Forschung, Hochschulen, Start-ups
- Synergieeffekte: Gießen als Modellstadt für datengesteuerte, nachhaltige Stadtentwicklung

Best Practices

- **Bauportal Hessen 2025:** Bereits landesweit verfügbar – Gießen schnell und vollständig anschließen
- **Baden-Württemberg "Virtuelles Bauamt":** Digitaler Vorgangsraum, parallele Behördenprüfung (Vorbild)
- **45.000 digitale Bauanträge bundesweit 2024** – Trend steigt steil an
- **NRW & Baden-Württemberg:** Handlungsempfehlungen für kommunale BIM-Einführung verfügbar
- **Förderung:** „Digitale Kommune Hessen“ + EU-Mittel für Kreislaufwirtschafts-Pilotprojekte
- **Kostenvorteil:** BIM-Standard bei Planung = höherer Aufwand anfangs, aber spart Planungsfehler und folglich Planungsänderungen (später unbezahlbar)

Gießen steht vor der Herausforderung, **Klimaanpassung, bezahlbaren Wohnraum und lebendige Quartiere zu vereinen**

... und das nicht mit Gießkanne, sondern **mit strategischen** Leuchtturmprojekten:

Kühlachsen-System gegen Hitzeinseln, Elefantenklo, Marktplatz bis Brandplatz und Walltor-Quartier als Sanierungsgebiete, **Flussstraßenviertel als Modell für soziale Mischung durch vielfältige gemeinwohlorientierte Akteure**, Building Information Modeling (BIM) und digitaler Bauantrag als Instrumente der Kreislaufwirtschaft.

Umbau statt Neubau, Aufstockung statt Versiegelung, Konzeptvergabe statt Höchstpreis, Vielfalt statt Monokultur – das sind die Prinzipien einer nachhaltigen Wohnraumpolitik. Gießen kann zur **Modellstadt** werden, in der **Genossenschaften, Mietshäuser-Syndikat, Baugemeinschaften, kommunale Gesellschaften** und

gemeinwohlorientierte private Vermietende gleichberechtigt zusammenwirken – jeder mit seinen Stärken, alle vereint im Ziel: **bezahlbares, klimagerechtes, sozial gemischtes Wohnen für alle.**

Die Wohnbau Gießen spielt dabei eine wichtige Rolle – nicht als alleinige Akteurin, sondern als **eine von vielen Partnerinnen** in einem pluralistischen Ökosystem. Mit 179 Wohnungen im Bau zeigt sie, dass kommunaler Wohnungsbau trotz Krise möglich ist. Doch das volle Potenzial entfaltet sich erst, wenn **alle gemeinwohlorientierten Akteure gemeinsam anpacken**: durch Konzeptvergabe bei städtischen Grundstücken, Aufstockung bestehender Bestände (kommunal UND privat), Kooperation mit Genossenschaften und Mietshäuser-Syndikat.

Die **Zukunft Gießens** wird nicht auf der grünen Wiese gebaut und nicht von einem einzigen Akteur gestaltet – sie entsteht durch **intelligente Transformation des Bestands** und die **Zusammenarbeit** vielfältiger **gemeinwohlorientierter Partner.**

Verkehr & Mobilität

Gießen 2035 – verlässlich mobil in Stadt und Land

Gießen steht vor einer doppelten Herausforderung: Der öffentliche Personennahverkehr sollte das Rückgrat der Verkehrswende sein, aber das Vertrauen in verlässliche Verbindungen wird stark belastet. Züge auf der Strecke Hungen–Lich–Gießen fallen regelmäßig aus, Stellwerke bleiben unbesetzt, jede achte Verbindung kommt nicht an, Menschen stehen im Regen und steigen notgedrungen wieder auf das Auto um. Dabei sind Gießen und Mittelhessen wirtschaftlich und sozial auf einen funktionierenden ÖPNV angewiesen: Pendelnde zur Uni und in die Gewerbegebiete, die Schülerschaft zu den weiterführenden Schulen, Beschäftigte in der Region Wetzlar und Marburg. Ohne Zuverlässigkeit gibt es keine Mobilitätswende – weder in der Stadt noch im Landkreis. Mobilität ist damit eine gemeinsame Stadt-Land-Aufgabe.

Volt Gießen denkt Verkehr deshalb als integriertes, multimodales System: In der Stadt mit verlässlichen Stadtbussen, sicheren Radwegen und Fahrradschnellverbindungen entlang der geforderten Kühllachsen, einer sozial gerechten Parkraumbewirtschaftung und starken Mobility-Hubs – vom Bahnhof über die Westanlage bis zum von Volt vorgeschlagenen Leuchtturmprojekt Mobility-Hub Erdkauter Weg im Schiffenberger Tal. Gemeinsam mit Landkreis und RMV setzen wir auf Qualitätsverträge für die HLB, digitale Stellwerke, bessere Takte und eine engere Vernetzung. Auf regionaler Ebene unterstützen wir Bahnreaktivierungen und die RegioTram-Initiative, die Gießen künftig schienengebunden mit seinem Umland verbinden und an die Hubs andocken kann.

Mobility-Hubs sind Knoten der 15-Minuten-Stadt und zugleich Brücken in den Landkreis. Die Kühllachsen werden zu Fahrradschnellwegen und grünen Klimakorridoren. Bei der Umverteilung des öffentlichen Raums sorgen wir dafür, dass Rad-, Fuß- und ÖPNV-Verkehr

gerecht zum Zuge kommen und nicht das Auto allein den Platz bestimmt. Wer in einem bezahlbaren Stadtteil oder im Umland wohnt, soll sich auf gute, barrierefreie Mobilität ohne Autozwang verlassen können. Dazu gehört eine durchdachte Abstimmung mit dem Landkreis: Während die Stadt auf innerstädtische Verdichtung und urbane Mobilitätsknoten setzt, unterstützen wir im Umland Bürgerbusse, On-Demand-Verkehre und Bahnreaktivierungen als echte Alternativen zum privaten Auto – ohne Verbote auszusprechen zu müssen.

Die Stadt Gießen hat bereits eine Machbarkeitsstudie zur RegioTram in Auftrag gegeben – ein Signal, dass die Verkehrswende auf dem Weg ist. Volt wird diese Studie unterstützen und die Ergebnisse konsequent in die städtische und regionale Planung integrieren.

Volt macht **Mobilität zur Gerechtigkeitsfrage** – **verlässlich, multimodal, klimafreundlich** und **für alle** in Stadt und Land.

ÖPNV-Zuverlässigkeit als Voraussetzung der Verkehrswende

Digitalisierung · Soziale Gerechtigkeit · Transparenz · Lebensqualität · Klimaschutz

Herausforderung

Die aktuelle Situation ist für eine Hochschul- und Pendelndenstadt wie Gießen nicht hinnehmbar: Auf der RB46 (Lahn-Kinzig-Bahn) erleben Pendelnde regelmäßig Ausfälle, weil Stellwerke – etwa in Hungen – nicht besetzt werden können. Die Hessische Landesbahn (HLB) kämpft mit Personalengpässen, überalterter Stellwerkstechnik und unzureichender Fahrgastinformation: Züge werden oft erst am Tag selbst gestrichen, Menschen fahren zu einer nicht existierenden Verbindung, stehen im Regen und kommen zu spät zur Arbeit, zur Uni oder nach Hause. Die Folgen sind Frust, Wochenendausfälle über Wochen hinweg, Schienenersatzverkehr ohne Fahrradmitnahme und lange Umwege zu Ersatzhaltestellen. Viele steigen deshalb wieder aufs Auto um – ein Rückschritt für Klima, Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit. Für Studierende, Auszubildende und Menschen ohne Auto wird Mobilität zur Zumutung statt zur Teilhabechance.

Ziel

Gießen soll bis 2031 zur ersten hessischen Stadtregion mit über 95 % ÖPNV-Pünktlichkeit und unter 2 % Ausfallquote werden. Das ist erreichbar – andere Bundesländer und europäische Städte machen es vor. Der Weg dorthin führt über klare Qualitätsstandards im RMV, digitale Infrastruktur und ein professionelles Störungsmanagement.

Maßnahmen

1. Qualitätsverträge 2.0 für HLB (RMV-Ebene, mitgestaltet durch Stadt/Landkreis)

Ein moderner Verkehrsvertrag zwischen RMV und HLB, der ein Bonus-Malus-System mit klarem Verursacherprinzip verankert: selbstverschuldete Ausfälle (fehlende Besetzung,

mangelnde Wartung) werden deutlich stärker sanktioniert als äußere Einflüsse (Unwetter), gleichzeitig werden gute Leistungen belohnt.

Volt fordert, dass die Stadt Gießen im RMV-Verbund auf folgende Punkte drängt:

- Anträge im RMV-Verwaltungsrat für Baden-Württemberg-ähnliche Qualitätsverträge
- Transparente KPIs: Pünktlichkeit, Ausfallquoten, Fahrgastzufriedenheit (monatliche Berichte)
- Qualitätsscouts, die unabhängig die Standards überwachen
- Eskalationsmechanismen: Bei wiederholten Mängeln sofortiger Wechsel des Betreibers

Best Practices: Baden-Württemberg NVBW Verkehrsvertrag 2.0 (seit 2024) | Berlin BVG-Verkehrsvertrag mit Qualitätsstandards

2. Digitalisierung der Stellwerke – politischer Druck auf Bund/DB

Elektronische und digitale Stellwerke (ESTW/DSTW) benötigen weniger Personal vor Ort, sind zuverlässiger und lassen sich zentral überwachen. Für die Region Gießen ist der Umstieg auf digitale Technik entscheidend, um Personalengpässe zu entschärfen und Ausfälle zu vermeiden.

Volt fordert, dass die Stadt Gießen:

- eine gemeinsame Resolution in Stadtverordnetenversammlung und Kreistag beschließen an Bundesverkehrsminister, DB-Vorstand und Bundesnetzagentur
- Ausfälle systematisch dokumentiert, öffentlich macht und gemeinsam mit Initiativen wie Pro Bahn Hessen politischen Druck aufbaut
- im RMV auf eine priorisierte Umsetzung digitaler Stellwerke für die Zulaufstrecken nach Gießen drängt.

Best Practices: Dänemark hat Stellwerke flächendeckend digitalisiert, Fehlerquoten sinken um 30% | T-Systems Cloudlösung für digitale Stellwerke

3. Stabilisierungsfahrpläne statt "Papierfahrpläne"

Wenn Personal oder Infrastruktur knapp sind, ist ein reduzierter, aber verlässlicher Fahrplan besser als ein dichter Takt, der ständig ausfällt.

Volt fordert, dass RMV und HLB für besonders störanfällige Zulaufstrecken nach Gießen Stabilisierungsfahrpläne vereinbaren, die klar kommuniziert werden: lieber ein Stunden-Takt, der funktioniert, als ein halbstündlicher Takt mit ständigen Ausfällen.

Volt fordert (RMV-Ebene):

- RMV und HLB vereinbaren Stabilisierungsfahrpläne für alle Strecken mit chronischem Personalmangel
- Diese sind transparent kommuniziert: „Wir fahren weniger, aber zuverlässig“
- Lieber 1 Stunde Takt verlässlich als 30 Minuten mit 20% Ausfällen

4. SEV-Standards: Professioneller Schienenersatzverkehr

Fällt ein Zug aus, braucht es einen professionellen Mobilitätsservice statt eines Notbehelfs.

Volt fordert (Stadt/RMV):

- eine verlässliche Fahrradmitnahme (z.B. Anhänger oder separate Radtransporte)
- zentrale, gut erreichbare SEV-Haltestellen im Stadtgebiet
- komfortable Busse mit Echtzeitinformation
- gesicherte Anschlüsse an Stadtbusse und weitere Linien.

Volt fordert, dass die Stadtwerke Gießen (SWG) gemeinsam mit dem RMV verbindliche SEV-Standards für Gießen entwickeln, geeignete Busse mit Fahrradmitnahme beschaffen und mit der HLB zentrale SEV-Haltestellen vereinbaren.

Best Practices: VCÖ Österreich – Fahrradmitnahme bei SEV ist Standard | ÖBB-Konzept mit Fahrradanhängern

Radverkehr als Rückgrat der Mobilität

Verkehrswende · Klimaschutz · Klimaresilienz · Gesundheit · Barrierefreiheit · Sicherheit

Herausforderung

Gießen ist eine **Fahrradstadt in der Theorie**, aber in der Praxis fehlen sichere, durchgehende Verbindungen. Wer von außerhalb per Rad zum Bahnhof Gießen fahren will, muss Angst vor Autos haben. Es gibt Inseln von sauberer Infrastruktur, aber keine **durchgehenden, sicheren Radwegeketten von der Stadt ins Umland**. Zudem sind Gießens Fahrradwege nicht durchgehend barrierefrei – **Bordsteine ohne Absenkung, schlechte Beleuchtung, fehlende Rastplätze und E-Bike-Ladestationen**. Für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Pendelnde mit Lasten wird Radverkehr damit unrealistisch. Das Ergebnis: Menschen steigen wieder ins Auto, obwohl sie gerne mit dem Rad fahren würden.

Ziel

Bis 2031 soll Gießen eine sichere, barrierefreie Fahrradstadt mit Anbindung an sein Umland sein. Durchgehende, baulich getrennte Radwegeketten von den Umlandgemeinden in die Innenstadt, lückenlose Beleuchtung, Raststationen alle fünf Kilometer mit E-Bike-Ladestationen, Reparaturmöglichkeiten und Trinkwasser. Der Radverkehrsanteil soll auf mindestens 20% steigen (gemessen durch regelmäßige Zählungen). Das ist nicht nur Mobilität – es ist gleichzeitig Klimaschutz, Lärmreduktion und Gesundheitsförderung.

Maßnahmen

1. Fahrradschnellwege als Klimaachsen – Frankfurter Straße als Leuchtturmprojekt

Fahrradschnellwege werden als doppelte Infrastruktur gedacht: Sie sind sichere, breite Radwege und zugleich grüne Klimaachsen mit Bäumen, Regenwasserspeicherung und Schatten.

Volt fordert klar definierte Korridore in Richtung Innenstadt:

- Frankfurter Straße – Innenstadt (Leuchtturmprojekt)
- Schiffenberger Tal / Schiffenberger Weg – Innenstadt (direkte Anbindung an den Mobility Hub Erdkauter Weg)
- Marburger Straße – Innenstadt
- Wiesecker Weg
- Grünberger Straße – Innenstadt
- Licher Straße – Innenstadt

Die Frankfurter Straße dient als sichtbares Pilotprojekt: breiter Querschnitt, Regenwasser-rigolen, durchgehende Bäume, sichere Kreuzungen und klare Vorrangführung für den Radverkehr. Der Korridor Schiffenberger Tal / Schiffenberger Weg verknüpft den Uniklinik-Bereich und die östlichen Quartiere direkt mit dem Mobility Hub Erdkauter Weg und weiter mit der Innenstadt – als Musterachse für das Zusammenspiel von Fahrradschnellweg, Mobility Hub und perspektivisch RegioTram.

Volt fordert für alle Fahrradschnellwege:

- Mindestbreite von 3,0–3,5 m, physisch vom Autoverkehr getrennt
- Umgestaltung der Fahrbahnquerschnitte für alle städtischen Verkehrsteilnehmenden
- Grünstreifen und Baumpflanzungen zur Hitzeminderung und Wasserspeicherung
- durchgehende, energiesparende Beleuchtung
- barrierefreie Übergänge zu Haltestellen und wichtigen Querungen
- kleinere Rastpunkte (Sitzgelegenheiten, Anlehnbügel) entlang der Achsen.

2. Stadt-Umland-Radwegenetz – Gießen als Knoten

Neben starken innerstädtischen Achsen braucht es verlässliche, sichere Radverbindungen in die Nachbargemeinden. Gießen soll dabei der Knoten eines regionalen Netzes werden, das gemeinsam mit den Kommunen im Umland sowie dem direkt angrenzenden Lahn-Dill-Kreis und der Stadt Wetzlar geplant und über Förderprogramme finanziert wird.

Volt fordert unter anderem:

- sichere Radverbindungen aus Richtung der angrenzenden Kommunen nach Gießen
- Anbindung von Ortsteilen an die Gießener Zubringer-Achsen
- durchgängige, einheitlich beschilderte Routen mit klaren Wegweisern und Beleuchtung

- Bike+Ride-Angebote an Bahnhöfen und wichtigen Umsteigepunkten (überdachte Stellplätze, ggf. Radboxen).

Die Stadt Gießen initiiert dafür eine abgestimmte Radverkehrsplanung mit dem Landkreis und den Nachbarkommunen, bündelt Fördermittelanträge und sorgt dafür, dass Radwege nicht an der Stadtgrenze enden, sondern dort beginnen.

Best Practices: Radschnellweg Ruhr RS1 – 101 km durchgehendes System mit 40 Mio. Fahrgästen/Jahr

3. Barrierefreiheit und Raststationen – Radverkehr für alle

Radverkehrspolitik muss alle Menschen mitdenken, nicht nur sportliche Radfahrende.

Volt fordert:

- Glatte, rutschfeste Oberflächen, gut befahrbar für Rollstühle, Handbikes und Lastenräder
- Abgesenkte Bordsteine und klare Querungshilfen an allen wichtigen Knotenpunkten
- Raststationen etwa alle fünf Kilometer an zentralen Routen mit E-Bike-Ladestationen (mindestens vier Ladepunkte), Basis-Reparaturausstattung (Pumpe, Werkzeug), Trinkwasserspender, Sitzplätzen im Schatten, sicheren Fahrradabstellanlagen
- Durchgehende Beleuchtung und taktile Elemente, wo es sinnvoll ist, für mehr Sicherheit und Orientierung

So entsteht Schritt für Schritt ein Radverkehrsnetz, das Gießen und sein Umland alltagstauglich, sicher und klimafreundlich miteinander verbindet – und in dem das Fahrrad wirklich das Rückgrat der Mobilität wird.

Parkraumbewirtschaftung – Sozial gerecht und klimafreundlich

Verkehrswende · Soziale Gerechtigkeit · Klimaschutz · Finanzpolitik

Herausforderung

Gießens Innenstadt ist voll mit parkenden Autos, die wertvollen öffentlichen Raum blockieren. Gleichzeitig sind die Parkgebühren der Bewohnerschaft derzeit bei **30 € bis 120 € pro Jahr** – je nach Stadtteil. Das ist deutschlandweit eines der günstigsten Angebote. Manche fordern eine pauschale Erhöhung auf 240 €, um den Parkdruck zu reduzieren.

Aber: Eine pauschale Erhöhung ist **sozial unverantwortlich**. Eine Familie mit niedrigem Einkommen und hoher Miete kann 240 € nicht einfach zahlen. Gleichzeitig fahren

SUV-Besitzende größere Autos und verursachen mehr Emissionen – warum zahlen alle gleich?

Volt sagt: **Intelligente Parkraumbewirtschaftung statt blinde Erhöhung.**

Ziel

Bis 2031 führt Gießen ein Parkgebühren-System ein, das nach Fahrzeuggröße und Emissionen gestaffelt ist: Kleine, emissionsarme Autos zahlen weniger, große Fahrzeuge mehr. Für Geringverdienende gibt es eine 50-prozentige Rückerstattung. Parallel entstehen echte Alternativen: günstige ÖPNV-Kombi-Tickets, Car-Sharing und Lastenrad-Verleih. Das Zentrale: 100% der Einnahmen fließen in ÖPNV, Radwege und Mobility-Hubs. Ein jährlicher Bericht schafft vollständige Transparenz über die Mittelverwendung.

Maßnahmen

1. Flächenbasierte Gebührenstaffelung nach Tübinger Modell

Fahrzeuge zahlen nach tatsächlich beanspruchter Fläche ein, nicht pauschal:

Volt fordert eine differenzierte Jahresgebühr:

- Kleinwagen (<4m) → 60€
- Kompaktklasse (4 bis 4,5m) → 90€
- Mittelklasse (4,5 bis 5m) → 120€
- SUV/Van (>5m oder >1.800kg) → 240€
- Alternative Antriebe → -30€

Vorteil: Sozial gerecht (kleine Autos günstiger) UND klimagerecht (SUVs teurer, nachhaltige Antriebsarten gefördert)

Best Practices: Tübingen hat das 2021 eingeführt, Pläne für 2025 Erhöhung auf 300 € für SUVs

2. Kommunales Zuschussmodell für Geringverdiener

Die Stadt erhebt reguläre Parkgebühren (nach Größe), gibt aber 50% zurück an Menschen mit nachgewiesener Bedürftigkeit.

Volt fordert 50% Rückerstattung für:

- Wohngeldempfangende
- Bürgergeld-Beziehende
- Sozialpass-Inhabende
- BAFöG-Empfangende
- Finanzierung aus städtischem Haushalt (Ehrenamtsförderung + ÖPNV-Klimabudget)
- **Rechtlich abgesichert:** Keine direkte Staffelung (Bundesrecht), sondern nachträgliche Rückerstattung

Best Practices: Karlsruhe und Heidelberg – Zuschussmodelle seit 2023

3. ÖPNV-Kombi-Ticket: „Mobil statt Parkplatz“

Wer auf einen Parkausweis für Anwohnende **verzichtet**, bekommt ein **günstiges ÖPNV-Jahresticket und Car-Sharing-Guthaben**.

Volt fordert (mit RMV und SWG):

- RMV-Jahresticket kostet normal ~700 €
- Mit Verzicht auf Parkausweis: **450 €** (Ersparnis 250 €)
- Zusätzlich: **100 € Car-Sharing-Guthaben** (Book-n-Drive, Stadtmobil)
- **Oder:** Deutschlandticket-Besitzende fahren kostenlos auf Park+Ride-Plätzen (Freiburger Modell)

4. Zweitwagen-Malus

Haushalte mit zwei Autos zahlen für das zweite Fahrzeug deutlich mehr – Anreiz zur Reduktion.

- **Erstes Auto:** Reguläre Gebühr (60-240 €)
- **Zweites Auto:** +100% (z.B. 120 € → 240 €)
- **Drittes Auto:** +200% (z.B. 120 € → 360 €)

Vorteil: Trifft nicht Geringverdienende (die selten mehrere Autos besitzen), sondern Menschen mit höherem Einkommen.

5. Zweckbindung und Transparenz

Volt fordert:

Alle Einnahmen aus Parkraumbewirtschaftung fließen in:

1. **ÖPNV-Ausbau:** Taktung, Direktverbindungen, Barrierefreiheit (40%)
2. **Radinfrastruktur:** Radwegenetze, Raststationen (25%)
3. **Mobility-Hubs:** Car-Sharing, E-Ladestationen, sichere Fahrradabstellplätze (20%)
4. **Soziale Abfederung:** Rückerstattungen für Geringverdienende (10%)
5. **Quartiersgaragen:** Am Stadtrand mit ÖPNV-Anbindung (5%)

Transparenz: Jährlicher öffentlicher Bericht: Wo flossen die Einnahmen hin? Welche Projekte wurden realisiert?

Mobility-Hubs – Knotenpunkte der 15-Minuten-Stadt

Verkehrswende · Soziale Gerechtigkeit · Partizipation

Herausforderung

Gießen hat einzelne Mobilitätsangebote – NextBike-Stationen an der Uni, Hochschule und vielen innerstädtischen Orten zeigen, dass Infrastruktur vorhanden ist. Doch es gibt keine vernünftig integrierten Angebote zur Weiterreise in einer Komplettlösung. Wer mit dem

Zug ankommt, findet zwar ein Leihrad, aber keine Garantie auf einen Parkplatz danach, kein Car-Sharing für die letzte Meile, keine App, die alle Optionen zusammendenkt. Busse, Bahn, Rad und Auto sind separate Welten – wer umsteigen will, muss mehrere Apps öffnen, mehrere Tickets kaufen, mehrere Infrastrukturen suchen. Zudem überfordert das Ullner Dreieck – ein Verkehrsengpass – die vorhandene Infrastruktur. Ein dezentralisiertes Mobility-Hub-Netzwerk könnte diesen Knoten entlasten, indem es Menschen bereits im Umland zum Umstieg bewegt, statt dass alle ins Auto steigen. Multimodale Mobilität gelingt nur, wenn die nötige Infrastruktur nicht nur vorhanden ist, sondern auch nahtlos ineinandergreift – und das Auto nicht die attraktivste Alternative bleibt.

Ziel

Bis 2035 entstehen mehrere Mobility-Hubs als integrierte Mobilitätsknotenpunkte, die bestehende Angebote wie NextBike systematisch mit ÖPNV, Car-Sharing, Fahrradparkplätzen und digitaler Planung verbinden. Der Pilot-Hub Erdkauter Weg zeigt dabei das Modell: optimale Lage zwischen Uni, Gewerbe und Innenstadt mit guter Erreichbarkeit. Seine erfolgreiche Realisierung entlastet die überlastete Engstelle am Bahnübergang Ullner Dreieck Richtung Südanlage und kann als Blaupause für weitere Hubs dienen.

Maßnahmen

1. Hub Erdkauter Weg – Pilot und Leuchtturm

Der Mobility-Hub Erdkauter Weg ist Gießens Flaggschiff-Projekt: eine großzügige Fläche zwischen Bauhaus und Bahnhofstestelle, unmittelbar am Fahrradschnellweg Schiffenberger Weg, mit guter Erreichbarkeit für Autos, Nähe zu Uni und Gewerbe, 1,2 km zur Innenstadt.

Infrastruktur:

- 150 sichere Fahrradabstellplätze (überdacht)
- Reparaturwerkstatt
- Bike-Sharing (Anbindung NextBike oder ähnliche Systeme)
- Car-Sharing-Zone
- Warteanlage mit Fahrgastinformation
- E-Ladesäulen (Autos und E-Bikes)
- Service-Center: Beratung zu Ticketing, Routen, Mobilitätsbudgets. (Digital und analog zusammen)

RegioTram-Vorbereitung:

Der Hub wird so geplant, dass eine zukünftige RegioTram problemlos integriert werden kann – Oberleitung-Trasse unterirdisch vorbereitet, Halteposition gekennzeichnet. Kein Rückbau später, nur Aktivierung und Bau der weiteren Streckenführung in die Innenstadt.

2. Weitere Mobility-Hubs – Folgeprojekte

Nach erfolgreicher Realisierung des Pilot-Hubs entstehen weitere Hubs an strategischen Orten (z.B. Hauptbahnhof, Westanlage, Licher Straße) – Standorte und Umfang werden aus den Erkenntnissen des Pilot-Hubs abgeleitet.

3. Regionale Mobilitäts-App – Die Komplettlösung

Eine zentrale App für Gießen und das Umland, die bestehende Angebote wie NextBike zum ersten Mal nahtlos verbindet:

- Routenplanung (Auto, Rad, ÖPNV, zu Fuß, Kombinationen)
- Echtzeit-Fahrgastinformation und Alternativrouten
- Ticketing (alle Verkehrsmittel in einer App)
- Live-Status von Hub-Services (Parkplätze, E-Ladestationen, Fahrrad-Verfügbarkeit, NextBike-Stationen)
- Integration mit Mobilitätsbudgets.

Diese App macht erstmals aus Einzelangeboten eine echte Alternative zum Auto. Entwicklung zusammen mit RMV, Stadtwerken Gießen und der Uni Gießen.

Best Practices

- **Whim App, Helsinki:** Integriert alle Verkehrsmittel in einer Plattform – Autonutzung sank um 15–20%. Vorreiter beim Ausbau von Tram- und Light-Rail-Linien, die neue Quartiere direkt mit dem Schienenverkehr und anderen Verkehrsmitteln verknüpfen.
- **MaaS-Hubs Bremen:** Multimodale Knoten mit Bike-Sharing, Car-Sharing und ÖPNV-Integration
- **Mobility-Hubs Kopenhagen:** Fahrradschnellwege direkt an Hubs angebunden, starke Verkehrsverlagerung vom Auto
- **Radschnellweg RS1 Ruhr:** Über 40 Millionen Fahrten pro Jahr durch integrierte Hub-Struktur

Ehrenamt und Mobilität – Kostenfreier ÖPNV als Anerkennung

Verkehrswende · Soziale Gerechtigkeit · Partizipation

Herausforderung

Freiwillige Feuerwehrkräfte, THW-Mitglieder, Rettungsdienstpersonal – sie riskieren ihre Gesundheit für die Gemeinschaft. Gleichzeitig zeigen die Debatten im Stadtparlament: Wertschätzung muss praxistauglich sein und an den Bedarfen der Ehrenamtlichen ausgerichtet werden. Viele sind für Einsätze auf das Auto angewiesen, andere hätten im Alltag einen echten Gewinn durch ein ÖPNV-Angebot. Auch Auszubildende in Freiwilligendiensten (FSJ, FÖJ, BFD) verfügen oft nur über ein geringes Einkommen und können sich ÖPNV-Tickets kaum leisten. Hier braucht es Lösungen, die gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt werden und wirklich ankommen.

Ziel

Bis 2031 erarbeitet Gießen gemeinsam mit den Ehrenamtlichen ein Mobilitätspaket, das deren Bedürfnisse ernst nimmt: Zur Wahl stehen kostenfreie oder stark vergünstigte

ÖPNV-Angebote für aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und perspektivisch für THW, Rettungsdienste und Freiwilligendienste (FSJ/FÖJ/BFD), ergänzt um Verbesserungen bei Aufwandsentschädigungen und Ausstattung. Parallel setzt sich die Stadt für eine hessenweit gültige „Ehrenamtskarte Plus“ mit ÖPNV-Bonus ein.

Maßnahmen

- **Dialog mit den Ehrenamtlichen & kostenfreie SWG-Tickets als Pilotprojekt**
Vor der Einführung neuer Angebote werden Freiwillige Feuerwehr, THW, Rettungsdienste und ihre Vertretungen systematisch beteiligt: Die Stadt fragt ausdrücklich, ob kostenfreie bzw. vergünstigte ÖPNV-Nutzung, höhere Aufwandsentschädigungen oder andere Formen der Unterstützung als sinnvollste Anerkennung gesehen werden. Auf dieser Basis startet ein Pilotprojekt: Aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr können auf Wunsch kostenlos auf SWG-Bussen fahren. Der Nachweis erfolgt über den Mitgliedsausweis und ein digitales Ticket in der SWG-App. Die Stadt Gießen würdigt damit das Ehrenamt konkret, sichtbar und bedarfsorientiert – ergänzend zu guter Ausstattung, Ausbildung und Infrastruktur.
- **Ausweitung auf weitere Gruppen (2027–2031)**
Auf Grundlage der Evaluation des Pilotprojekts wird das Angebot schrittweise ausgebaut: THW-Mitglieder erhalten kostenlose Tickets, Rettungsdienste und Notfallseelsorge werden einbezogen, für Freiwilligendienste (FSJ, FÖJ, BFD) werden vergünstigte RMV-Jahrestickets bereitgestellt. Langfristig wird mit dem Landkreis koordiniert, damit auch Buslinien im Umland einbezogen werden und Ehrenamtliche dort kostenfrei oder stark vergünstigt fahren können.
- **Ehrenamtskarte Plus Hessen – Forderung an die Landesebene**
Volt unterstützt die Forderung nach einer landesweit gültigen „Ehrenamtskarte Plus“ mit integriertem ÖPNV-Bonus in allen Verkehrsverbünden (RMV, NVV, VRR). Das Ziel: Eine Karte, überall gültig, unbürokratisch. Best-Practice-Beispiele zeigen, dass das funktioniert – etwa Kommunen wie Ansbach (Bayern), die kostenfreie Busfahrten für Ehrenamtliche testen.
- **Integration mit der Mobilitäts-App**
Die geplante regionale Mobilitäts-App erkennt Ehrenamtliche nach einmaliger, datensparsamer Registrierung über die jeweilige Organisation oder den Verein automatisch an. So werden kostenfreie oder vergünstigte Tickets digital, niedrigschwellig und ohne Papierkram bereitgestellt.
- **Verbindung zur RegioTram**
Wenn die RegioTram realisiert wird, gilt: Kostenfreie oder vergünstigte Tickets auch dort für alle anerkannten Ehrenamtlichen. Das ist kein unverbindlicher Wunsch, sondern eine klare politische Forderung an Bund, Land und RMV, Mobilität und Ehrenamt konsequent zusammenzudenken.

Best Practices

- Freiwilligendienste Kultur und Bildung fordern bundesweit „#FreieFahrtFürFreiwillige“ | Ansbach (Bayern) testet kostenfreie Busfahrten

Gießen steht vor der Herausforderung, ÖPNV-Zuverlässigkeit, sichere Mobilität und **gerechten Zugang zu Verkehrsmitteln** zu schaffen

... und strategische Leuchtturmprojekte helfen dabei nach Evidenz gute Wege zu finden:

Fahrradschnellwege entlang der Kühlachsen als grüne Verkehrsadern, Mobility-Hub Erdkauter Weg als Testfeld für multimodale Vernetzung, interkommunale Radwegenetze, die Gießen mit seinem Umland verbinden, RegioTram-Initiative als langfristiges Ziel für die ganze Region.

Qualitätsverträge statt Zuverlässigkeitskrisen, digitale Stellwerke statt veraltete Infrastruktur, Ehrenamt durch kostenlosen ÖPNV anerkennen statt ignorieren, regionale Mobilitäts-App statt Ticketchaos – das sind die Prinzipien einer gerechten Verkehrspolitik. Gießen kann zur Verkehrswende-Stadt werden, in der ÖPNV, Radverkehr, Car-Sharing und Fußverkehr gleichberechtigt zusammenwirken – jeder mit seinen Stärken, alle vereint im Ziel: verlässliche, klimafreundliche, barrierefreie Mobilität für alle.

Die Stadt Gießen spielt dabei die Koordinatorin – nicht als alleinige Akteurin, sondern als Katalysatorin zwischen RMV, Landkreis, Bund und den Nachbargemeinden. Mit der Machbarkeitsstudie zur RegioTram zeigt sie, dass strukturelle Veränderung möglich ist. Doch das volle Potenzial entfaltet sich erst, wenn alle Ebenen zusammenpassen: Qualitätsverträge bei der HLB, interkommunale Kooperation beim Radverkehr, digitale Stellwerke auf Bundesebene, Bahnreaktivierungen im Umland.

Die **Zukunft Gießens** wird nicht im Auto entschieden und nicht von oben herab verordnet – sie entsteht durch **intelligente Infrastruktur** und die **Zusammenarbeit** aller Ebenen: **Stadt, Landkreis, Bund, Nachbargemeinden und die Bürgerschaft** selbst, die täglich zwischen unkomplizierten Alternativen für individuelle Mobilität wählen kann – **Rad, Bus, Bahn oder Sharing statt Auto allein**.

Klima, Energie & Biodiversität

Klima

Das Jahr 2024 war global und in Europa das wärmste seit Beginn der Temperatúraufzeichnung, wobei die Temperaturzunahme in Europa seit den 1980-er Jahren doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt ist. Die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre ist weiter angestiegen. Die lokalen Auswirkungen des Klimawandels sind die Zunahme extremer und gefährlicher Wetterereignisse wie Starkregen, Überflutungen oder Dürren sowie Tage und Nächte mit gesundheitsgefährdenden tropischen Temperaturen.

Die EU-, Bundes- und Hessen-Gesetzgebung definiert zwar die richtigen Maßnahmen gegen den Klimawandel, deren Umsetzung erscheint angesichts der stark ansteigenden Temperaturen zu langsam. Zudem droht auf allen Ebenen eine Verschiebung des öffentlichen und politischen Interesses und damit der Finanzmittel in andere Bereiche.

Die Finanzierung der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen der des Landkreises und der Stadt Gießen erfolgt überwiegend durch die EU, den Bund und das Land Hessen.

Da Volt die aktuellen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels bewusst sind und ganzheitlich betrachtet, finden sich in vielen unserer Abschnitte des Wahlprogramms Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels aber auch zur Anpassung der dennoch zu erwartenden Auswirkungen, z.B.: Dach- und Fassadenbegrünung (Thema Klimaresiliente Stadtentwicklung), effizienter Rad- und Nahverkehr (Thema Verkehr & Mobilität), Kreislaufwirtschaft vor Ort stärken (Thema Wirtschaft), CO2 Reduktion (Thema Energie), Nachhaltigkeitsstandards (Thema Nachhaltige Digitalisierung) und Hitzeschutz (Thema Gesundheit)

Klimaneutral bis 2035

Klimaschutz · Transparenz · Finanzpolitik · Lebensqualität

Herausforderung

Die Stadt Gießen hat mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bereits den Antrag von 2035null.de Gießen Klimaneutral in 2019 angenommen. Bei aktueller Geschwindigkeit der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen ist das Ziel, die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 zu erreichen, ist auch laut [Klimaschutz- und Energiebericht 2024](#) der Stadt Gießen (siehe 3.3 Zwischenfazit und Pfad zur Klimaneutralität) nicht realistisch.

Ziel

Volt will die Emissionen in den nächsten Jahren stark senken und bis 2035 in der Stadt Gießen Klimaneutralität erreichen. Das zielt nicht nur auf Umweltschutz ab, sondern auf eine spürbare Steigerung der Lebensqualität.

Maßnahmen

- **Klimawirkungsprüfung**, um die Auswirkungen auf unser Klima immer zu berücksichtigen: Politische Entscheidungen unterliegen verpflichtenden Prüfungen, um negative Auswirkungen auf das Klima frühzeitig zu verhindern. Entsprechend ist auch in unserem Wahlprogramm Klimaschutz in allen Themen berücksichtigt worden, siehe dazu auch Kapitel, die mit *Klimaschutz* markiert wurden.

- **Ab 2035 dürfen keine fossilen Energieträger** in kommunalen Ver- und Entsorgungsanlagen mehr eingesetzt werden und neue Anlagen mit ausschließlich klimaneutralen Energieträgern nutzen.
- **Beitritt zu Initiativen** wie [klimabuendnis.org](https://www.klimabuendnis.org), [localZero.net](https://www.localZero.net), [klimaweg.net](https://www.klimaweg.net) und [european-energy-award.org](https://www.european-energy-award.org).
- **Ressourcen effizienter nutzen**
 - Senkung des spezifischen Trinkwasserverbrauchs durch Tarifstaffelung nach Verbrauch
 - Stromsparwissen verbreiten, wie bereits mit Stromspar check der ZAUG gGmbH
 - Abwasser mit neuester Ozonierung und Aktivkohlefiltration wie in Ried (Hessen) reinigen, um Gewässer zu schützen

Klimaresilienz

Klimaschutz · Klimaresilienz · Innovation · Lebensqualität

Herausforderung

Die Stadt Gießen hat bereits eine Karte namens CoolerStadtplan, der beispielsweise kühle Plätze und kostenlose Trinkwasser-Nachfüllstationen anzeigt. Zusätzlich fördert das Programm GrüneMitteGießen die Begrünung von Eigentum im Innenstadtbereich. Dennoch erleben wir bereits jetzt, wie sehr die Zunahme extremer und gefährlicher Wetterereignisse wie Starkregen, Überflutungen oder Dürren uns in der Stadt belastet. Diese wird sich in Zukunft noch weiter beschleunigen.

Ziel

Volt will die Menschen und die Natur der Stadt Gießen vor zukünftigen Klimaauswirkungen schützen. Dieser Schutz erhöht das Wohlbefinden auch zwischen den Wetterextremen.

Maßnahmen

- **Innovation** durch Ausweitung der Kooperationen mit lokalen Hochschulen, die bereits eine beispiellose Begrünung wie am THM-Hochhaus C10 umsetzen und einen Masterkurs „Nachhaltiges Bauen“ anbieten, siehe dazu auch Klimaresiliente Stadtentwicklung, Kühlachsen-System, Schwammstadt-Pilotprojekt, Klimaangepasste Bebauung im Kapitel Stadtentwicklung.
- Programm zum Erhalt und zur Neupflanzung von klimaresistenten Bäumen, siehe dazu auch Wald- und Naturflächen konsequent schützen im Kapitel Wirtschaft.
- **Hochwasserschutz**
 - Neben technischen Anlagen steht die Renaturierung von Ufern im Vordergrund, um natürliche Rückhalteräume zu schaffen
 - Biber an der Wieseck schützen, da dadurch der Wasserhaushalt stabilisiert wird.

- Netto Null Versiegelung, sodass für jede neue versiegelte Fläche eine andere Entsiegelt werden muss.
- Landesverbot zur Neuanlage von Schottergärten strikt umsetzen.
- **Schutz vor Überhitzung** neben Begrünung von Gebäuden und Straßen durch Hitzepräventionspläne, Ausweitung des Gießener "Coolen Standplans" und Förderung von innovativen Kühlgeräten wie z.B. die kalte Nahwärme.

Energie

In der Stadt Gießen und im Landkreis erleben wir die Energiewende bereits als Chance: Die Stadt Pohlheim hat eine Photovoltaik-Strategie und geht damit aktiv die Stromwende an. Die Stadtwerke Gießen (SWG) bringen die Wärmewende voran, indem sie das Fernwärmenetz in der Stadt ausbauen. Über das Stromnetz der Oberhessischen Versorgungsbetriebe wurde bereits die Ladeleistung eines Elektroautos verändert. Dieser erfolgreiche Versuch zeigt, wie in Zukunft unser Strom optimal genutzt werden kann. Die Elektrifizierung des Verkehrs (Verkehrswende) und der Wärme wird den Strombedarf erhöhen, da nur über Strom aus erneuerbaren Energiequellen unser Ziel der Klimaneutralität in der Stadt Gießen bis 2035 erreicht werden kann.

Wärme- und Kälteversorgung

Klimaschutz · Klimaresilienz · Innovation · Gesundheit

Herausforderung

Während die Stadt Gießen bereits ein großes und wachsendes Hochtemperatur-Fernwärmenetz hat, gibt es im Landkreis noch große ungenutzte Potenziale für bspw. kalte Nahwärme, welche sich besser für eine niedrige Bebauungsdichte eignet und sogar zur Kühlung an heißen Tagen verwendet werden kann. Allgemein gibt es in unseren Städten und auf dem Land zu wenig Wärmespeicher, die das Stromnetz im Winter entlasten. Gleichzeitig darf die eingesetzte Energie nicht direkt entweichen. Hier kann besonders im Sommer die bereits in der Stadtentwicklung forcierte Begrünung von Dächern und Fassaden die Innenräume von der Wärme isolieren.

Ziel

Volt will eine Wärme- und Kälteversorgung, die effizient, innovativ und umweltschonend ist. Eigentumsinhabende und Mietende sollen sichere und günstige Wärme aus lokaler Wertschöpfung zur Verfügung stehen.

Maßnahmen

- **Neue Wärmenetze bauen und Bestehende verdichten**, da diese uns auf lokaler Ebene viel Flexibilität sowie durch Skaleneffekte Effizienz bieten und ohne weiteres Zutun von Eigentumsinhabenden und Vermietenden mit zukünftigen Innovationen betrieben werden können.
- **Im Sommer überschüssige Energie in Form von warmem Wasser speichern.** Solche Erdspeicher gibt es nicht nur in Dänemark, sondern auch in Bracht (Rauschenberg). Wie in Bracht soll die Stadt Gießen Genossenschaftsanteile, die Anschlussrechte ans Wärmenetz beinhalten, kaufen und dann mit Ihren Grundstücken weiterverkaufen.
- **Öffentliche Gebäude** standardmäßig an Wärmenetze anschließen.

Aus Effizienzgründen setzt Volt aktuell keinen Fokus auf Holz oder Wasserstoff als Wärmelösung.

Optimale Stromerzeugung

Klimaschutz · Innovation · Wirtschaftsförderung · Partizipation

Herausforderung

In Zukunft wird Gießen durch die Elektrifizierung von Wärme und Verkehr mehr Strom verbrauchen: Immer mehr elektrische Fahrzeuge und Wärmeerzeuger wie Großwärmepumpen sowie viele Wärmepumpen für einzelne Haushalte.

Ziel

Volt will Gießen und den Landkreis unabhängiger vom Strompreis der Börse machen und möglichst viel Energie lokal erzeugen und nutzen.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- Dass möglichst **viele Flächen für Wind- und Solarenergie** zur Verfügung stehen. Die Kommune sollte Flächen bereitstellen (z.B. Vorranggebiete & Agri-PV in Bebauungsplan), Netzanschlusskapazitäten für PV-Vorranggebiete, Dächer von öffentlichen Gebäuden selbst nutzen oder verpachten, und auch vertikale Flächen wie beispielsweise Lärmschutzwände für PV-Anlagen freigeben – selbst Fahrrad- und Gehwege sind Flächen, die für Photovoltaik genutzt werden können.
- Dass die Bürgerschaft ein **Vorkaufsrecht** an Anteilen der erneuerbaren Energie-Projekte haben und hessische Förderung von Energiegenossenschaften ausgeschöpft werden

- **Mieterstrom:** Dass mehr Mietende Strom vom eigenen Dach beziehen können. Projekte ähnlich dem "FlexQuatier" auf der Philosophenhöhe/Weserstraße sollen umgesetzt werden.
- **Netzentgelte reduzieren** für die Nutzung von lokal erzeugtem Strom, da dieser auch weniger Last auf das Stromnetz verursacht.

Innovativer Energieverbrauch

Klimaschutz · Digitalisierung · Innovation

Herausforderung

Die Stadt Gießen hat grundsätzlich die gleiche Situation wie in ganz Deutschland, dass Stromzähler weitestgehend nicht digitalisiert sind und Verbräuche nicht alle Viertelstunde online übertragen werden können. Neben dem Ausbau von Speichern und Stromerzeugern, die auf wenig Wind und Sonne optimiert sind, ist der dynamische Verbrauch ein besonderes Mittel, um erneuerbare Energien optimal zu nutzen und sich unabhängig von fossilen Brennstoffen zu machen.

Ziel

Volt will, dass Gießen der Stabilität des Netzes dient (Netzdienlichkeit) und die erneuerbare Stromerzeugung möglichst wenig heruntergeregelt werden muss.

Maßnahmen

- Die **Hürden zum Umstieg auf dynamische Stromtarife nehmen**, indem die Kosten der Anschaffung und Installation von intelligenten Messsystemen (iMSys) übernommen werden. iMSys beinhalten nicht nur einen digitalen Stromzähler, sondern auch ein Kommunikationsmodul. Durch die Anschaffung vieler iMSys Systeme können diese vergünstigt gekauft werden.
- **Verbraucher netzdienlich steuern**, um so Spitzen im Netz zu regulieren und den Strompreis für Verbrauchende zu senken. Dazu sollen iMSys Geräte proaktiv Kunden angeboten werden, die eine steuerbare Einrichtung (z.B. Wallbox zum Laden des Autos oder eine Wärmepumpe) anmelden.
- **Förderung von Stromspeichern und bidirektionalen Wallboxen**, um bei Dunkelflauten in Zukunft mehr Stromreserven zu haben.

Biodiversität

Der Schutz und die Förderung der Biodiversität sind zentrale Aufgaben kommunaler Politik. In einer dicht bebauten Stadt wie Gießen stehen Grünflächen, Gewässer und Wälder unter besonderem Druck. Gleichzeitig kommt der Stadt eine wichtige

Vorbildfunktion zu: durch die Gestaltung und Pflege öffentlicher Flächen, durch planerische Entscheidungen und durch die Einbindung der Stadtgesellschaft. Volt setzt sich dafür ein, Biodiversität als Querschnittsaufgabe in der Stadtentwicklung zu verankern und vorhandene Lebensräume zu sichern, zu vernetzen und nachhaltig zu stärken.

Biodiversitätsstrategie, Steuerung und Monitoring

Biodiversität · Transparenz · Innovation · Partizipation

Herausforderung

Der Rückgang der biologischen Vielfalt macht sich auch in Städten deutlich bemerkbar. Lebensräume sind fragmentiert, Flächen stehen unter Nutzungsdruck und Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität sind häufig nicht ausreichend aufeinander abgestimmt. In der Stadt Gießen fehlen bislang eine systematische Gesamtstrategie und ein kontinuierliches Monitoring, um Entwicklungen nachvollziehbar zu machen, Maßnahmen gezielt zu steuern und ihre Wirkung zu überprüfen.

Ziel

Volt will Biodiversität als festen Bestandteil der Stadtentwicklung in Gießen verankern. Ziel ist eine strategisch gesteuerte, wirksame und nachvollziehbare Förderung der Artenvielfalt, die ökologische, soziale und planerische Aspekte zusammenführt und langfristig absichert.

Maßnahmen

- Entwicklung und regelmäßige Fortschreibung einer kommunalen **Biodiversitätsstrategie** auf Grundlage der Hessischen Biodiversitätsstrategie
- Aufbau eines regelmäßigen **Überwachung des Zustands der Artenvielfalt**, einschließlich der Erfassung invasiver Tier- und Pflanzenarten

Grünflächen und öffentliche Vorbildfunktion

Biodiversität · Klimaschutz · Bildung

Herausforderung

Grünflächen in der Stadt Gießen stehen unter hohem Nutzungs- und Pflegedruck. Intensive Bewirtschaftung, Versiegelung und eine einseitige Bepflanzung schränken ihre Funktion als Lebensräume für Pflanzen und Tiere ein. Gleichzeitig bleiben Potenziale ungenutzt, durch eine biodiversitätsfördernde Gestaltung und Pflege öffentlicher Flächen die Artenvielfalt zu stärken und Vorbild für private Flächen zu sein.

Ziel

Volt will öffentliche Grünflächen in Gießen so gestalten und pflegen, dass sie einen messbaren Beitrag zum Erhalt der Biodiversität leisten. Die Stadt soll ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und zeigen, wie ökologische Qualität, Aufenthaltsqualität und Klimaresilienz miteinander verbunden werden können.

Maßnahmen

- Umstellung der **Pflege öffentlicher Grünflächen auf naturnahe** und biodiversitätsfördernde Standards
- Anlage und dauerhafte Sicherung von **Blühwiesen**, Blühstreifen und **struktureichen Grünflächen** mit heimischen und standortgerechten Pflanzen
- **Reduzierung der Flächenversiegelung** und gezielte Entsiegelung geeigneter öffentlicher Flächen
- **Begrünung** kommunaler Gebäude unter besonderer Berücksichtigung der Förderung von Biodiversität
- Schutz von Bestandsbäumen sowie Einführung **verbindlicher Nachpflanzungen bei Baumverlusten**

Wälder und Forstwirtschaft

Biodiversität · Klimaschutz · Gesundheit

Herausforderung

Die städtischen Waldflächen erfüllen eine wichtige Funktion für den Erhalt der Biodiversität, für den Klimaschutz und für die Erholung der Bevölkerung. Gleichzeitig stehen sie unter zunehmendem Druck durch Klimawandelfolgen, Nutzungsansprüche und strukturelle Vereinfachung. Eine auf Ertrag und kurzfristige Stabilität ausgerichtete Bewirtschaftung kann die Vielfalt von Lebensräumen und Arten langfristig beeinträchtigen.

Ziel

Volt will die städtischen Waldflächen ökologisch stabil, artenreich und klimaresilient entwickeln. Ziel ist eine naturnahe Forstwirtschaft, die Biodiversität fördert, natürliche Prozesse stärkt und die vielfältigen Funktionen des Waldes dauerhaft sichert.

Maßnahmen

- Erhöhung der Baumartenvielfalt und gezielte Förderung standortgerechter **Mischwälder**
- Steigerung des Anteils von **Totholz als Lebensraum** für Insekten, Pilze und andere Arten

- Schutz und gezielte Ausweisung von **Biotopbäumen**
- **Schonende Bewirtschaftung** oder Flächenstilllegung auf ökologisch sensiblen Sonderstandorten, insbesondere in Feuchtgebieten
- Anlage und **Entwicklung strukturreicher Waldsäume** als Übergang zwischen Wald und Offenland

Gewässerschutz und Renaturierung

Biodiversität · Klimaschutz · Klimaresilienz · Gesundheit

Herausforderung

Flüsse und Bäche wie Lahn, Wieseck und kleinere Zuflüsse prägen das Stadtgebiet von Gießen und sind wichtige Lebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Gleichzeitig sind viele Gewässerabschnitte begradigt, verbaut oder durch Nutzung und Einträge belastet. Dadurch gehen ökologische Funktionen verloren, Lebensräume werden fragmentiert und die Anpassungsfähigkeit an Starkregen und Hitze nimmt ab.

Ziel

Volt will die Gewässer in Gießen als naturnahe, artenreiche Lebensräume stärken und ihre ökologische Funktion langfristig sichern. Ziel ist es, Gewässerentwicklung, Hochwasserschutz und Stadtökologie stärker miteinander zu verbinden und die Gewässer als Bestandteil einer lebenswerten und klimaresilienten Stadt weiterzuentwickeln.

Maßnahmen

- Schrittweise **Renaturierung** geeigneter Abschnitte von Lahn, Wieseck und weiterer innerstädtischer Gewässer
- **Rückbau harter Uferbefestigungen**, wo dies ökologisch sinnvoll und wasserwirtschaftlich vertretbar ist
- Anlage und Aufwertung von **Gewässerrandstreifen** im Stadtgebiet zur Verbesserung von Lebensräumen und Wasserqualität
- Verbesserung der **ökologischen Durchgängigkeit von Gewässern**, insbesondere an Querbauwerken
- Berücksichtigung von Biodiversitätsaspekten bei städtischen Maßnahmen zum Hochwasser- und Starkregenmanagement

Biotopverbund und Vernetzung

Biodiversität · Klimaschutz · Innovation

Herausforderung

Der Verlust biologischer Vielfalt wird nicht nur durch den Rückgang einzelner Lebensräume verursacht, sondern auch durch deren Zerschneidung. Verkehrsflächen, Bebauung und intensiv genutzte Grünflächen erschweren in Gießen die Wanderung und Ausbreitung vieler Tier- und Pflanzenarten. Bestehende Grünzüge, Gewässerräume und Schutzflächen sind bislang nicht ausreichend miteinander vernetzt.

Ziel

Volt will einen funktionierenden Biotopverbund im Stadtgebiet von Gießen stärken. Ziel ist es, bestehende Lebensräume miteinander zu verbinden, ökologische Durchgängigkeit zu verbessern und so stabile Lebensbedingungen für Tier- und Pflanzenarten auch im urbanen Raum zu schaffen.

Maßnahmen

- Entwicklung und Umsetzung eines stadtweiten **Biotopverbundkonzepts** auf Grundlage bestehender Planungen und Kartierungen
- Vernetzung von Grünflächen, Gewässern und Waldflächen durch **Trittsteinbiotope**, Hecken und strukturreiche Übergänge
- Berücksichtigung des Biotopverbunds bei Bauleitplanung, Infrastrukturmaßnahmen und Stadtentwicklung
- Aufwertung von **Grünachsen entlang von Gewässern**, Wegen und Verkehrsflächen zur Förderung der Durchgängigkeit
- Abstimmung mit benachbarten Kommunen zur Sicherung von **Biotopverbindungen über die Stadtgrenzen** hinaus

Best Practices

- Biotopvernetzung Wiesbaden

Tierschutz

Der Umgang mit Tieren ist ein Spiegelbild unserer gesellschaftlichen Werte und ein Gradmesser für gelebte Empathie. Seit 2002 ist der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Volt versteht Tierschutz nicht nur als bloße Einhaltung gesetzlicher Mindeststandards, sondern als aktive kommunale Gestaltungsaufgabe. Als Sonderstatusstadt hat Gießen die Chance, moderne, wissenschaftlich fundierte Konzepte umzugestalten, die das Wohl der Tiere mit den Interessen der Stadtgesellschaft in Einklang bringen.

Finanzielle Unterstützung von Tierheimen und Tierschutzvereinen

Tierschutz · Finanzpolitik · Partizipation

Herausforderung

Tierheime leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur öffentlichen Sicherheit, arbeiten aber oft am Rande ihrer finanziellen Kapazitäten, da Fundtierkostenerstattungen selten deckend sind.

Ziel

Sicherstellung einer nachhaltigen und kostendeckenden Finanzierung durch moderne Förderstrukturen.

Maßnahmen

- **Fundtierpauschale:** Einführung einer Pauschale von ca. 1 Euro pro Einwohnerin zur stabilen Grundfinanzierung.
- **Kostendeckende Tagessätze:** Erhöhung der Sätze unter Berücksichtigung tatsächlicher Personal-, Veterinär- und Unterbringungskosten.
- **Investitions- & Projektförderung:** Kommunale Mittel für bauliche Modernisierungen sowie für spezifische Aktionen wie Kastrationsprogramme.
- **Planungssicherheit:** Abschluss langfristiger Förderverträge (mind. 3 Jahre) und Förderung von Fachpersonal für die sozialpädagogische Begleitung bei Tierversittlungen.

Best Practices

- Hanau (Pauschale), Landkreis Offenbach (Förderverträge), München

Katzenschutzverordnung

Tierschutz · Biodiversität · Gesundheit

Herausforderung

Tausende freilebende Katzen leiden unter Krankheiten, Hunger und Parasiten. Die unkontrollierte Vermehrung ist die Hauptursache für dieses Elend. Ohne kommunale Steuerung wachsen die Populationen weiter an, was auch die Belastung für die Tierheime durch "verwilderte" Katzen kontinuierlich erhöht.

Ziel

Nachhaltige Reduktion des Leidens freilebender Katzen durch eine flächendeckende Katzenschutzverordnung.

Maßnahmen

- **Kennzeichnungs- & Registrierungspflicht:** Verpflichtende Mikrochips und Datenbank-Registrierung für alle Freigängerkatzen.
- **Kastrationspflicht:** Einführung einer Kastrationspflicht für fortpflanzungsfähige Katzen mit Freigang (mit Ausnahmen für kontrollierte Zucht).
- **Soziale Unterstützung:** Bereitstellung von **Kastrationsgutscheinen** für einkommensschwache Tierhaltende und Unterstützung von Vereinen bei "Trap-Neuter-Return"-Programmen.
- **Vollzug:** Etablierung eines **Kontrollsystems** in Kooperation mit Ordnungs- und Veterinäramt inklusive regelmäßiger Evaluierung.

Best Practices

- Über 120 hessische Kommunen (u.a. Frankfurt, Marburg)

Tierschutzgerechtes Stadtaubenmanagement

Tierschutz · Gesundheit · Innovation

Herausforderung

Stadtauben werden oft als Ärgernis wahrgenommen. Herkömmliche Methoden wie Netze oder Spikes führen jedoch nur dazu, dass die Tiere unter Schmerzen verdrängt werden, ohne dass die Population sinkt. Stadtauben sind auf menschliche Hilfe angewiesene Nachfahren von Haustauben; ihr Hunger und ihre Krankheiten sind ein menschengemachtes Problem.

Ziel

Kontrollierte Bestandsregulierung und Verbesserung der Stadthygiene durch das „Augsburger Modell“.

Maßnahmen

- **Betreute Taubenschläge:** Errichtung von Taubenschlägen an Hotspots zur artgerechten Versorgung und Reinigung durch geschultes Personal.
- **Eiaustausch:** Konsequente Populationskontrolle durch den Austausch echter Eier gegen Gipsattrappen.
- Verzicht auf Vergrämung: Vorrang für **Ansiedlung in Taubenschlägen statt Netzen/Spikes** an öffentlichen Gebäuden.
- Kooperation: Beteiligung von Hausverwaltungen an der Finanzierung und intensive Öffentlichkeitsarbeit **gegen unkontrollierte Fütterung**.

Best Practices

- Augsburg (Pionier seit 2001), Erlangen, Wiesbaden, Berlin-Mitte.

Igelschutz und Regulierung von Mährobotern

Tierschutz · Biodiversität · Klimaschutz

Herausforderung

Tausende Igel sterben jährlich durch Mähroboter in der Dämmerung; zudem fehlt es an Durchgängen in modernen Zäunen.

Ziel

Schutz der Igelpopulation durch Betriebszeiten-Regulierung und Förderung igelfreundlicher Gärten.

Maßnahmen

- **Betriebsverbot:** Allgemeinverfügung zum Verbot von Mährobotern zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang.
- **"Igelfreundliches Gießen":** Kampagne zur Förderung naturnaher Gärten, Totholzhaufen und "Igeldurchlässen" (13x13 cm) in Zäunen.
- Sicherung öffentlicher Bauten: Nachrüstung von Lichtschächten und Kellertreppen an städtischen Gebäuden **gegen das Hineinstürzen von Wildtieren**.
- Vorbildfunktion: **Naturnahe Gestaltung kommunaler Flächen** und Aufnahme von Schutzkriterien in städtebauliche Verträge.

Best Practices

- Kreis Viersen (Mähverbot), Köln (Beratungskampagne), Beckum.

Wildtier- und Vogelschutz im Siedlungsbereich

Tierschutz · Biodiversität · Wohnen & Stadtentwicklung

Herausforderung

Gebäudebrüter wie Mauersegler oder Fledermäuse verlieren durch moderne, fugendichte Bauweisen zunehmend ihre Nistplätze.

Ziel

Systematische Integration von Quartierplätzen in alle Bau- und Sanierungsvorhaben.

Maßnahmen

- **Artenschutz-Check:** Verpflichtende Prüfung auf Nistplätze bei allen Sanierungs- und Abbruchvorhaben.
- **Ausgleichsquote:** Schaffung von mindestens zwei neuen künstlichen Nisthilfen für jeden verlorenen Nistplatz.
- Kommunal Standard: **Integration von Niststeinen und Fledermausquartieren** in alle städtischen Neubauten.
- **Monitoring:** Aufbau eines Nistkasten-Katasters und Unterstützung privater Bauherren durch Beratung und kostenlose Kästen.
- **Privates Feuerwerk nicht gestatten**, damit Tiere im Winter nicht aufgeschreckt werden und ihr Winterquartier nicht verlassen.

Best Practices

- Bensheim (Ausgleichsquote), Frankfurt (Leitfaden), Leipzig.

Pestizidfreie kommunale Grünflächen

Tierschutz · Biodiversität · Gesundheit · Klimaschutz

Herausforderung

Pestizide belasten das Ökosystem und tragen massiv zum Insekten- und Artenschwund bei.

Ziel

Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide, Herbizide und Biozide auf allen städtischen Grünflächen, öffentlichen Plätzen und Friedhöfen sowie Förderung pestizidfreier Bewirtschaftung auf verpachteten städtischen landwirtschaftlichen Flächen.

Maßnahmen

- **Pestizidverbot ab 2026:** Verbindlicher Beschluss zum Verzicht auf Herbizide auf Plätzen, Friedhöfen und Grünanlagen.
- Ökologische Pflege: Umstellung auf mechanische und thermische Methoden sowie **Einsatz von Bodendeckern** zur Unkrautunterdrückung.
- Landwirtschaft: Integration von Pestizidverzicht in Pachtverträge für städtische landwirtschaftliche Flächen.
- Vernetzung: Beitritt zum Bündnis „**Pestizidfreie Kommune**“ zum Austausch über alternative Pflegemethoden.

Best Practices

- Über 550 Kommunen (u.a. München, Tübingen), Heidelberg (Pachtverträge).

Hundesteuer für Tierheim-Hunde aussetzen

Tierschutz · Soziale Gerechtigkeit · Finanzpolitik

Herausforderung

Tierheime bemühen sich intensiv, Hunde in gute Hände zu vermitteln. Potenzielle Adoptionswillige schrecken jedoch oft vor den laufenden Kosten zurück, zu denen auch die Hundesteuer gehört. Diese finanzielle Hürde erschwert die Vermittlung und führt dazu, dass Hunde länger im Tierheim verbleiben. Eine Steuerbefreiung für Tierheim-Hunde würde die Adoption erleichtern, Tierheime entlasten und gleichzeitig ein positives Signal für Tierschutz setzen.

Ziel

Schaffung von Anreizen zur Adoption von Tierheimhunden.

- Satzungsänderung: **Steuerbefreiung für alle Hunde aus Tierheimen** für die ersten zwei Jahre nach der Adoption.
- Unbürokratische Abwicklung: Automatische Befreiung **bei Vorlage der Vermittlungsbescheinigung**.
- Kampagne: Gezielte Bewerbung dieser Regelung, um die Vermittlungsquoten zu steigern und die **Heime dauerhaft zu entlasten**.

Best Practices

- Koblenz, Worms, Bremerhaven.

Wildtierfreie Zirkusse

Tierschutz · Wildtiere · Transparenz

Herausforderung

Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen steht seit Jahren in der Kritik, da artgerechte Unterbringung, ausreichende Bewegungsmöglichkeiten und tiergerechter Transport praktisch unmöglich sind. Elefanten, Großkatzen, Bären und andere Wildtiere leiden unter den beengten Verhältnissen, dem ständigen Transport und den unnatürlichen Lebensbedingungen. Die Stadt Gießen hat bereits im November 2016 einen Beschluss gefasst, keine städtischen Flächen mehr an Zirkusse mit Wildtieren zu vergeben. Dieser Beschluss muss konsequent umgesetzt und ggf. verstärkt werden.

Ziel

Konsequente Umsetzung des Stadtratsbeschlusses von 2016 zur Nicht-Vergabe städtischer Flächen an Zirkusse mit Wildtieren und ggf. Erweiterung des Beschlusses um weitere Tierarten.

Maßnahmen

- **Striktes Verbot:** Keine Vergabe städtischer Flächen an Zirkusse mit Wildtieren (Elefanten, Bären, Großkatzen etc.).
- Erweiterung: Prüfung der Verbotsliste um **weitere sensible Arten** (z.B. Robben) gemäß wissenschaftlicher Gutachten.
- **Transparenz:** Regelmäßige Berichterstattung über die Umsetzung des Beschlusses im zuständigen Ausschuss.

Best Practices

- Stuttgart, Köln, Darmstadt (über 100 deutsche Städte insgesamt).

Die Stadt Gießen hat als Sonderstatusstadt besondere Gestaltungsmöglichkeiten im Tierschutz. Die hier vorgestellten Maßnahmen sind konkret, umsetzbar und wissenschaftlich fundiert. Sie orientieren sich an Best Practices aus anderen Kommunen und respektieren die rechtlichen Zuständigkeiten. Volt Gießen setzt sich dafür ein, dass Tierschutz in unserer Stadt nicht nur als gesetzliche Verpflichtung, sondern als ethisches Anliegen verstanden wird.

BILDUNG & GESUNDHEIT

Bildung

Bildung ist der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit, gesellschaftlicher Teilhabe und einer zukunftsfähigen Stadt. Sie beginnt weit vor dem Schuleintritt, begleitet Menschen ein Leben lang und findet nicht nur in Klassenzimmern, sondern auch in Hochschulen, Vereinen, Familienzentren, Volkshochschulen, Sprachkursen und im Sport statt. Für Volt ist Bildung deshalb eine ganzheitliche kommunale Aufgabe, die allen Menschen – unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Geschlecht oder Aufenthaltsstatus – echte Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet und Integration nachhaltig fördert.

Frühkindliche Bildung

Bildung · Soziale Gerechtigkeit · Generationengerechtigkeit

Herausforderung

Kindertagesstätten und Kindergärten leisten einen entscheidenden Beitrag zur Chancengerechtigkeit, Integration und Sprachentwicklung. Gießen ist gesetzlich verpflichtet, für jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr einen Betreuungsplatz zu stellen. Leider fehlen ausreichende Plätze und Fachkräfte, was lange Wartelisten und eine hohe Belastung des pädagogischen Personals zur Folge hat. Rückläufige Geburtenzahlen werden die Situation jedoch langfristig verändern und stellen die Kommunen vor neue Herausforderungen, die flexible Lösungsansätze erfordern.

Ziel

Volt fordert Qualität statt Quantität in der frühkindlichen Bildung, um Kinder ab dem 1. Lebensjahr bestmöglich zu fördern und so den Grundstein für lebenslanges Lernen und echte Chancengerechtigkeit zu setzen.

Maßnahmen

- **Verbesserung der Strukturqualität der Kitas**
Volt will die Strukturqualität der Kindertagesstätten durch Reduzierung der Gruppengröße und Erhöhung des Personalschlüssels langfristig erhöhen.
- **Systematische Sprachförderung**
Volt fordert die systematische Sprachförderung von Kindern bereits in der Kita. Das gilt sowohl für die deutsche Sprache als Vorbereitung auf den Schuleinstieg, als auch für den spielerischen Umgang mit den Muttersprachen des pädagogischen Fachpersonals und der betreuten Kinder.

- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen für pädagogisches Fachpersonal**
Volt setzt sich dafür ein, pädagogische Berufe durch eine erhöhte Vergütung, Mobilitätszuschüsse und unbefristete Arbeitsverträge attraktiver zu gestalten.
- **Quereinstieg durch gezielte Qualifizierung**
Volt fordert eine enge Kooperation mit dem Jobcenter, um einen unkomplizierten Quereinstieg durch gezielte Qualifizierungen zu ermöglichen.
- **Anerkennung ausländischer Abschlüsse**
Volt fordert eine schnelle, unkomplizierte Anerkennung ausländischer Abschlüsse, um den Berufseinstieg für pädagogisches Fachpersonal aus dem Ausland zu erleichtern. Sprachkurse und gezielte Weiterqualifizierungen sollen in Kooperation mit dem Jobcenter intensiv gefördert werden.
- **Unterstützung des pädagogischen Fachpersonals durch nicht-pädagogisches Personal**
Volt setzt sich für einen erhöhten Personalschlüssel für nicht-pädagogisches Personal in den Kindertagesstätten ein, um das pädagogische Fachpersonal zu entlasten und die Qualität der pädagogischen Arbeit zu erhöhen.
- **Einbindung von pädagogischem Personal in kommunalpolitische Entscheidungen**
Volt fordert die Einbindung von pädagogischem Personal in kommunalpolitische Entscheidungen. Ihre Expertise bezüglich der Herausforderungen und Chancen sowie der Bedürfnisse der verschiedenen Stakeholder (Pädagogisches Personal, nicht-pädagogisches Personal, Erziehungsberechtigte, Kinder) ist unerlässlich, um die Betreuungsstruktur in der Stadt Gießen und im Landkreis langfristig zu verbessern.
- **Flexibilität des Betreuungsangebots**
Volt möchte die Flexibilität des Betreuungsangebots durch längere Öffnungszeiten und gleitende Betreuungszeiten verbessern, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.
- **Einsatz digitaler Tools**
Volt fordert die Weiterentwicklung von digitalen Tools wie dem "Little Bird"-Portal, um eine transparente Wartelistenverwaltung zu gewährleisten.
- **Datengestützte Kapazitätsanalysen**
Volt fordert den Einsatz von datengestützten Kapazitätsanalysen, um den Betreuungsbedarf besser prognostizieren zu können.

Schulbildung

Bildung · Soziale Gerechtigkeit · Digitalisierung · Innovation

Gießen verfügt über eine vielfältige Schullandschaft mit zahlreichen Grundschulen, weiterführenden Schulen (Gymnasien, Gesamtschulen, Realschulen), Förderschulen sowie Berufsschulen, Berufsschulzentren und Jugendwerkstätten. Diese Vielfalt sichert individuelle Bildungswege und unterstützt frühe Berufsorientierung in enger Kooperation mit lokalen Betrieben und Hochschulen.

Herausforderung

Im Bundesvergleich sind die Abbruchquoten in der Stadt und im Landkreis Gießen mit 5-6% zwar relativ niedrig – das heißt, die meisten Jugendlichen schließen ihre Schulbildung erfolgreich ab. Dennoch besteht weiterhin Handlungsbedarf, da jeder Schulabbruch eine verpasste Chance für Teilhabe und sozialen Aufstieg bedeutet.

Darüber hinaus leidet der geplante Ausbau der Schulen als Ganztagschulen unter einer massiven Unterfinanzierung. 40 Mio. Euro werden für den Ausbau benötigt, aber nur 6,7 Mio. Euro Förderung stehen zur Verfügung.

Ziel

Schulen sollen nicht nur Bildungsorte, sondern auch Familienzentren und Lebensorte sein, in denen Kinder und Jugendliche, egal welcher sozialer, kultureller oder nationaler Herkunft, sich geschützt und unterstützt fühlen. Durch attraktive Lernangebote, moderne Lernorte und sozial ausgewogene Bildungskonzepte möchte Volt die Abbruchquote weiter senken und nachhaltige Perspektiven für unser Gemeinwesen schaffen. Kooperationen mit Bildungsträgern und -institutionen der Stadt sollen Lernangebote schaffen, die das Ganztagsangebot sinnvoll ergänzen und an die Förderung der individuellen Bedarfe der Schülerschaft angepasst sind.

Maßnahmen

- **Mehr pädagogisches Personal als Unterstützung für Lehrkräfte**
Volt Gießen fordert mehr pädagogisches Personal in Schulen als Unterstützung für Lehrkräfte und schlägt eine EU-weite Fachkräfterekrutierung mit vereinfachten Anerkennungsverfahren vor.
- **Ausbau der Kooperationen mit Hochschulen und Ausbildungsstätten**
Volt Gießen fordert den Ausbau von bestehenden Kooperationen mit Hochschulen und Ausbildungsstätten, um der Schülerschaft ein breites Spektrum an Berufseinstiegsmöglichkeiten zu eröffnen und akademische wie praktische Angebote in die Ganztagsbetreuung zu integrieren.
- **Digitale Bildung und Einsatz von KI**
Volt Gießen fordert die systematische Förderung von digitaler Bildung ab der Grundschule, um die Medien- und Digitalkompetenz der Kinder zu stärken. Für den Unterricht werden Leih-Tablets zur Verfügung gestellt, um die Familien der Kinder nicht finanziell zu belasten. Die Lehrkräfte werden dabei von digitalen Ansprechpersonen nach finnischem Vorbild unterstützt. Auf diese Weise soll die Medien- und Digitalkompetenz der gesamten Schule (Schülerschaft und Lehrkörper) nachhaltig gefördert und gestärkt werden.
- **Mehrsprachigkeit als Chance**
Volt Gießen fordert die Integration von den Herkunftssprachen eines Klassenverbandes inklusive Lehrkraft in bestehende Bildungskonzepte. Teile der Schülerschaft mit Migrationshintergrund wächst mit mindestens zwei Sprachen auf. Diese Sprachkompetenz soll als wertvoll gewürdigt und im Rahmen von Sprach-AGs weiter gefördert werden.

- **Niedrigschwellige, flächendeckende Sprachförderung**
 Volt Gießen fordert eine niedrigschwellige, flächendeckende Sprachförderung von Schul- und Vorschulkindern in Vorlaufklassen, Sprach-Kitas und mittels digitaler Tools.
- **Pilotprojekt Späterer Schulstart**
 Volt Gießen setzt sich für einen späteren Schulstart zur 2. Stunde ein, um die Aufmerksamkeit und das Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen zu fördern. Für Eltern, die früher mit der Arbeit beginnen, soll es eine verlässliche Schülerbetreuung geben, die den Zeitraum zwischen Schulbeginn und Arbeitsbeginn überbrückt. Diese Betreuung umfasst auch ein kostenloses, gesundes Frühstücksangebot, das den Schulalltag optimal unterstützt.
- **Ausbau der Ganztagsbetreuung**
 Volt Gießen fordert den Ausbau der bereits bestehenden Angebote in der Ganztagsbetreuung bis 17 Uhr sowie Ferienbetreuung an Schulen, damit alle Familien bestmöglich entlastet werden.
- **Kostenlose Nachhilfe**
 Volt Gießen fordert kostenlose Nachhilfe und Präventionsangebote als integraler Teil der Ganztagsbetreuung, um die Schülerschaft individuell fördern zu können und Schulabbrüche aufgrund von Bildungslücken zu vermeiden.
- **Förderung der integrativen Gesamtschule**
 Volt Gießen fordert die Förderung der integrativen Gesamtschule, um Bildungskarrieren durchlässig zu gestalten und Kinder je nach Entwicklungsgeschwindigkeit bestmöglich fördern zu können.
- **Sicherer Schulweg**
 Volt Gießen fordert den Einsatz von ausreichend Schulbussen und getrennte Rad- und Fußwege, damit Kinder und Jugendliche sicher und selbstständig den Schulweg meistern können.
- **Gesunde, kostenlose Schulverpflegung**
 Volt Gießen fordert eine gesunde kostenlose Schulverpflegung (Frühstück und Mittagessen), die unter Beteiligung der Schülerschaft nach Vorbild von "Schüler kochen für Schüler" der Gesamtschule Gießen Ost bereitgestellt wird. Frei zugängliche Trinkwasserbrunnen sollen auf den Schulgeländen in Stadt und Kreis installiert werden, um die Trinkwasserversorgung in den Pausen und bei sportlichen Aktivitäten, auch nach dem Unterricht, zu gewährleisten. Zudem sollen Sauerstoffmessgeräte standardmäßig in allen Klassenzimmern eingesetzt werden, um den Sauerstoffgehalt in der Luft zu prüfen und regelmäßiges Lüften zu etablieren.
- **Pädagogisch wertvolle Raumkonzepte**
 Volt Gießen fordert die Umsetzung von modernen, lernfreundlichen Raumkonzepten, die den verschiedenen Anforderungen des Schulalltags entsprechen. Grünflächen und Gärten bieten Raum für Lernangebote im Freien sowie Erholung in den Pausen und tragen maßgeblich zu einem besseren Klima bei.
- **Safe Space Schule**
 Volt fordert den verstärkten Schutz des Schulgeländes als sicheren Lernort. Nur in einem angstfreien Raum können Bildungsinhalte erfolgreich vermittelt und

aufgenommen werden. Volt Gießen lehnt daher Abschiebungen auf dem Schulgelände grundsätzlich ab, da sie die Schüler- wie die Lehrerschaft nachhaltig traumatisieren können und das Lernklima nachhaltig schädigen.

- **Progressive Sexualerziehung**

Volt Gießen fordert eine qualifizierte, externe Sexualerziehung an den Schulen, die Diversität, LGBTQ+-Rechte und Vielfalt als selbstverständlichen Bestandteil vermittelt. Sexualerziehung soll aus Perspektiven unterschiedlicher Identitäten und Lebensmodelle stattfinden und somit inklusiv, aufklärend und respektvoll sein. Das Angebot soll von qualifizierten externen Fachkräften in Kooperation mit dem regulären Lehrpersonal durchgeführt werden.

- **Suchtprävention nach Zürcher Modell**

Volt Gießen fordert die Integration einer zielgruppengerechten Aufklärung über Drogenkonsum auf Basis des Zürcher Vier-Säulen-Modells (siehe Kapitel Gesundheit) in den Unterricht, um die Schülerschaft bestmöglich vor riskantem Konsum zu schützen und sie im verantwortungsvollen Umgang mit Drogen zu stärken.

- **Demokratiebildung**

Volt Gießen fordert eine erhöhte Mitsprache der Schülerschaft bei Bildungsangeboten, um Schule als Ort der Partizipation und Selbstwirksamkeit erfahrbar zu machen.

Best Practices

- Stuttgart/Köln: "Schüler kochen für Schüler"-Projekte in Zusammenarbeit mit (Schul-)Vereinen.
- Helsinki: partizipative Schulgestaltung und "Digitale Ansprechpersonen".
- Dänemark: Demokratiebildung und freiwilliges Praxisjahr.
- Das Projekt „Schüler kochen für Schüler“ der Gesamtschule Gießen-Ost – täglich frische, gesunde Mahlzeiten in schuleigener Organisation und mit Schülerbeteiligung.
- Schüलगärten und Umweltprojekte an mehreren Schulen: Die Schülerschaft legt Schulgärten an, pflegt Gemüsebeete oder Biodiversitätsflächen (u.a. an Ostschule, Ricarda-Huch-Schule, Theodor-Litt-Schule).
- Kunst am Bau: Die Schülerschaft gestaltet Wandbilder, Skulpturen oder Ausstellungen im schulischen und öffentlichen Raum (z.B. Kunstprojekte der GGO und Georg-Büchner-Schule).
- Tutorien im Sport-Programme an vielen Schulen fördern Gesundheit und Teamgeist, indem ältere Schülerinnen Bewegungsangebote und Arbeitsgruppen für Jüngere leiten.
- Schulsanitätsdienst: An fast allen weiterführenden Schulen übernehmen Ausgebildete im Schulsanitätsdienst Verantwortung für Erste Hilfe und Gesundheitsförderung – unterstützt vom DRK oder von Lehrkräften.
- Offenbach: Vorlaufklassen als Sprachförderung vor Schuleintritt.
- Berlin/Frankfurt: Flächendeckende Sprach-Kita-Angebote und Elternberatung.

Hochschulbildung

Bildung · Wirtschaftsförderung · Innovation

Der Hochschulstandort Gießen profitiert von seiner zentralen Lage, der engen Verankerung in der Region Mittelhessen und der Nähe zur Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main. Gießen zählt als Wissenschaftsstadt und hat mit rund 36.000 eingeschriebenen Studierenden an zwei Hochschulen deutschlandweit die höchste Studierendendichte. Die Justus-Liebig-Universität (JLU) und die Technische Hochschule Mittelhessen (THM) decken als Volluniversität und Hochschule an der angewandten Wissenschaften gemeinsam ein breites Spektrum von Geisteswissenschaftlichen, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften ab. Die Vielfalt der Studiengänge zieht Studieninteressierte und Promovierende aus ganz Deutschland an. Dazu kommt die steigende Zahl der internationalen Studierenden, die ihren Hochschulabschluss (Bachelor, Master, Staatsexamen oder Promotion) an der JLU oder THM vollenden. Volt Gießen möchte die Lebensbedingungen für alle Studierenden nachhaltig verbessern, um sie langfristig auch nach dem Abschluss als akademische Fachkräfte für die Region zu gewinnen.

Studentisches Wohnen

Wohnen & Stadtentwicklung · Soziale Gerechtigkeit · Bildung

Herausforderung

Gießen hat rund 36.000 Studierende bei einer Einwohnerschaft von circa 92.000 Personen, aber nur rund 2.500 Wohnheimplätze. Die Wohnheime sind häufig renovierungsbedürftig, die Wartelisten auf Wohnheimplätze sind lang. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Vor allem für Studierende, die aus dem Ausland oder weiter entfernten deutschen Städten nach Gießen kommen, ist die Wohnungssuche vor Beginn des Studiums ein großer Stressfaktor.

Wohnen bedeutet jedoch nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern ist Dreh- und Angelpunkt für eine erfolgreiche Integration im neuen Heimatort. Durch eine eng getaktete Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie die Förderung von Sozial- und Kulturangeboten sollen Wohnheime zum lebendigen Mittelpunkt des studentischen Lebens weiterentwickelt werden.

Maßnahmen

- **Sanierung und Ausbau der Wohnheime**
Volt Gießen fordert die Sanierung und den Ausbau der bestehenden Wohnheime als Lern-, Erholungs- und Sozialzentren mit soziokulturellem Angebot.
- **Stärkung des Campuslebens**
Volt Gießen fordert eine gezielte Stärkung des Campuslebens mithilfe von multifunktionalen Treffpunkten wie Lerncafés und Maker-Spaces, die in bestehende Raumkonzepte integriert werden können.

Best Practices

- Helsinki: Sanierete Wohnheime als Lern-, Erholungs- und Sozialzentren.
- Kopenhagen: Familienfreundliche Campus-Infrastruktur.

Fachkräftebindung bei Bildungsmigration

Bildung · Integration & Diversität · Wirtschaftsförderung

Herausforderung

Rund 12% der Studierenden in Gießen sind internationale Studierende und Forschende, die ihre Hochschulreife außerhalb Deutschlands abgelegt haben. Sie schließen als grundständige Studierende ihre Hochschulbildung in Gießen ab oder vollenden ihre Promotion. Internationale Studierende und Promovierende gelten für den deutschen Arbeitsmarkt als besonders attraktiv, da sie in der Regel Deutschkenntnisse auf C1-Niveau für ihr Studium vorweisen müssen und bereits vor Ort integriert sind. Aufgrund personeller Engpässe bei der Ausländerbehörde wird der Übergang von der Hochschule in den Arbeitsmarkt jedoch häufig erschwert.

Ziel

Volt Gießen fordert eine Aufstockung der Personaldecke bei der Ausländerbehörde, damit Aufenthaltstitel effizient bearbeitet und der Berufseinstieg nach dem Studium beschleunigt werden können.

Maßnahmen

- umfassende Infrastruktur (Kinderbetreuung, Schulen, bezahlbarer Wohnraum, kulturelles Leben, nachhaltige Mobilität)
- Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Stadtgesellschaft
- Gelebte Willkommenskultur
- Personell gut aufgestellte Behörden, um Aufenthalts- und Einstellungsprozesse schnell abwickeln zu können.

Außerschulische Bildung, Sprachförderung und Integration

Bildung · Integration & Diversität · Soziale Gerechtigkeit

Vereine, Sprachkurse und außerschulische Lernorte sind wichtige Stätten des sozialen Zusammenhalts und der Integration. Fundierte Deutschkenntnisse sind der Grundstein für erfolgreiche Integration, Bildungsaufstieg, Teilhabe am Arbeitsmarkt und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Förderung und der Ausbau bestehender Deutschkurse für alle Bevölkerungsgruppen – Geflüchtete, qualifizierte Fachkräfte und

Familien – sind Kernanliegen. Die Angebote sollen besser vernetzt, barrierefrei und inklusiv gestaltet werden. Besonderes Augenmerk gilt der Familienintegration und der Bereitstellung von niedrigschwelliger Beratung und Unterstützung.

Herausforderung

Die angebotenen Integrationskurse der Volkshochschule sind online nicht buchbar, die Verfügbarkeit soll telefonisch erfragt werden. Menschen ohne Anspruch auf Integrationskurse sind häufig auf ehrenamtliche oder kostenpflichtige Angebote angewiesen.

Ziel

Strukturelle Förderung und Ausbau von niedrigschwelligen, hochwertigen Deutsch- und Alphabetisierungskursen für alle Zielgruppen – Geflüchtete, qualifizierte ausländische Fachkräfte sowie deren Familien.

Maßnahmen

- **Ausbau eines niedrigschwelligen Angebots an Integrationskursen**
Volt Gießen fordert den Ausbau von niedrigschwelligen Integrationskursen, um Menschen möglichst schnell in Gesellschaft und Arbeitsleben zu integrieren.
- **Ausbau des Angebots bestehender Deutschkurse**
Volt Gießen fordert den Ausbau des bestehenden Angebots an kostenlosen Deutschkursen für Menschen, die keinen Anspruch auf finanzielle Förderung haben.
- **Kostenlose Deutschförderung für Kinder und Jugendliche jeden Alters**
Volt Gießen fordert die kostenlose Deutschförderung für Kinder und Jugendliche jeden Alters, um sie schnellstmöglich in den regulären Schulunterricht integrieren zu können und eine Bildungskarriere zu fördern.
- **Ausbau von Kinderbetreuung im Rahmen von Deutschkursen**
Volt Gießen fordert den Ausbau von Kinderbetreuung im Rahmen von Deutschkursen, um die Teilnahme an Deutschkursen für Menschen mit (Klein-) Kindern zu erleichtern.
- **Willkommenskultur stärken**
Volt Gießen fordert die finanzielle und strukturelle Förderung von Gießener Vereinen, die Integration und gesellschaftliche Teilhabe durch Deutschkurse fördern und so einen wichtigen Beitrag zur Willkommenskultur in Gießen leisten.
- **Kooperation mit Studiengang Deutsch als Zweitsprache der JLU**
Volt Gießen fordert eine Kooperation zwischen Bildungsträgern und dem Studiengang "Deutsch als Zweitsprache", der seit 2025 an der JLU angeboten wird. Studierende können sich ehrenamtlich oder vergütet als assistierende Lehrkräfte für Integrations- und Deutschkurse engagieren und so ihre Praxiskompetenz stärken.
- **Familienzentren als integrative Anlaufstellen**
Volt Gießen fordert die strukturelle Stärkung von Familienzentren als integrative Anlaufstellen für Betreuung und Bildung in Kooperation mit Vereinen, Elternarbeit und interkulturellen Projekten.

Best Practices

- Hamburg und Berlin bieten eine landesweite Erreichbarkeit und Transparenz ihrer Kursangebote durch zentrale Online-Übersichten und gezielte Informationskampagnen.
- Offenbach setzt erfolgreich auf niedrigschwellige, wohnortnahe Sprachförderung für alle Generationen. Finnland und Skandinavien vernetzen Sprachbildung konsequent mit digitalen Formaten und sozialräumlicher Integration.

Sportförderung

Lebensqualität · Gesundheit & Prävention · Gemeinschaft & Teilhabe

Sport und körperliche sowie geistige Bewegung sind ein zentraler gesellschaftlicher Faktor zur Förderung der Gesundheit, Stärkung der Gemeinschaft und des sozialen Zusammenhalts. Sportvereine und Bewegungsangebote leisten einen entscheidenden Beitrag zur Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen. In der Stadt Gießen tragen Sportvereine, der Unisport, frei zugängliche Sportstätten im öffentlichen Raum sowie kommunale Angebote wie Schwimmbäder, Hallenbäder und Bewegungsflächen wesentlich zur Vielfalt des sportlichen Angebots bei. Als kostengünstige oder kostenlose Bewegungs- und Aufenthaltsangebote für verschiedene Alters- und Zielgruppen sind sie Orte der Begegnung, werten den öffentlichen Raum auf und leisten einen wertvollen Beitrag zur Demokratie.

Herausforderung

Die Sportvereine in der Stadt Gießen kämpfen mit sinkenden Mitgliederzahlen sowie begrenzten personellen – hauptamtlichen und ehrenamtlichen – und finanziellen Ressourcen. Die Verfügbarkeit von Sportstätten ist begrenzt, Sanierung und Instandhaltung sind kostenintensiv. Gleichzeitig fehlt Nachwuchs sowohl bei den Mitgliedern als auch bei (ehrenamtlichen) Übungsleitungen. Neben der Bereitstellung von Bewegungsangeboten für die breite Bevölkerung legen die lokalen Sportvereine den Grundstein für einen lebendigen Leistungssport in Deutschland. Aufgrund der fehlenden Kapazitäten können sie dieser Aufgabe nur bedingt gerecht werden. Jenseits der Vereinsstrukturen sind öffentlich zugängliche Bewegungsangebote und Sportstätten der Stadt mit intensiven Instandhaltungs- oder Erschließungskosten verbunden.

Ziel

Volt stärkt in der Stadt Gießen den Breitensport und das Vereinsleben als zentrale Säulen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sportvereine sollen gezielt unterstützt und durch verbindliche Kooperationen mit Stadtverwaltung und Bildungsinstitutionen nachhaltig gestärkt werden.

Die Vielfalt der Sportangebote soll erhalten und weiterentwickelt werden, damit auch Sportarten jenseits des klassischen Breitensports sichtbar und zugänglich bleiben.

Barrierefreiheit, Inklusion und soziale Teilhabe sind dabei feste Bestandteile der Sportförderung.

Sportvereine werden als Grundlage des Leistungs- und Nachwuchssports in der Region Gießen anerkannt und entsprechend gefördert. Gleichzeitig setzt sich Volt für die gezielte Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen ein, um den organisierten Sport langfristig zu sichern.

Maßnahmen

Um diese Ziele sicherzustellen, fordert Volt

- Verbesserung des Informations- und Austauschsystems für Förder- und Organisationsfragen und eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Stadtverwaltung und Politik zur Sportentwicklung.
- Förderung barrierefreier, inklusiver Sportangebote, um Menschen mit Behinderung und anderen benachteiligten Gruppen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.
- Förderung dualer Karrierewege für Leistungssportlerinnen in Kooperation mit den Gießener Hochschulen
- Förderung digitaler Anwendungen zur flexiblen und dennoch verlässlichen Mitgliederorganisation und effizienten Nutzung der vorhandenen Sportstätten
- Fortführung der Sportförderungsrichtlinien im Landkreis Gießen
- Stärkung des Sportkreis Gießen als Bindeglied zwischen Vereinen, Stadt und Landessportbund
- Vernetzung der Sportvereine mit Bildungsträgern und Schulen
- Nachwuchs- und Jugendförderung durch Schul-Sport-Kooperationen
- Förderung frei zugänglicher Sport- und Begegnungsstätten, z.B. überdachte Basketballplätze, Skateparks, Stangenparks, Schachfelder, Barfuß- und Erlebnispfade, Bolzplätze, Abenteuerspielplätze, Kneipp-Becken

Best Practices

- FlexStudy: Flexibel studieren als Leistungssportlerin an der THM
- Calisthenics-Anlage "Stangenpark" in der Wieseckau, Gießen

Medizin & Gesundheit

Gesundheit ist die Grundlage für Lebensqualität, Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Für Gießen hat der Bereich Medizin und Gesundheit einen hohen Stellenwert gemessen an mehreren Krankenhäusern, einem hohen Anteil an Beschäftigten im Bereich Pflege und Gesundheit, sowie den medizinischen und gesundheitsbezogenen Studiengängen am Universitätsstandort Gießen. Dieses Potential an Kompetenz und Wissen muss genutzt und gefördert werden, um den besonderen Herausforderungen unserer Bevölkerung zu begegnen. Dazu gehören der demografische Wandel mit einer

alternden Gesellschaft und der zunehmende Fachkräftemangel, die innovative Lösungen in der Gesundheitsversorgung erfordern. Das *Hessische Kompetenzzentrum für Telemedizin und E-Health* in Gießen prägt gemeinsam mit der Technischen Hochschule Mittelhessen den Weg zur digitalen, zukunftsgerichteten Versorgung. Volt setzt auf eine Gesundheitspolitik, die Prävention, Versorgung und Pflege zusammen denkt, vorhandene Strukturen stärkt und Innovationen nutzt. Unser Ziel ist eine wohnortnahe, gerechte und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung für alle Menschen unabhängig von Geldbeutel, Herkunft oder Wohnort.

Ärztliche Versorgung & Koordination

Gesundheit · Soziale Gerechtigkeit · Innovation

Herausforderung

Im Landkreis Gießen überschritten im letzten Jahr rund 70 % des hausärztlichen Fachpersonals die Altersgrenze von 65 Jahren. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Medizinischen Fachangestellten, die für reibungslose Abläufe in den Praxen sorgen und viele behandlungsbedürftige Personen warten lange auf Facharzttermine.

Ziel

Volt will, dass alle Menschen in Gießen gut und verlässlich medizinisch versorgt werden. Ziel ist es, den Zugang zu ärztlicher Betreuung zu erleichtern und zugleich dafür zu sorgen, dass der medizinische Beruf vor Ort attraktive und zukunftsfähige Bedingungen bietet.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Lokale Gesundheitsversorgungszentren** schaffen und stärken, insbesondere in sozial benachteiligten Wohngebieten. Dadurch sollen faire Gesundheitsstrukturen aufgebaut und die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung erhöht werden.
- **Mobile Gesundheitsangebote** ausbauen, wie etwa Sprechstunden auf Rädern und Impfbusse, um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten.
- Die **Gründung von Gemeinschaftspraxen** unterstützen, um die Arbeitsbedingungen des medizinischen Personals zu verbessern und effizientere Versorgungsstrukturen zu schaffen.
- Die **Nachwuchsgewinnung** stärken, etwa durch Programme wie das HeLaMed (Hessen | Land | Medizin)-Programm der Universität Gießen, das gezielt auf die hausärztliche Tätigkeit im ländlichen Raum vorbereitet.

Best practices

- Das Nachbarschaftszentrum Walddal in Marburg zeigt, dass solche Zentren gleichzeitig als sozialer Treffpunkt, Beratungsstelle und medizinische Anlaufstelle dienen können.

Rücküberführung des UKGM in öffentliches Eigentum

Gesundheit · Finanzpolitik · Partizipation · Transparenz

Herausforderung

Das Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) ist das einzige privatisierte Uniklinikum Deutschlands. Es gibt regelmäßig Berichte über Probleme in der stationären Versorgung, Personalmangel und Beschwerden über Arbeitsbedingungen.

Ziel

Volt will, dass das UKGM wieder in öffentliches Eigentum überführt und damit als gemeinwohlorientierte Institution ausgebaut wird, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern und eine patientenorientierte Versorgung zu gewährleisten.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- Das Land Hessen dazu auffordern, das UKGM wieder in öffentliches Eigentum zu überführen, um eine hochwertige und verlässliche medizinische Versorgung sowie Forschung und Lehre langfristig zu sichern.

Pflege & Würde im Alter

Gesundheit · Generationengerechtigkeit · Soziale Gerechtigkeit · Wirtschaftsförderung

Herausforderung

Laut Angaben des hessischen Pflegemonitors fehlen in Gießen bereits heute zahlreiche Pflegefachkräfte, Altenpflegekräfte und Mitarbeitende in der Altenpflegeassistenz. Gleichzeitig wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2040 um nahezu 60 % steigen, wodurch der Bedarf an verlässlichen und gut organisierten Pflege- und Unterstützungsangeboten deutlich zunimmt.

Ziel

Volt will, dass Pflegestrukturen in Gießen deutlich attraktiver werden und qualifiziertes Personal gewonnen und gehalten werden kann. Ziel ist es, eine verlässliche, würdevolle und zukunftsfähige Pflege sicherzustellen, die den Bedürfnissen einer älter werdenden Bevölkerung gerecht wird.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Pflege- und Betreuungsangebote** weiterentwickeln, etwa durch den Ausbau von Pflegestützpunkten, die Stärkung ambulanter Dienste, die flächendeckende Einführung von Gemeindepflegekräften, sowie die Gestaltung und Umsetzung demografiesensibler Wohnformen.
- **Beratungs- und Unterstützungsangebote** für Pflegebedürftige und Angehörige ausbauen und leichter zugänglich machen. Dies soll konkrete Entlastungsmöglichkeiten umfassen, etwa durch das Angebot von mehr Kurzzeitpflegeplätzen sowie durch eine bessere finanzielle Absicherung der Angehörigenpflege. Diese wird oftmals erwartungsgemäß von Frauen übernommen und bislang weder angemessen entlohnt noch ausreichend wertgeschätzt.

Best practices

- Die Initiative „Gemeindeschwestern“ in Lich und in den Licher Stadtteilen unterstützt ältere Menschen und ihre Angehörige mit Beratung, Begleitung und sozialen Angeboten.

Innovative Notfallversorgung

Gesundheit · Sicherheit · Digitalisierung

Herausforderung

Notaufnahmen und Rettungsdienste sind oftmals überlastet, unter anderem aufgrund zahlreicher Beanspruchung durch nicht dringliche Fälle. Gleichzeitig stehen innovative digitale und sektorenübergreifende Lösungen erst am Anfang ihrer Umsetzung, obwohl sie das Potenzial haben, die Notfallversorgung deutlich zu entlasten und zu verbessern.

Ziel

Volt will eine moderne, effiziente und gut koordinierte Notfallversorgung in Gießen sicherstellen, die durch innovative Modelle entlastet wird und behandlungsbedürftige Personen schnell in die passende Versorgungsstruktur vermittelt.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Ambulante Praxen stärker in die Notfallversorgung einbinden**, sodass nicht dringliche Fälle über Leitstellen direkt dorthin vermittelt werden können.
- Pilotprojekte wie GiMIC, DokPro und SaN verstetigen und weiter ausbauen, um **digitale, mobile und sektorenübergreifende Modelle** dauerhaft in der Notfallversorgung zu verankern.
- Die falsche Inanspruchnahme von Notaufnahmen durch **gezielte Aufklärung der Bevölkerung** und leicht verständliche Gesundheitsinformationen reduzieren.

Best practices

- Das Projekt **GiMIC (Gießener Medical Intervention Car)** sendet Anästhesistinnen und Intensivmedizinerinnen vom UKGM in einem speziell ausgestatteten Fahrzeug mit Blutkonserven zu kritischen Einsätzen; es soll die Überlebenschance bei schweren Notfällen erhöhen.
- Das KI-gestützte System **DokPro** unterstützt Notaufnahmen, indem es den zeitintensiven Anamneseteil automatisiert.
- Das Pilotprojekt **SaN (Sektorenübergreifende ambulante Notfallversorgung)** bindet Arztpraxen in die Notfallversorgung ein und vermittelt zu behandelnde Personen in teilnehmende Praxen.

Digitale Gesundheitsstrategie

Gesundheit · Digitalisierung · Innovation · Barrierefreiheit

Herausforderung

Viele Gesundheitsdienste arbeiten noch analog und sind nicht miteinander vernetzt. Dabei können digitale Lösungen die Versorgung verbessern. Ohne eine koordinierte digitale Gesundheitsstrategie bleibt das Potenzial digitaler Lösungen für eine bessere, gerechtere und krisenfeste Gesundheitsversorgung ungenutzt.

Ziel

Volt will eine moderne, digitale und vernetzte Gesundheitsversorgung etablieren, die den schnellen Zugang zu Gesundheitsinformationen ermöglicht, die sektorübergreifende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen stärkt und die Bevölkerung beim kompetenten Umgang mit digitalen Gesundheitsangeboten unterstützt.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- Den **Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) digital besser ausstatten**, damit Informationen zur Gesundheitsvorsorge, zu Impfungen und zur Krisenkommunikation schnell verfügbar sind.
- **Digitale Angebote und Schnittstellen** zwischen Kliniken, Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und Rettungsdiensten unterstützen, um eine bessere Zusammenarbeit über die Sektorengrenzen hinweg zu schaffen.
- Angebote zum **Kompetenzerwerb zu den Themen Digitalisierung und Gesundheit** für die Bevölkerung ausbauen, zum Beispiel durch Programme wie *Digital durch das Gesundheitswesen*.
- Die **Verstetigung und den Ausbau von Pilotprojekten** wie dem *Licher Modell* zur digitalen Nachsorge vorantreiben.

Best practices

- **Das Kompetenzzentrum Telemedizin und E-Health Hessen** in Gießen bietet Modelle für neue, digitale Versorgungskonzepte.

Gesundheitsförderung & Prävention

Gesundheit · Soziale Gerechtigkeit · Bildung · Lebensqualität · Klimaresilienz

Herausforderung

Chronische Krankheiten durch Lebensstilfaktoren sowie psychische Belastungen nehmen zu, während niedrigschwellige Vorsorge- und Suchthilfeprojekte oft stigmatisiert oder schwer erreichbar sind. In Gießen, einer Stadt mit ausgeprägter Party-Kultur, birgt der Konsum psychoaktiver Substanzen durch Verunreinigungen zusätzliche Risiken. Gleichzeitig verschärft die Klimakrise durch extreme Hitzeperioden die Gesundheitsgefahr für vulnerable Gruppen wie Senioren, Kinder und chronisch Erkrankte.

Ziel

Volt setzt auf eine ganzheitliche, evidenzbasierte Gesundheitspolitik, die Vorsorge erleichtert und durch Schadensminimierung (*Harm Reduction*) Leben rettet. Wir wollen gesundheitliche Ungleichheiten abbauen und Gießen durch konsequenten Hitzeschutz klimaresilient gestalten.

Maßnahmen

- Ganzheitliche Prävention & Vorsorge
 - **Lebensnahe Angebote:** Ausbau von Programmen zu Ernährung, Bewegung und Stressmanagement, die bereits fächerübergreifend in Schulen verankert werden.

- **Mobile Vorsorge:** Verstärkte Bewerbung und dezentrale Bereitstellung von Früherkennungsuntersuchungen (z. B. Mammographie, Hautkrebsscreening) in Bürgerzentren.
- **Hitzeschutz:** Verbindliche Umsetzung des kommunalen Hitzeaktionsplans. Dies umfasst den Ausbau von Trinkbrunnen, die Förderung von Verschattung und die Ausweitung des digitalen „Coolen Stadtplans“ mit kühlen Aufenthaltsorten.
- **Sektorenkopplung:** Stärkung der lokalen Gesundheitskonferenz zur Vernetzung von Stadt, Landkreis, Krankenkassen und JLU Gießen.
- Evidenzbasierte Suchtpolitik & Harm Reduction
- **Drug-Checking-Pilotprojekt:** Gießen soll als Pionierstadt (analog zu Wiesbaden) ein Drug-Checking-Angebot etablieren. Sobald die hessische Landesverordnung vorliegt, schaffen wir in Kooperation mit der AIDS-Hilfe und dem SuchtHilfeZentrum mobile und feste Teststellen, um Überdosierungen durch verunreinigte Substanzen zu verhindern.
- **Drogenkonsumraum prüfen:** Wir fordern eine systematische Bedarfsanalyse der Gießener Szene. Bestätigt diese den Bedarf, richten wir nach Frankfurter Vorbild einen medizinisch begleiteten Konsumraum ein, um Infektionen zu vermeiden und den Zugang zum Hilfesystem zu ebnen.
- **Prävention vor Repression:** Orientierung an der **Schweizer Vier-Säulen-Politik** (Prävention, Therapie, Schadensminderung, Repression). Fokus auf Enttabuisierung und gezielte Aufklärung in der Club-Szene und an Schulen.
- **Wissenschaftliche Begleitung:** Evaluation aller Pilotprojekte in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen Public Health und Soziologie der JLU Gießen.

Best practices

- **Wiesbaden & Berlin:** Erfolgreiche Pilotprojekte für Drug-Checking als Lebensretter in der Party-Szene.
- **Frankfurt am Main:** Signifikante Reduktion von Drogentoten durch betreute Konsumräume.
- **Zürich:** Weltweites Vorbild für eine humane Drogenpolitik durch den Vier-Säulen-Ansatz.

Frauengesundheit & Reproduktive Rechte

Gesundheit · Geschlechtergerechtigkeit · Soziale Gerechtigkeit

Herausforderung

Die gesundheitliche Versorgung von Frauen ist in Gießen in mehreren Bereichen unzureichend abgesichert. Hohe Kosten für Verhütungsmittel, ein sehr eingeschränktes Angebot an wohnortnahen Schwangerschaftsabbrüchen sowie Versorgungslücken in der Hebammenbetreuung schränken reproduktive Rechte und den Zugang zu bedarfsgerechter Gesundheitsversorgung ein. Gleichzeitig werden

geschlechterspezifische Unterschiede in Medizin und Forschung noch immer zu wenig berücksichtigt, was zu Fehldiagnosen und Unterversorgung führt.

Ziel

Volt will die gesundheitliche Selbstbestimmung von Frauen stärken und eine bedarfsgerechte, zugängliche und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung sicherstellen. Dazu sollen reproduktive Gesundheitsangebote ausgebaut, Hebammen gestärkt und geschlechterspezifische Benachteiligungen in der medizinischen Versorgung gezielt abgebaut werden. Langfristig soll so die Gleichberechtigung im Gesundheitswesen verbessert und die Qualität der Versorgung für alle Frauen erhöht werden.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- Den **Verhütungsmittelfonds** von Pro Familia sichern, ausbauen und bekannter machen, damit Menschen mit geringem Einkommen bei den Kosten für Verhütungsmittel unterstützt werden. Ärztliche Praxen, Apotheken, Jugendzentren und Universitäten sollen aktiv auf dieses Angebot hinweisen, zudem soll der Fonds so aufgestockt werden, dass auch Menschen mit geringem Einkommen ohne Anspruch auf Sozialleistungen Zugang erhalten.
- Sicherstellen, dass **Schwangerschaftsabbrüche** wohnortnah, sicher und ohne Stigmatisierung möglich sind. Volt will fördern, dass ärztliche Praxen im Landkreis Gießen neutral zu Schwangerschaftsabbrüchen beraten, Beratungsbescheinigungen ausstellen und entsprechende Leistungen anbieten. Derzeit werden in Gießen Beratungsbescheinigungen lediglich von drei staatlich anerkannten Konfliktberatungsstellen ausgestellt, von denen zwei in kirchlicher Trägerschaft sind, und Schwangerschaftsabbrüche werden nur von einer ärztlichen Praxis durchgeführt.
- Die wichtige Rolle von **Hebammen** im Wochenbett, in der Stillberatung und in der Geburtshilfe stärken. Beratungsangebote sollen in verschiedenen Sprachen verfügbar sein, um alle werdenden Mütter zu erreichen. Zudem will Volt die Einrichtung eines Fonds fördern, der den Eigenanteil der Haftpflichtversicherung für freiberufliche Hebammen mit Geburtshilfe übernimmt, um die Existenz dieser systemrelevanten Berufsgruppe zu sichern. Die Finanzierung soll aus dem städtischen Gesundheitsbudget und aus Landesmitteln erfolgen.
- **Geschlechterspezifische Benachteiligungen im Gesundheitswesen abbauen**, die dadurch entstehen, dass medizinische Versorgung, Forschung und Behandlung häufig nicht gleichermaßen auf alle Geschlechter ausgerichtet sind. Die geschlechterspezifische Medizin soll gezielt gestärkt werden, indem in kommunalen Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen regelmäßige Fort- und Weiterbildungsangebote zu geschlechtsspezifischen Unterschieden in Diagnostik, Therapie und Medikation eingeführt werden. Zudem will Volt Versorgungslücken, insbesondere bei Erkrankungen wie Endometriose, systematisch erfassen, sichtbar machen und in kommunalen Gesundheitsberichten

berücksichtigen. Durch leicht zugängliche Informations- und Aufklärungsangebote sollen Patientinnen besser über geschlechtsspezifische Risiken, Symptome und Behandlungsoptionen informiert werden. Mehr Wissen und Aufmerksamkeit in der Gesellschaft sollen dazu beitragen, bestehende Ungleichbehandlungen abzubauen und langfristig mehr Gleichberechtigung im Gesundheitswesen zu erreichen.

Kostenlose Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen

Geschlechtergerechtigkeit · Soziale Gerechtigkeit · Gesundheit

Herausforderung

Menstruierende Menschen geben durchschnittlich 32 Euro pro Monat bzw. rund 500 Euro pro Jahr für Hygieneprodukte aus. 23% der Menstruierenden empfinden diese Kosten als finanzielle Belastung. Diese "Periodenarmut" betrifft besonders Schülerinnen, Auszubildende, Studierende und Menschen in prekären Einkommenssituationen und erschwert gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Zudem ist Menstruation noch immer ein schambesetztes Thema: 29% möchten während ihrer Periode manchmal nicht nach draußen gehen, da öffentliche Toiletten zu schlecht ausgestattet sind. Der Landkreis Gießen hat durch die Initiative von Volt bereits einen wichtigen Schritt unternommen – nun muss die Stadt Gießen nachziehen.

Ziel

Bereitstellung kostenloser Menstruationsprodukte an allen weiterführenden Schulen, städtischen Gebäuden und öffentlichen Einrichtungen bis 2027 zur Bekämpfung von Periodenarmut und Enttabuisierung der Menstruation.

Maßnahmen

- **Pilotprojekt "periGI" (2026):** Start an 4-5 weiterführenden Schulen, im Rathaus und in städtischen Jugendeinrichtungen mit wissenschaftlicher Evaluation durch die JLU
- **Flächendeckende Ausweitung (2027):** Nach positiver Evaluierung Ausweitung auf alle Schulen, Bürgerämter, Bibliotheken und öffentliche Toiletten
- **Installation von Spendern** mit Bio-Tampons und Binden auf Damen- und barrierefreien Toiletten
- **Regelmäßige Befüllung** durch Hausmeisterdienste mit monatlicher Bestandskontrolle
- **Öffentlichkeitskampagne** zur Enttabuisierung und Information über verfügbare Standorte
- **Jährliche Evaluierung** durch das Gleichstellungsbüro

Best Practices

- **Landkreis Gießen, Heidelberg** (Projekt "perioHDe"): Wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt, keine Vandalismus-Fälle, Ausweitung auf alle Schulen
- **Tübingen** (26 Spender): 10.000 € Jahresbudget, verantwortungsvolle Nutzung
- **Freiburg** (25.500 € Budget): Positiver Testverlauf, Verlängerung beschlossen
- **Universität Bonn** (34 Standorte): 93% Zustimmung, finanzielle Entlastung Studierender
- **Schottland** (gesetzlich verankert seit 2022): Kostenfreier Zugang in allen Schulen und städtischen Einrichtungen
- **Weitere erfolgreiche Programme:** Stuttgart, Karlsruhe, Würzburg, Leipzig, Potsdam

Eine gute Gesundheitsversorgung entsteht durch vorausschauende Politik, starke Strukturen und engagierte Menschen. Gießen verfügt über großes Potenzial in Medizin, Pflege, Forschung und Ehrenamt, das konsequent genutzt und weiterentwickelt werden muss. Volt setzt sich dafür ein, Versorgungslücken zu schließen, Prävention zu stärken und allen Menschen einen gerechten Zugang zu Gesundheitsangeboten zu ermöglichen. Dabei denken wir Gesundheit ganzheitlich und berücksichtigen die wohnortnahe medizinische Versorgung ebenso wie Pflege, Prävention, Frauengesundheit und digitale Innovationen. Unser Anspruch ist es, bestehende Strukturen zu stärken, neue Lösungen mutig umzusetzen und die Menschen aktiv einzubeziehen. Volt steht für eine solidarische, moderne und digital ausgerichtete Gesundheitsversorgung, die die aktuellen Herausforderungen in Gießen aktiv löst und zukunftsfähig gestaltet.

INNOVATION, WIRTSCHAFT & SICHERHEIT

Finanzen, Wirtschaft & Industrie

Finanzen

Finanzpolitik · Transparenz · Partizipation

Herausforderung

Kommunen sichern zentrale öffentliche Leistungen wie Kinderbetreuung, Nahverkehr, Wirtschaftsförderung, Kultur und Klimaschutz. Dafür benötigen sie stabile, verlässliche und vorausschauend geplante Finanzen.

Die Haushaltslage der Stadt Gießen bleibt angespannt. Für 2025 plant die Stadt Gießen ein Defizit von 12,3 Millionen Euro im Ergebnishaushalt und einen Zahlungsmittelbedarf von 13,9 Millionen Euro. Für 2026 rechnet die Stadt mit einer weiteren deutlichen Verschärfung. Dadurch ist Gießen dazu gezwungen, zentrale Investitionen in Bildung, Mobilität, Energie und Verwaltungsmodernisierung unter schwierigen Bedingungen zu sichern.

Ziel

Volt verfolgt das Ziel, die Finanzen in Gießen strategisch neu auszurichten: Weg von kurzfristigem Krisenmanagement, hin zu einer zukunftsfähigen, wirkungsorientierten Haushaltspolitik. Die Haushalte sollen nicht länger bloß verwaltet, sondern aktiv gestaltet werden, als zentrales Instrument, um soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Digitalisierung und gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt Gießen und im Landkreis zu verwirklichen.

Maßnahmen

Mit den folgenden Instrumenten will Volt diesen Wandel einleiten und eine Finanzpolitik entwickeln, die Gießen langfristig stärkt.

- **Einführung von Zero-Based-Budgeting (ZBB)**, um öffentliche Mittel konsequent auf wirksame und notwendige Ausgaben zu konzentrieren. Statt Haushaltsansätze automatisch aus den Vorjahren zu übernehmen, wird regelmäßig überprüft, welche Maßnahmen tatsächlich einen Mehrwert für die Allgemeinheit schaffen. So wird verhindert, dass überholte oder ineffiziente Ausgaben fortgeschrieben werden, und finanzielle Spielräume können gezielt dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen entfalten. Studien zeigen, dass Zero-Based-Budgeting zu einer effizienteren Mittelverwendung führt und unnötige Ausgaben deutlich reduziert.

- **Förderung von Bürgerhaushalten und Open Budget-Plattformen**

Volt möchte die Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Haushaltsplanung stärken. Dazu will Volt Bürgerhaushalte einführen und digitale Plattformen bereitstellen, auf denen die Bürgerschaft Haushaltsvorschläge einreichen und über Ausgabenprioritäten abstimmen kann. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass Bürgerhaushalte Transparenz schaffen und Entscheidungen nachvollziehbarer machen. So entsteht eine nachvollziehbare Priorisierung öffentlicher Ausgaben.

- **Digitalisierung der Verwaltung**

Volt setzt sich dafür ein, die Verwaltungen Gießens zu digitalisieren. Dafür modernisiert Volt IT-Strukturen, automatisiert Standardprozesse und setzt verstärkt auf Open-Source-Lösungen. Eine digitalisierte Verwaltung erhöht die Effizienz, reduziert Fehlerquellen und ermöglicht eine bessere Datenanalyse für fundierte Entscheidungen. Der Schutz persönlicher Daten hat dabei oberste Priorität.

- **Integration von Klimaschutz in die Finanzplanung**

Volt will Klimaschutz zu einem verbindlichen Bestandteil jeder Haushaltsentscheidung machen, denn jede Investition hat eine konkrete Klimawirkung. CO₂-Budgets sollen sichtbar machen, welche Maßnahmen Emissionen senken und welche sie erhöhen. So werden Investitionen priorisiert, die Gießen nachweislich klimaneutraler machen.

- **Effiziente Nutzung von Fördermitteln**

Volt setzt sich dafür ein, die Kapazitäten Gießens zur Beantragung und Verwaltung von Fördermitteln aus EU-, Bundes- und Landesprogrammen zu stärken. Volt will eine zentrale Fördermittelstelle aufbauen und Mitarbeitende gezielt qualifizieren. Die geplante Stelle in der Gießener Verwaltung wird im kommenden Jahr nicht wieder besetzt. Volt hält diesen Aufgabenbereich jedoch für zentral und möchte ihn dauerhaft stärken.

- **Förderung sozialer Gerechtigkeit durch Finanzpolitik**

Volt möchte durch eine gezielte Finanzpolitik soziale Ungleichheiten abbauen. Dies umfasst Investitionen in benachteiligte Stadtteile, sowie die Förderung von Projekten, die soziale Teilhabe und Chancengleichheit stärken. So fließen Investitionen gezielt in Stadtteile, die heute zu wenig profitieren.

Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ist die Grundlage für soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und eine handlungsfähige Verwaltung. Volt will die kommunalen Finanzen so ausrichten, dass Investitionen dort möglich werden, wo sie den größten Nutzen für die Menschen in der Stadt Gießen entfalten. Eine klare Priorisierung, transparente Prozesse und eine moderne Haushaltsführung schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Stadt langfristig stabil und zukunftsfähig bleibt.

Wirtschaft

Wirtschaftsförderung · Innovation · Soziale Gerechtigkeit

Gießen steht wirtschaftlich vor großen Herausforderungen, verfügt aber zugleich über eine starke Hochschul- und Forschungslandschaft. Wohlstandsverluste durch einen hohen Anteil geringfügiger Beschäftigung und eine schwächer werdende Innenstadt zeigen, dass Wirtschaftspolitik und Stadtentwicklung enger zusammengedacht werden müssen. Der Zustand des Selterswegs und der geplante Umbau des Brandplatzes machen diesen Handlungsbedarf deutlich.

Volt will Gießen zu einem innovativen, sozial gerechten und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort weiterentwickeln. Dazu gehören eine gezielte Gründungsförderung, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur und die Stärkung regionaler Wertschöpfung, etwa durch Biogasanlagen und das geplante Rechenzentrum am Katzenfeld. Eine lebendige Innenstadt, transparente und digitale Verwaltungsprozesse, faire Arbeitsbedingungen sowie bessere Chancen für kleine und lokale Betriebe sind zentrale Bausteine, um Gießen langfristig als wirtschaftliches Zentrum der Region zu stärken.

Gründungsförderung und Innovation

Wirtschaftsförderung · Innovation · Bildung

Herausforderung

Gießen verfügt mit JLU und THM über eine starke Hochschul- und Forschungslandschaft, doch innovative Ausgründungen entstehen noch selten. Gute Ideen bleiben häufig in Laboren und Projekten stecken, weil Bürokratie, fehlende Vernetzung und mangelnde Frühfinanzierung Gründende ausbremsen. So nutzt Gießen sein Potenzial als Universitäts- und Technologiestandort nicht vollständig und verliert Talente an andere Städte.

Ziel

Volt will Gießen zu einem vernetzten Innovationsstandort entwickeln, der Gründungen aktiv ermöglicht, Hochschulen einbindet und Wissen schneller in die regionale Wirtschaft überträgt.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Einen kommunalen One-Stop-Shop für Gründende aufbauen**, der Beratung, Genehmigungen und Förderanträge bündelt und eng mit dem Technologie- und Innovationszentrum zusammenarbeitet.
- **Städtische Räume für Start-ups bereitstellen**, etwa im Leihgesterner Weg, im Umfeld des Bahnhofs oder in derzeit leerstehenden Erdgeschossen der Innenstadt, nutzbar als Co-Working-Spaces, Maker-Spaces oder Testflächen.

- **Die Zusammenarbeit mit JLU und THM vertiefen**, durch gemeinsame Transferangebote, Gründungslabore und Programme für Ausgründungen aus Forschung und Lehre.
- **Kommunale Mikrokreditfonds einrichten**, in Kooperation mit der EU, lokalen Banken und der Wirtschaftsförderung, um Start-ups in der Frühphase finanziell zu unterstützen.
- **Die lokale Gründungsszene sichtbarer machen**, unter anderem durch eine jährliche Startup-Week, Pitch-Events und offene Innovationsformate, die Wissenschaft, Unternehmen und Zivilgesellschaft verbinden.

Moderne kommunale Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung · Innovation · Digitalisierung

Herausforderung

Viele kommunale Wirtschaftsförderungen konzentrieren sich noch immer auf klassische Gewerbeansiedlungen und veraltete Strukturen. In Gießen zeigt sich dies daran, dass Nachhaltigkeit, Digitalisierung und soziale Aspekte bisher zu wenig berücksichtigt werden und Unternehmen in ihrer Transformation nur begrenzt Unterstützung erhalten. Gleichzeitig fehlt eine abgestimmte wirtschaftliche Strategie zwischen Stadt und Landkreis, obwohl beide eng verflochtene Arbeits- und Lebensräume bilden.

Ziel

Volt will die Wirtschaftsförderung modernisieren und stärker auf Nachhaltigkeit, Digitalisierung und regionale Stärken ausrichten, damit Gießen ein zukunftsfähiges Wirtschaftsprofil entwickeln kann. Ziel ist eine Wirtschaftspolitik, die Unternehmen durch den Wandel begleitet, Innovation fördert und die wissenschaftlichen Ressourcen der Region besser nutzt.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Die Wirtschaftsförderung an Nachhaltigkeits- und Innovationskriterien knüpfen**, sodass Förderungen bevorzugt Unternehmen zugutekommen, die klimaverantwortlich, sozial fair und zukunftsorientiert arbeiten.
- **Kommunale Förderstellen konsequent digitalisieren**, mit transparenten Online-Portalen für Standortsuche, Fördermittelauskünfte, Antragsprozesse und regionale Netzwerkangebote.
- **Cluster-Strategien für regionale Stärken entwickeln**, etwa in IT, Gesundheitswirtschaft, Bildungstechnologien und GreenTech, eng vernetzt mit JLU, THM und Betrieben im Landkreis.

- **EU-Fördermittel zielgerichtet einsetzen**, um wirtschaftliche Strukturwandelprozesse zu unterstützen und innovative Projekte im Stadtgebiet und im Umland zu ermöglichen.
- **Unternehmen beim Übergang in nachhaltige Geschäftsmodelle** durch Beratungsangebote, Workshops und Kooperationen mit den Hochschulen und regionalen Institutionen **unterstützen**.

Digitale Wirtschaft und Daten als Infrastruktur

Wirtschaftsförderung · Digitalisierung · Innovation

Herausforderung

Gießen hinkt bei der digitalen Infrastruktur im Vergleich zu anderen Hochschul- und Mittelzentren noch spürbar hinterher. Unvollständige Glasfaserabdeckung, schwankende Mobilfunknetze und wenig genutzte Datenangebote erschweren digitalen Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen die Arbeit. Gleichzeitig wachsen datengetriebene Geschäftsmodelle, die stabile Netze, leistungsfähige Serverkapazitäten und offene Datenschnittstellen benötigen. Das betrifft auch den Landkreis, der in vielen Bereichen auf die digitale Leistungsfähigkeit der Stadt angewiesen ist.

Ziel

Volt will Gießen zu einem digitalen Wirtschaftsstandort entwickeln, der leistungsfähige Netze, offene Daten und klimaverantwortliche digitale Infrastrukturen bereitstellt. Ein zentraler Baustein ist das Rechenzentrum am Katzenfeld, das besonders dann ein Gewinn für die Region ist, wenn es energieeffizient arbeitet, Abwärme in lokale Wärmenetze einspeist und mit erneuerbarer Energie betrieben wird. Ziel ist eine digitale Grundversorgung, die Wirtschaft und Forschung stärkt, Verwaltungsprozesse vereinfacht und Gießen und den Landkreis zu einem Modell für nachhaltige Digitalisierung macht.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Das Rechenzentrum am Katzenfeld nur unter klaren ökologischen Standards unterstützen**, einschließlich Abwärmenutzung für lokale Wärmeprojekte, hoher Energieeffizienz und einer Stromversorgung aus erneuerbaren Quellen.
- **Gießen zur Smart-City-Modellregion weiterentwickeln**, indem Daten zur Verkehrssteuerung, Energieeffizienz, Mobilität und Planung genutzt und digitale Bürgerdienste ausgebaut werden.
- **Digitale Zwillinge für städtische Planungen einsetzen**, um Bauvorhaben, Verkehrsflüsse, Versorgungsnetze und Klimaanpassungsmaßnahmen transparenter und nachhaltiger zu gestalten.

Regionale Wertschöpfung und nachhaltige Energie

Wirtschaftsförderung · Klimaschutz · Innovation

Herausforderung

Gießen verfügt über erhebliche Möglichkeiten, regionale Energie aus eigenen Ressourcen zu gewinnen. Landwirtschaftliche Reststoffe, kommunale Bioabfälle oder Grünschnitt werden teilweise teuer entsorgt, obwohl sie lokal genutzt werden könnten. Gleichzeitig steigen Energiepreise für Betriebe und öffentliche Einrichtungen, während die regionale Wertschöpfung ungenutzt bleibt. Beispiele aus Mittelhessen, etwa Biogasanlagen, die bereits erfolgreich Abwärme in Nahwärmenetze einspeisen und umliegende Dörfer versorgen, zeigen, welches Potenzial in regionalen Energiekreisläufen steckt.

Ziel

Volt will diese Potenziale heben und die Stadt durch lokale Energieerzeugung wirtschaftlich unabhängiger machen. Moderne Biogasanlagen können dazu beitragen, wenn sie nachhaltig betrieben werden und direkt in regionale Wärmenetze einspeisen. Ziel ist es, Energiekosten zu stabilisieren, lokale Betriebe zu stärken und Kreisläufe in der Region zu schließen.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Nachhaltige Biogasanlagen unterstützen**, die auf regionale Reststoffe setzen und ohne energetischen Maisanbau auskommen.
- **Abwärme aus bestehenden und neuen Anlagen in lokale Wärmenetze integrieren**, etwa zur Versorgung öffentlicher Gebäude, Gewerbegebiete oder sozialer Einrichtungen.
- **Stadt und Landkreis bei der regionalen Bioabfall- und Grünschnittverwertung bündeln**, um regionale Anlagen effizient zu versorgen.
- **Landwirtschaftliche Betriebe aktiv beteiligen**, damit sie von Einspeisung, Wärmelieferung und Kooperationen profitieren und zusätzliche Einnahmequellen erhalten.
- **Regionale Energiepartnerschaften ausbauen**, um Hochschulgebäude, Betriebe und kommunale Einrichtungen verlässlich mit lokal erzeugter Energie zu versorgen.

Regionale Landwirtschaft stärken

Wirtschaftsförderung · Biodiversität · Klimaschutz · Gesundheit · Lebensqualität

Herausforderung

Regionale Landwirtschaft, handwerkliche Betriebe und lokale Lebensmittelproduzenten tragen wesentlich zur Wertschöpfung, Versorgungssicherheit und Lebensqualität in Gießen und dem Landkreis bei. Dennoch stehen viele Höfe und handwerkliche Lebensmittelbetriebe unter wirtschaftlichem Druck, während Großanbieter den Markt dominieren. Gleichzeitig wünschen sich immer mehr Menschen gesunde, regional erzeugte Lebensmittel und transparente Lieferketten. Auch Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen benötigen verlässliche Strukturen für eine gesundheitsförderliche Versorgung.

Ziel

Volt will regionale Landwirtschaft, lokale Produzenten und das Lebensmittelhandwerk deutlich stärker in die kommunale Wirtschaftspolitik einbinden. Ziel ist es, kurze Lieferketten auszubauen, regionale Betriebe zu stärken und eine gesunde, nachhaltige Ernährung in öffentlichen Einrichtungen zu fördern. Wochenmärkte, Hofläden und lokale Gastronomie sollen dabei als wichtige Partner eine größere Rolle spielen.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Regionale Erzeuger mit Gastronomie, Gemeinschaftsverpflegung und öffentlichen Einrichtungen vernetzen**, damit lokale Produkte verlässlicher Absatz finden.
- **Beschaffungsrichtlinien für Kitas, Schulen, Kliniken und Pflegeeinrichtungen anpassen**, damit regionale und gesundheitsförderliche Lebensmittel bevorzugt werden.
- **Wochenmärkte und Hofläden als zentrale Orte für regionale Versorgung stärken**, etwa durch niedrigere Hürden für Standplätze oder bessere Sichtbarkeit.
- **Regionale Wertschöpfungsketten ausbauen**, indem Landwirtschaft, Lebensmittelhandwerk, lokale Verarbeiter und Gastronomie enger zusammenarbeiten.
- **Programme zur Ernährungsbildung unterstützen**, damit nachhaltige und regionale Ernährung sichtbar wird und Betriebe langfristige Planungssicherheit erhalten.

Sozial gerechte Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsförderung · Soziale Gerechtigkeit · Innovation

Herausforderung

Viele Beschäftigte in der Region arbeiten in geringfügigen Jobs, obwohl sie sich oft größere Umfänge und bessere Absicherung wünschen. Diese Struktur führt zu niedrigen Einkommen, geringerer sozialer Sicherheit und einer schwächeren Kaufkraft. Auch Betriebe in Gießen und im Landkreis haben Schwierigkeiten, Fachkräfte zu halten oder neue Mitarbeitende zu gewinnen. Ein Grund dafür ist, dass die Vorteile der Midijob-Zone trotz ihres großen Potenzials kaum bekannt sind.

Ziel

Volt will eine sozial gerechte Wirtschaftspolitik, die faire Arbeitsbedingungen stärkt, Beschäftigung stabilisiert und Unternehmen entlastet. Ziel ist es, Menschen aus prekären Arbeitsverhältnissen herauszuführen und Fachkräfte zu binden. Midijobs sollen als echte Alternative zu Minijobs sichtbar werden, bei denen Beschäftigte mit einem höheren Einkommen als im Minijob sozialversichert arbeiten und zugleich geringere Abgaben zahlen, sodass sich Arbeit für alle Beteiligten mehr lohnt.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Midijobs aktiver kommunizieren**, damit Unternehmen ihre finanziellen und sozialen Vorteile gegenüber Minijobs erkennen und nutzen können.
- **Einen digitalen Midijob-Rechner auf den Seiten der kommunalen Verwaltung einführen**, der Beschäftigten und Betrieben Nettoeffekte und Arbeitgeberkosten transparent darstellt.
- **Informationsangebote und Veranstaltungen für Unternehmen bereitstellen**, um den Übergang vom Minijob zum sozialversicherten Beschäftigungsverhältnis zu erleichtern.
- **Gemeinsame Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme mit Betrieben, Kammern, Jobcenter und Hochschulen ausbauen**, damit Geringqualifizierte, Berufsrückkehrende oder Zugewanderte neue Perspektiven erhalten.
- **Vergabeverfahren sozial fair gestalten und kleinere, regionale Betriebe gezielt berücksichtigen**, wenn sie gute Arbeitsbedingungen bieten.

Lebendige Innenstadt und starker Seltersweg

Wirtschaftsförderung · Wohnen & Stadtentwicklung · Kultur & Kreativität

Herausforderung

Die Gießener Innenstadt verliert zunehmend an Attraktivität. Gerade im Seltersweg führen Leerstände, ein fehlendes eigenständiges Profil und wechselnde Anbieter dazu, dass Aufenthaltsqualität und Kaufkraft sinken. Gleichzeitig wandern Arztpraxen, Dienstleistungen und soziale Angebote an den Stadtrand, wodurch wichtige Frequenzbringer fehlen. Viele Betriebe kämpfen mit hohen Mieten, auslaufenden Geschäftsmodellen und geringer Sichtbarkeit. Auch im Landkreis zeigt sich, dass ein starkes Zentrum wirtschaftliche Stabilität für die gesamte Region schafft.

Ziel

Volt will die Innenstadt wieder zu einem lebendigen Ort machen, der Handel, Gastronomie, Dienstleistungen, Kultur und soziale Angebote verbindet. Ziel ist eine Innenstadt, die Menschen anzieht, lokale Betriebe stärkt und Aufenthaltsqualität schafft. Der Seltersweg soll sein eigenes Profil zurückgewinnen und sich zu einem vielfältigen, modernen Stadtraum entwickeln.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Medizinische Versorgungseinrichtungen, soziale Einrichtungen, Kitas oder betreutes Wohnen gezielt im Innenstadtbereich ansiedeln**, damit wichtige Alltagswege wieder in die Stadt führen und die Frequenz steigt.
- **Die Aufenthaltsqualität auf dem Seltersweg verbessern**, durch ansprechende Möblierung, Begrünung, schattenspendende Elemente, klare Wegeführungen und sichere Querungen.
- **Gastronomieflächen ausbauen und draußen nutzbar machen**, damit der öffentliche Raum zu einem Ort des Verweilens wird.
- **Ein aktives Leerstandsmanagement einführen**, das die Eigentümerschaft einbindet, Mietentwicklungen beobachtet und Nutzungswechsel beschleunigt.
- **Kooperationen zwischen Stadt und örtlichen Betrieben sowie dem Landkreis stärken**, um gemeinsame Veranstaltungsreihen, Märkte oder Wochenangebote zu koordinieren, die die Innenstadt beleben.

Ein Brandplatz, der Menschen anzieht

Wirtschaftsförderung · Wohnen & Stadtentwicklung · Kultur & Kreativität

Herausforderung

Die geplante Umgestaltung des Brandplatzes bietet große Chancen, wird bislang jedoch kontrovers diskutiert. Mangelnde Transparenz sowie die Sorge vor dem Verlust von Parkplätzen und die Unsicherheit über die Zukunft des Wochenmarktes haben in Teilen der Bürgerschaft zu Vertrauensverlust geführt. Gleichzeitig ist der heutige Brandplatz weder ein attraktiver Aufenthaltsort noch ein starker Impulsgeber für Handel, Gastronomie und Innenstadtentwicklung. Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder für kurzfristige Arztbesuche fehlen geeignete Stellplätze in unmittelbarer Nähe.

Ziel

Volt will den Brandplatz zu einem offenen, funktionalen und lebendigen Stadtraum entwickeln, der Handel und Gastronomie unterstützt, Aufenthaltsqualität schafft und soziale Nutzung ermöglicht. Der Wochenmarkt soll als Herzstück des Platzes erhalten bleiben. Ziel ist ein Brandplatz, der wirtschaftliche Impulse setzt, den öffentlichen Raum aufwertet und dabei die Bedürfnisse der Menschen in Gießen berücksichtigt.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Die Planung des Brandplatzes transparent gestalten und die Bürgerschaft frühzeitig beteiligen**, damit Entscheidungen nachvollziehbar und gut legitimiert sind.
- **Gastronomieflächen integrieren**, die Aufenthaltsqualität erhöhen und dem Platz ein klares Profil geben.
- **Geeignete Stellplätze für Arztbesuche und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen in unmittelbarer Nähe bereitstellen**, um Barrierefreiheit und Erreichbarkeit sicherzustellen.
- **Kooperationen mit nahegelegenen Parkhäusern prüfen**, um Wegfall von Stellplätzen auszugleichen und Betriebe nicht zusätzlich zu belasten.
- **Den Wochenmarkt dauerhaft sichern** und im neuen Platzkonzept so verankern, dass er weiterhin als zentraler Anziehungspunkt dient.
- **Begrünung und Verschattung einplanen**, um Hitze entgegenzuwirken und den Platz für Menschen jeden Alters nutzbar zu machen.

Nachhaltige und wirtschaftlich kluge Gewerbeflächenstrategie

Wirtschaftsförderung · Klimaschutz · Klimaresilienz · Biodiversität

Herausforderung

Der Bedarf an Gewerbeflächen wächst, doch Erweiterungen auf Kosten von Wald- und Naturflächen sind wirtschaftlich und ökologisch kurzsichtig. Die Erschließung neuer Waldflächen verursacht hohe Investitions- und Folgekosten, während gleichzeitig zentrale Flächen in Gießen brachliegen und ungenutzte Potenziale bieten. Das ehemalige Gail-Areal zeigt, dass wertvolle Gewerbeflächen im Stadtgebiet verfügbar sind, jedoch bisher nicht konsequent für wirtschaftliche Entwicklung aktiviert wurden. Eine moderne Gewerbeflächenpolitik muss deshalb effizient mit bestehenden Ressourcen umgehen, statt neue Flächen aufwendig und teuer zu erschließen.

Ziel

Volt will eine Gewerbeflächenstrategie, die wirtschaftliches Wachstum ermöglicht und gleichzeitig auf bestehenden Standortvorteilen aufbaut. Ziel ist es, Flächen besser zu nutzen, Investitionskosten zu senken und Unternehmen sichere Entwicklungsperspektiven zu geben, ohne Waldflächen zu gefährden. Eine kluge Flächenpolitik stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts, reduziert Belastungen für die kommunalen Haushalte und schafft planbare Rahmenbedingungen für Betriebe.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Brachflächen wie das ehemalige Gail-Gelände priorisiert entwickeln**, da sie bestehende Infrastruktur nutzen und deutlich geringere Kosten verursachen als neue Gewerbeerschließungen auf Waldflächen.
- **Unternehmen bei Erweiterungswünschen aktiv beraten**, um Ausbaupotenziale auf eigenen Grundstücken oder auf verfügbaren Bestandsflächen zu identifizieren und effizient zu nutzen.
- **Eine wirtschaftlich ausgerichtete Standortanalyse einführen**, die verfügbare Gewerbeflächen systematisch erfasst, Entwicklungskosten vergleicht und Investitionen auf die wirtschaftlich sinnvollsten Standorte lenkt.
- **Kooperationen zwischen Stadt, Landkreis und Eigentümerschaft stärken**, um ungenutzte Flächen schneller marktfähig zu machen und Entwicklungshindernisse zu beseitigen.
- **Wald- und Naturflächen schützen**, da Rodungen hohe Folgekosten verursachen, die Standortattraktivität mindern und langfristig wirtschaftlichen Schaden für Tourismus, Lebensqualität und regionale Arbeitgeber bedeuten.

Volt will Gießen und den Landkreis zu einer Region entwickeln, in der wirtschaftliche Stärke, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammengehören. Eine

Region, die ihr wissenschaftliches Potenzial nutzt, Innovationskraft fördert und Unternehmen verlässliche Perspektiven bietet. Eine Region, in der Menschen gute Arbeit finden, Innenstädte lebendig sind und Energie zunehmend aus lokalen Quellen stammt. Unser Ziel ist ein Wirtschaftsstandort, der sich mutig weiterentwickelt, Wachstum nachhaltig gestaltet und Chancen fair verteilt. Gießen soll ein Ort sein, an dem neue Ideen entstehen, Unternehmen gerne investieren und Menschen gerne leben. Gemeinsam mit der Bevölkerung will Volt diesen Weg gehen und Gießen langfristig wettbewerbsfähig, resilient und zukunftsfähig machen.

Industrie

Die Industrie in Gießen und im Landkreis ist ein zentraler Pfeiler der regionalen Wirtschaft. Gleichzeitig stehen viele Betriebe in Gewerbegebieten wie Wieseck, dem Europaviertel, in Heuchelheim oder im Raum Lollar vor einem tiefgreifenden Wandel. Steigende Energiepreise, neue ökologische Anforderungen, veränderte Lieferketten und der wachsende Druck, Flächen sparsam zu nutzen, verändern die Rahmenbedingungen spürbar. In vielen dieser Gebiete sind die Potenziale für Kreislaufwirtschaft, Abwärmenutzung, Photovoltaik und digitale Vernetzung noch nicht vollständig erschlossen. Auch monofunktionale Strukturen und hohe Versiegelung bremsen Innovation und machen die Standorte weniger zukunftsfähig.

Volt will diese Entwicklung aktiv gestalten und dafür sorgen, dass Gewerbe- und Industrieareale in der Region moderner, klimaverträglicher und gleichzeitig wirtschaftlich belastbarer werden. Bestehende Standorte sollen effizienter genutzt werden, Wertstoffe sollen im Kreislauf bleiben und Energie soll lokal erzeugt oder zurückgewonnen werden. Gießen und der Landkreis können sich zu einer industriellen Modellregion entwickeln, in der digitale Technologien, nachhaltige Energieversorgung, moderne Produktionsweisen und regionale Zusammenarbeit eine gemeinsame Richtung bilden. Damit diese Transformation gelingt, braucht es eine neue Flächenpolitik sowie smarte Industriegebiete, die bestehende Stärken nutzen und Raum für Innovation schaffen.

Flächenpolitik und smarte Industriegebiete

Wirtschaftsförderung · Innovation · Digitalisierung · Klimaschutz

Herausforderung

Viele Gewerbe- und Industriebereiche in Gießen und den Gemeinden des Landkreises sind historisch gewachsen und nutzen ihr Potenzial noch nicht vollständig. In Gebieten wie Wieseck, dem Europaviertel oder den Flächen in Lollar und Heuchelheim fehlen oft moderne Energie- und Wärmekonzepte, digitale Vernetzung oder Lösungen für Kreislaufwirtschaft. Gleichzeitig liegen innerstädtische Flächen wie das ehemalige Gail-Gelände brach, während Betriebe Erweiterungsbedarf haben und Naturflächen unter Druck geraten. Eine Flächenpolitik, die zuerst bestehende Areale stärkt, ist daher sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch sinnvoll.

Ziel

Volt will Gewerbe- und Industrieflächen so weiterentwickeln, dass sie effizient genutzt werden, Energie und Ressourcen im Kreislauf gehalten werden und Unternehmen langfristige Planungssicherheit erhalten. Ziel ist es, bestehende Standorte zu modernisieren und neue Flächen nur dort zu erschließen, wo dies wirtschaftlich und ökologisch gerechtfertigt ist. Smarte Industriegebiete sollen nachhaltige Energieversorgung, digitale Infrastruktur und gemeinsame Lösungen für Logistik und Materialkreisläufe vereinen.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Bestehende Gewerbeareale stärken und Brachflächen wie das Gail-Gelände priorisiert entwickeln**, bevor neue Standorte ausgewiesen werden.
- **Ein digitales Flächenkataster aufbauen**, das freie und unnutzbare Gewerbeflächen in Stadt und Landkreis sichtbar macht.
- **Nachhaltige Standards festschreiben**, darunter Photovoltaik, Regenwassermanagement, Begrünung, Entsiegelungspotenziale und die Nutzung industrieller Abwärme.
- **Gebietsverantwortliche einsetzen**, die Unternehmen vernetzen und gemeinsame Energie- oder Logistikkonzepte koordinieren.
- **Interkommunale Gewerbegebiete fördern**, damit Flächen effizient genutzt werden, Gemeinden Kosten teilen und regionale Wertschöpfung gestärkt wird.

Industrie 4.0 und digitale Transformation

Wirtschaftsförderung · Digitalisierung · Innovation · Bildung

Herausforderung

Viele Industrie- und Handwerksbetriebe in Gießen, Lollar, Staufenberg, Heuchelheim, Pohlheim und weiteren Gemeinden des Landkreises stehen vor der Aufgabe, ihre Produktion zu digitalisieren. Häufig fehlen jedoch flächendeckende Glasfaseranschlüsse, leistungsfähiges 5G oder Orte, an denen neue Technologien gemeinsam getestet und weiterentwickelt werden können. Gleichzeitig verfügen THM und JLU über großes Potenzial, um Betriebe in dieser Transformation zu unterstützen. Dieses Potenzial wird jedoch noch nicht ausreichend genutzt, weil Vernetzung und gemeinsame Strukturen fehlen.

Ziel

Volt will die Region so aufstellen, dass Industrie 4.0 in allen Gewerbegebieten ankommt und lokale Unternehmen Zugang zu moderner Produktionstechnik, gemeinsamen

Datenräumen und verlässlicher digitaler Infrastruktur erhalten. Ziel ist ein regionales Innovationsnetzwerk, das Hochschulen, Betriebe und Verwaltung eng verbindet.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- **Gemeinsame Testfelder und Industrial Data Spaces für Produktionstechnologien in Kooperation mit THM, JLU und regionalen Clustern einrichten**, damit Betriebe neue Anwendungen praxisnah erproben können und diese mit europäischen Initiativen wie Manufacturing-X kompatibel bleiben.
- **Beratungsangebote und Digitalisierungsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen ausbauen**, damit Prozessoptimierung, Datensicherheit und Automatisierung niedrigschwellig möglich sind.
- **Offene digitale Standards fördern**, damit Maschinen, Software und Sensorsysteme in Gewerbegebieten langfristig miteinander kompatibel bleiben und Betriebe ohne Hürden an städtische und regionale Plattformen angebunden werden können.
- **Qualifizierungsangebote gemeinsam mit IHK, HWK, THM und JLU stärken**, damit Beschäftigte und Fachkräfte gezielt auf digitale Arbeitswelten vorbereitet werden.

Klimafreundliche Produktion

Wirtschaftsförderung · Klimaschutz · Innovation

Herausforderung

Viele Betriebe in den Gewerbegebieten rund um Gießen, von stadtnahen Arealen wie Wieseck und dem Europaviertel bis hin zu Industrieflächen in den Gemeinden des Landkreises, stehen vor der Aufgabe, ihre Produktion energieeffizienter, kostensicherer und klimaverträglicher auszurichten. In vielen dieser Gebiete bleiben Potenziale für Photovoltaik, Abwärmenutzung, gemeinsame Energiesysteme oder Materialkreisläufe bisher ungenutzt. Gleichzeitig eröffnet die kommunale Wärmeplanung neue Chancen, industrielle Abwärme vor Ort einzubinden und Betriebe unabhängiger von fossilen Energien zu machen.

Ziel

Volt will Industrie- und Gewerbebestandorte so weiterentwickeln, dass sie erneuerbare Energie nutzen und Abwärme zurückgewinnen. Ziel ist eine klimafreundliche Produktion, die Betrieben Kostensicherheit gibt und die Region langfristig widerstandsfähiger macht.

Maßnahmen

- **Photovoltaik auf Dächern und Fassaden**, Gründächer und Regenwassermanagement als verbindliche Standards in Gewerbegebieten festschreiben.
- **Energie- und Abwärmeverbünde in bestehenden Industriegebieten aufbauen** und mit der kommunalen Wärmeplanung von Stadt und Landkreis verzahnen, damit Abwärme aus Betrieben lokal genutzt wird.
- **Förderprogramme von EU und Bund nutzen**, um Investitionen in Energieeffizienz, Speichertechnologie und Prozesswärme wirtschaftlich attraktiv zu machen.
- **Saubere Logistik unterstützen**, unter anderem mit Lade- und Tankinfrastruktur für emissionsarme Nutzfahrzeuge und mit gemeinsam nutzbaren Logistikflächen in Gewerbegebieten.

Arbeit und Industrie gerecht gestalten

Wirtschaftsförderung · Soziale Gerechtigkeit · Gesundheit

Herausforderung

Die Umstellung auf digitale und klimafreundliche Produktionsweisen verändert viele Arbeitsplätze in Gießen und im Landkreis. Betriebe benötigen mehr Fachkräfte mit digitalen und technischen Kompetenzen, während Beschäftigte oft nur begrenzt Zugang zu Weiterbildungsangeboten haben. Ohne Unterstützung drohen Qualifikationslücken und ungleiche Chancen in der Transformation.

Ziel

Volt will dafür sorgen, dass Beschäftigte und Betriebe diesen Wandel gemeinsam bewältigen können. Ziel ist eine gerechte Transformation, die gute Arbeit sichert und neue Perspektiven eröffnet.

Maßnahmen

- **Transformationsstellen in den Wirtschaftsförderungen von Stadt und Landkreis einrichten**, die Betriebe und Beschäftigte zu Qualifizierung, Fördermitteln und Veränderungsprozessen beraten.
- **Bildungsverbünde mit IHK, HWK, THM, JLU und Unternehmen stärken**, damit flexible Weiterbildungen wie Mikro-Zertifikate oder berufsbegleitende Module leicht zugänglich sind.
- **Soziale Kriterien bei Vergaben und Gewerbeansiedlungen verankern**, damit Tariftreue, Ausbildung und faire Arbeitsbedingungen gestärkt werden.
- **Gute Rahmenbedingungen schaffen**, etwa durch bessere Mobilitätsangebote und Kinderbetreuung in der Nähe größerer Gewerbegebiete.

Sicherheit, Ordnung & Justiz

Sicherheit und Gerechtigkeit sind Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie entstehen nicht allein durch Kontrolle und Strafen, sondern vor allem durch Prävention, Transparenz und Vertrauen. Wo Menschen sich sicher bewegen können, entsteht Freiheit - und diese Freiheit hat nur dann Wert, wenn sie für alle gilt.

In Gießen leben 92.111 Menschen aus 159 Nationen, dazu kommen etwa 42.500 Studierende (JLU: 25.000, THM: 15.000, plus weitere Hochschulen), die die Stadt prägen. Das Durchschnittsalter liegt bei 38 Jahren – wir sind die jüngste Stadt Hessens. Diese Diversität und Dynamik ist unsere Stärke. Sie stellt uns aber auch vor Aufgaben: Wie gestalten wir öffentliche Räume, in denen sich alle Menschen - unabhängig von Beruf, Alter, Herkunft oder körperlichen Voraussetzungen - frei und sicher bewegen können? Wie schaffen wir einen Ort, an dem Menschen sich nicht nur physisch sicher fühlen, sondern auch von Diskriminierung und Hass verschont bleiben?

Die Kriminalstatistik 2024 zeigt ein insgesamt erfreuliches Bild: Unsere Region gehört zu den sichereren in Hessen, die Aufklärungsquote liegt über dem Landes- und Bundesschnitt. Doch es gibt Entwicklungen, die uns aufhorchen lassen: Gewaltkriminalität nimmt zu, politisch motivierte Straftaten und Hasskriminalität sind deutlich gestiegen. Übergriffe aus rechtsextremem Spektrum nehmen besorgniserregend zu. Gleichzeitig zeigt der Armutsbericht des Landkreises Gießen (2024) kritische soziale Herausforderungen: Die Kinderarmutsquote (unter 6 Jahren) liegt bei 24,1% (2023), die Armutsgefährdung unter 15-Jährigen bei 15,5% (2022). Armut ist ein Sicherheitsrisiko für die Betroffenen und zugleich ein Gerechtigkeitsproblem für uns alle.

Volt setzt auf Sicherheitspolitik, die pragmatisch handelt, **aber** gerecht denkt. Wir kombinieren wirksame Prävention mit offenem Dialog und begegnen erkannten Risiken mit umfassender Inklusion. Keine Sicherheit auf dem Rücken von Minderheiten. Keine Freiheit auf Kosten der Vielen. Vertrauen durch Transparenz - das ist unser Ansatz.

Kommunaler Präventionsrat – Vernetzung für ein sicheres Gießen

Sicherheit · Partizipation · Transparenz · Integration & Diversität

Herausforderung

Ein sicheres Gemeinwesen ist das Ergebnis guter Zusammenarbeit. Wenn Polizei, Schulen, Jugendhilfe, Ordnungsdienst und Zivilgesellschaft isoliert voneinander arbeiten, entstehen Lücken – Probleme werden übersehen, Chancen vergeben. In Gießen als Universitätsstadt mit besonderem Nachtleben, hohem Studierendenanteil und konzentrierten Problemlagen braucht es einen Ort, an dem alle Akteure regelmäßig zusammenkommen, Daten systematisch austauschen und koordinierte Lösungen finden.

Die Kriminalstatistik 2024 zeigt: Während die Gesamtkriminalität rückläufig ist, steigen Gewaltkriminalität und politisch motivierte Straftaten deutlich an. Rechtsextremistische Straftaten haben um 60% zugenommen, Hasskriminalität erreicht neue Höchststände. Diese Entwicklungen erfordern koordiniertes Handeln.

Ziel

Gießen richtet einen Kommunalen Präventionsrat ein, der alle relevanten Akteure vernetzt, datengestützte Analysen durchführt und koordinierte Präventionsmaßnahmen entwickelt – von der allgemeinen Kriminalprävention bis zur Bekämpfung von Extremismus und Hasskriminalität.

Maßnahmen

Strukturen schaffen

- Formale Einrichtung eines Präventionsrats mit Vertretungen aus: Polizeipräsidium Mittelhessen, Ordnungsdienst, Jugendamt, Schulen, Jugendarbeit, Bewährungshilfe, Migrantenselbstorganisationen, Hochschulen, WIR-Vielfaltszentrum und Zivilgesellschaft
- Koordinationsstelle mit 1,5 Vollzeitstellen (Koordination, Datenanalyse, Netzwerkarbeit)
- Quartalsweise Sitzungen mit rotierenden thematischen Schwerpunkten (Jugendkriminalität, Extremismus, Hasskriminalität, Nachtleben/Freizeitgewalt)
- Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt Gießen und Polizeipräsidium Mittelhessen

Datengestützte Arbeit

- Systematische Auswertung von Kriminalitäts-, Sozial- und Infrastrukturdaten
- Identifikation von Problemzonen durch GIS-Mapping
- Entwicklung maßgeschneiderter Interventionen basierend auf Evidenz
- Jährlicher öffentlicher Sicherheitsbericht mit interaktiven Dashboards

Früherkennung und Intervention bei Radikalisierung

- Schulung von Sozialarbeitenden, Lehrkräften und – in Kooperation mit dem Land Hessen – Polizeikräften zur Erkennung von Radikalisierungsanzeichen
- Klare, niedrigschwellige Meldestrukturen ohne Anzeigepflicht
- Fallkonferenzen mit allen beteiligten Akteuren zur Entwicklung individueller Unterstützungspläne
- Anbindung an das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“

Schutz für Betroffene

- Ausstiegshilfen für Menschen aus extremistischen Milieus
- Schutzkonzepte für gefährdete Personen (Opfer von Hass und Diskriminierung)
- Enge Verzahnung mit der kommunalen Antidiskriminierungsstelle (→ siehe Kapitel Plurale Gesellschaft)

Best Practices

- **Darmstadt:** Erfolgreicher Präventionsrat seit 1992 mit quartalsmäßigen Fallkonferenzen und datengestützter Hotspot-Analyse
- **Beratungsnetzwerk Hessen:** Landesweite Struktur mit niedrighschwelligen Anlaufstellen ohne Anzeigepflicht
- **HessenGegenHetze:** Staatliche Meldestelle mit behördenübergreifender Zusammenarbeit

Brandschutz und Katastrophenschutz

Sicherheit · Klimaschutz · Gesundheit

Herausforderung

Die Feuerwehr lebt vom ehrenamtlichen Engagement. In Gießen gibt es 7 Stadtteilfeuerwehren, nicht alle davon sind in der Lage, nachhaltig schnell auszurücken; es gibt Engpässe beim Ehrenamt und bei der Tagesalarmbereitschaft. Gleichzeitig steigen durch Klimawandel und Extremwetter die Anforderungen an den Katastrophenschutz.

Ziel

Volt will einen leistungsfähigen, zukunftsfesten Brand- und Katastrophenschutz in Gießen sicherstellen, der auch unter den Bedingungen des Klimawandels zuverlässig handlungsfähig ist. Dazu sollen die Einsatzfähigkeit der Feuerwehren gestärkt, das ehrenamtliche Engagement nachhaltig unterstützt und die Bevölkerung besser auf Krisen und Notfälle vorbereitet werden. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf moderner Ausstattung, guter Ausbildung und inklusiven Schutzkonzepten für alle Menschen.

Maßnahmen

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt:

- Den Brand- und Katastrophenschutz in Gießen kontinuierlich durch **moderne Technik** sowie durch die gezielte **Förderung des bürgerschaftlichen Engagements** verbessern.
- Feuerwehren und andere Einsatzkräfte mit gezielten Trainings sowie geeigneter Ausrüstung für den **Umgang mit Starkregenereignissen sowie Wald- und Vegetationsbränden** ausstatten, damit sie sicher arbeiten und einen modernen Brandschutz gewährleisten können.
- Den Katastrophenschutz auch durch eine umfassende **Stromausfall- und Notfallplanung, Informationskampagnen sowie Übungen mit der Bevölkerung** stärken und dabei inklusive Konzepte entwickeln, die Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen ausdrücklich berücksichtigen.

Ordnungspartnerschaft - digitale Vernetzung statt Parallelstrukturen

Sicherheit · Digitalisierung · Innovation

Herausforderung

In Gießen arbeiten verschiedene Akteure an öffentlicher Sicherheit und Ordnung: städtischer Ordnungsdienst, Polizei, private Sicherheitsdienste, Verkehrsbetriebe, ehrenamtliche Helfende. Oft wissen sie nicht voneinander, doppelten Einsätze oder lassen Lücken entstehen. Vorfälle werden mehrmals gemeldet, aber niemand weiß, wer gerade vor Ort ist. Schlägereien werden beobachtet, aber die Information erreicht die Polizei erst mit Verzögerung.

Ziel

Aufbau einer digitalen Ordnungspartnerschaft mit Echtzeitkommunikation zwischen allen beteiligten Akteuren zur effektiveren Koordination und schnelleren Reaktion.

Maßnahmen

Digitale Plattform

- Entwicklung einer sicheren digitalen Plattform für Echtzeitkommunikation
- Zugang für: Ordnungsdienst, Polizei, Verkehrsbetriebe, autorisierte Sicherheitsdienste
- Funktionen: Vorfallsmeldung, Standortanzeige, Aufgabenkoordination, Dokumentation

Regelmäßiger Austausch

- Monatliche Koordinierungstreffen aller Partner
- Gemeinsame Schulungen und Fortbildungen
- Jahresauswertung mit Optimierung der Zusammenarbeit

Bürgerkommunikation

- Transparente Kommunikation über die Partnerschaft (keine Überwachung, sondern Koordination)
- Jährlicher Bericht über Einsatzzahlen und Erfolge

Best Practices

- **KoSID-Projekt (Brandenburg, NRW):** Erfolgreiche digitale Ordnungspartnerschaften mit 30% schnelleren Reaktionszeiten
- **Frankfurt:** Koordinierte Einsatzplanung zwischen städtischem Ordnungsdienst und Polizei

Sicherheitsbeirat und öffentliche Debatte - Vertrauen durch Mitsprache

Sicherheit · Partizipation · Transparenz

Herausforderung

Sicherheitsmaßnahmen werden oft "von oben" angeordnet. Videoüberwachung wird installiert, ohne dass die Bevölkerung weiß, warum und wie lange. Polizeipräsenz wird verstärkt, ohne dass die Betroffenen gehört werden. Das schafft nicht Vertrauen, sondern Unbehagen.

Hinzu kommt: Menschen erleben Sicherheit unterschiedlich. Für ältere Menschen ist "sicher" vielleicht: ausreichend beleuchtet, mit Sitzgelegenheiten und mit Polizeipräsenz. Für eine junge Frau ist "sicher" vielleicht: ohne Belästigung, mit Fluchtrouten und mit Möglichkeit, schnell Hilfe zu rufen. Für Menschen mit Behinderung ist "sicher" vielleicht: zugänglich, barrierefrei, mit Verständnis. Diese Perspektiven kollidieren manchmal und müssen daher in einem gemeinsamen Raum verhandelt werden.

Ziel

Schaffung eines Sicherheitsbeirats, der bei allen Sicherheitsmaßnahmen mitgestaltet, Fragen stellen kann und verschiedene Perspektiven einbringt. Zusätzlich: einmal pro Jahr lädt die Stadt zu einem offenen Sicherheitsforum ein, bei dem alle ihre Anliegen vorbringen können.

Maßnahmen

Beirat zusammenstellen

- Der Beirat besteht aus Menschen, die für verschiedene Perspektiven stehen: Jugendparlament, Seniorenvertretung, Behindertenbeauftragte, Personen aus verschiedenen Communities und Verbänden, Hochschulvertretungen und Gewerkschaften
- Berufung durch die Stadtverordnetenversammlung für 3 Jahre
- Quartalsweise Sitzungen mit Beratungsrecht bei allen sicherheitsrelevanten Beschlüssen

Transparente Entscheidungen

- Alle Sicherheitsmaßnahmen werden vorab im Beirat diskutiert
- Veröffentlichung von anonymisierten Kriminalstatistiken als interaktive Dashboards (nach Wiener Vorbild)
- Begründungspflicht für Überwachungsmaßnahmen mit zeitlicher Befristung und Evaluierung

Jährliches Sicherheitsforum

- Offene Veranstaltung für die gesamte Bevölkerung einmal pro Jahr
- Vorstellung der Kriminalstatistik und geplanter Maßnahmen

- Diskussionsrunden zu spezifischen Themen (z.B. Sicherheit im Bahnhofsviertel, Radverkehr, Nachtsicherheit)
- Sammlung von Anregungen und Beschwerden

Best Practices

- **Barcelona "Decidim"**: Digitale Beteiligungsplattform für Sicherheitsfragen mit über 30.000 aktiven Nutzenden
- **Wien**: Interaktive Kriminalitätskarten mit anonymisierten Echtzeitdaten
- **Hamburg**: Sicherheitsbeirat mit Vetorecht bei neuen Überwachungsmaßnahmen

Inklusive Sicherheit

Gendersensible Beleuchtung und Heart Zones - Sicherheit für alle

Sicherheit · Barrierefreiheit · Integration & Diversität · Soziale Gerechtigkeit

Herausforderung

Öffentliche Räume in Gießen sind nicht für alle gleich sicher. Unzureichend beleuchtete Wege schaffen Angsträume, die besonders Frauen, queere Menschen und ältere Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken. Gießen als Universitätsstadt mit regem Nachtleben hat hier eine besondere Verantwortung. Zudem fehlen oft Orte mit hoher Aufenthaltsqualität, die barrierefrei sind und Schutz für alle Altersgruppen bieten. Sauberkeit und die schnelle Beseitigung von Vandalismus sind dabei grundlegend für das Sicherheitsgefühl.

Ziel

Gießen wird zur inklusiven Sicherheitsstadt: Öffentliche Räume werden durch intelligente Beleuchtungskonzepte und das „Heart Zone“-Prinzip so gestaltet, dass sich alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, Alter oder körperlichen Voraussetzungen – angstfrei und gerne dort aufhalten.

Maßnahmen

Gender-Lighting & Intelligente Beleuchtung:

- Erstellung eines umfassenden Beleuchtungsplans, der Sicherheitsbedürfnisse mit dem Schutz vor Lichtverschmutzung vereint.
- Installation sensorgesteuerter LED-Beleuchtung mit reduzierter Blendwirkung, insbesondere auf Wegen von/zur Universität, am Bahnhof, in der Innenstadt und in Wohngebieten.
- Einsatz von Bewegungssensoren in Parks zur bedarfsgerechten Ausleuchtung bei gleichzeitiger Energieeinsparung.

- Schaffung breiterer Gehwege mit klaren Sichtachsen zu potenziellen Notrufsäulen.
- Bessere Beleuchtung von Spiel-, Bolz- und Basketballplätzen, um deren Nutzung auch in den Wintermonaten sicherzustellen.
- Partizipation: Aktive Einbindung von Frauen, der Studierendenvertretung und der LGBTIQ+-Community bei der Identifikation und Entschärfung von Angsträumen.

Heart Zones:

- Umgestaltung zentraler Plätze (z.B. Bahnhofsumfeld, Marktplatz, Seltersweg) zu Zonen mit hoher Aufenthaltsqualität.
- Bereitstellung von mehr Sitzgelegenheiten für ältere Menschen und konsequent barrierefreie Zugänge.
- Integration von Spielbereichen für Kinder und verstärkte Begrünung zur Steigerung der sozialen Kontrolle durch Belebung.

Sauberkeits- und Vandalismusmanagement:

- Konsequente Umsetzung des „Broken Windows“-Ansatzes: Schnelle Beseitigung von Vandalismusspuren zur Wahrung des Sicherheitsgefühls.
- Prävention durch Graffiti-Workshops und die Freigabe legaler Flächen für urbane Kunst.
- Erhöhung der Reinigungsintervalle in Parks und Bereitstellung von mehr, auch nachts zugänglichen, öffentlichen Toiletten.

Best Practices

- **Wien & Bensheim (KOMPASS):** Erfolgreiche Umsetzung von Gender-Lighting mit Sichtachsen und LED-Technik, was nachweislich Belästigungen reduzierte.
- **Oslo:** Das „Heart Zones“-Konzept steigerte die Aufenthaltsqualität für alle Generationen signifikant.
- **Heidelberg:** Bewegungsmelder in öffentlichen Parks sorgen für Sicherheit bei bis zu 40% Energieeinsparung.

Rechtsnahe Infrastruktur

Jugendgerichtshilfe stärken - Prävention statt Strafe

Sicherheit · Soziale Gerechtigkeit · Barrierefreiheit

Herausforderung

Wenn Jugendliche straffällig werden, ist das oft das Ende einer langen Geschichte: Vernachlässigung, Armut, fehlende Perspektiven, falsche Freundeskreise. Das Jugendstrafrecht soll nicht nur bestrafen, sondern vor allem erziehen und reintegrieren. Dafür ist die Jugendgerichtshilfe zentral - aber sie ist chronisch unterfinanziert und überlastet.

In Gießen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit in bestimmten Stadtteilen und hohem Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist eine starke Jugendgerichtshilfe besonders wichtig.

Ziel

Gießen stockt die Personalausstattung der Jugendgerichtshilfe deutlich auf und etabliert präventive Angebote, bevor Jugendliche überhaupt vor Gericht landen.

Maßnahmen

Personalaufstockung

- Aktuell: ca. 3-4 VZÄ für über 90.000 Einwohnende - deutlich zu wenig
- Ziel: Aufstockung auf 6-7 VZÄ für intensivere Betreuung
- Spezialisierung: mindestens eine Person mit Migrationserfahrung/interkultureller Kompetenz

Präventionsräte und Netzwerke

- Etablierung eines interdisziplinären Netzwerks aus Jugendgerichtshilfe, Schulen, Polizei, Jugendarbeit und Bewährungshilfe
- Regelmäßige Fallkonferenzen bei auffälligen Jugendlichen vor Straftaten
- Niedrigschwellige Beratungsangebote in Schulen und Jugendeinrichtungen

Alternative Sanktionen

- Ausbau von sozialen Trainingskursen, Täter-Opfer-Ausgleich und gemeinnütziger Arbeit
- Sportprojekte, Handwerksprojekte und Mentoring-Programme als Bewährungsaufgaben
- Kooperation mit lokalen Vereinen und Betrieben

Best Practices

- **Stuttgart:** Jugendgerichtshilfe mit 1:15-Betreuungsschlüssel statt 1:30 - Rückfallquote 25% niedriger
- **Hamburg "2. Chance":** Erfolgreiches Mentoring-Programm mit 60% Reintegration in Ausbildung
- **Norwegen:** Fokus auf Resozialisierung statt Strafe – niedrigste Rückfallquote Europas (20%)

Schöffenwesen modernisieren - Justiz für alle

Sicherheit · Integration & Diversität · Soziale Gerechtigkeit · Partizipation

Herausforderung

Schöffinnen sind ehrenamtliche Richterinnen, die gemeinsam mit Berufsrichterinnen urteilen. Sie bringen die "Stimme des Volkes" in die Justiz. Aber: Das System ist veraltet. Schöffinnen werden oft nicht repräsentativ ausgewählt (überwiegend ältere Menschen und Beamtinnen), und viele wissen gar nicht, dass sie sich bewerben können. Junge Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund und Selbständige – fehlen oft.

Ziel

Gießen modernisiert das Schöffenwesen: breitere Rekrutierung, bessere Unterstützung und mehr Diversität.

Maßnahmen

Aktive Ansprache

- Öffentlichkeitskampagne: Was machen Schöffinnen eigentlich? Gezielte Ansprache von unterrepräsentierten Gruppen (junge Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen) Infoveranstaltungen in Stadtteilen, bei Vereinen und an Hochschulen

Finanzielle Unterstützung

- Erhöhung der Aufwandsentschädigung
- Arbeitgebenden-Kooperationen: Freistellung ohne Lohnausfall
- Kinderbetreuung während der Gerichtstermine

Schulung und Begleitung

- Verpflichtende Schulungen zu rechtlichen Grundlagen, Diskriminierungssensibilität und interkultureller Kompetenz
- Supervision und Austausch zwischen Schöffinnen

Best Practices

- **Berlin:** Erfolgreiche Rekrutierungskampagne mit 40% mehr Bewerbungen aus unterrepräsentierten Gruppen
- **Österreich:** Verpflichtende Diversitätsschulungen für Schöffinnen

Barrierefreier Zugang zum Recht - Justiz für alle zugänglich machen

Barrierefreiheit · Sicherheit · Integration & Diversität · Digitalisierung · Soziale Gerechtigkeit

Herausforderung

Wer kein Deutsch spricht, wer im Rollstuhl sitzt, wer gehörlos ist - für diese Menschen ist der Zugang zur Justiz oft versperrt. Gerichtsgebäude haben Treppen, Formulare sind in komplizierter Sprache und Dolmetschende sind teuer. Das ist ein Problem: Recht muss für alle zugänglich sein, nicht nur für die, die es sich leisten können oder die keine Barrieren erleben.

Ziel

Gießen schafft einen barrierefreien, inklusiven Zugang zum Recht durch physische Barrierefreiheit, mehrsprachige Angebote und niedrighschwellige Beratung.

Maßnahmen

Digitale Rechtsplattform "Recht in Gießen"

- Zentrale Website mit Informationen zu: Wo finde ich welche rechtliche Hilfe? Wie funktionieren Gerichtsverfahren? Wo gibt es kostenlose Beratung?
- Barrierefreiheit nach WCAG 2.1 AA-Standard (Screenreader-kompatibel, Leichte Sprache, Gebärdensprach-Videos)
- Mehrsprachig (mindestens Deutsch, Englisch, Arabisch, Farsi, Türkisch)

Kommunaler Dolmetscherpool

- Aufbau eines Pools zertifizierter Dolmetschenden für häufige Sprachen
- Kostenübernahme für Geringverdienende auch außerhalb von Gerichtsverfahren (z.B. Rechtsberatung, Behördengänge)

Mobile Rechtsberatung

- Regelmäßige Beratungstermine in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil
- Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden und Migrantenselbstorganisationen
- Niedrighschwellig, vertraulich und mehrsprachig

Mediationsstelle

- Kommunale Mediationsstelle für nachbarschaftliche Konflikte, Mietstreitigkeiten und familiäre Konflikte
- Alternative zur Gerichtsverhandlung
- Kostenlos bzw. stark vergünstigt

Best Practices

- **Frankfurt:** Erfolgreiche Mediationsstelle mit 70%-iger Einigungsquote ohne Gerichtsverfahren
- **Offenbach:** Mobile Rechtsberatung in Stadtteilen reduziert Hemmschwellen
- **Schweden:** Nationale Agentur für Zugänglichkeit koordiniert Dolmetscherdienste zentral

Digitale Sicherheit

IT-Sicherheit der Stadt stärken - Prävention gegen Cyberangriffe

Sicherheit · Digitalisierung · Bildung

Herausforderung

Gießen ist eine moderne Stadt mit digitalen Diensten: Online-Bürgerservices, E-Akte in der Verwaltung, digitale Kommunikation mit der Bevölkerung. Das ist praktisch und effizient - aber es schafft auch neue Angriffsflächen. Wenn Hackende die Verwaltungs-Server angreifen, können ganze Abteilungen lahmliegen. Die Bevölkerung kann keine Anfrage mehr stellen. Wichtige Daten gehen verloren. Die Stadt zahlt dann Lösegelder oder muss alles manuell wieder aufbauen - Millionenkosten.

Das ist keine theoretische Gefahr: Kommunen in Deutschland werden regelmäßig angegriffen. Manchmal sind es Cyberkriminelle, manchmal Staaten, manchmal sind es nur Akteure, die testen, wie stabil die Systeme sind.

Gießen ist noch jung in dieser Hinsicht - das Stadtportal wurde modernisiert, aber die IT-Infrastruktur für Cyberabwehr ist ausbau- und verstärkungsbedürftig.

Ziel

Gießen baut ein System auf, das Cyberangriffe frühzeitig erkennt, abwehrt und schnell reagieren kann, wenn trotzdem etwas passiert.

Maßnahmen

Technische Sicherheitsmaßnahmen

- Umsetzung des BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) IT-Grundschutz-Profil: Basis-Absicherung Kommunalverwaltung
- IT-Sicherheitsaudit: Externe Fachleute durchleuchten alle wichtigen Systeme - wo sind Lücken? Dann: Schließen der Lücken
- Regelmäßige Sicherheits-Updates für alle Programme
- Backups: Tägliche Sicherungen aller kritischen Daten, verteilt auf mehrere physische Orte (nicht alles in einem Datencenter)
- Verschlüsselung aller sensiblen Daten
- Multi-Faktor-Authentifizierung: Login ins System erfordert nicht nur Passwort, sondern auch Code aus App oder Hardware-Schlüssel

Notfallplan

- Was tun, wenn trotzdem ein Angriff erfolgt? Wer wird informiert? Wie wird isoliert? Wie werden die Daten und Informationen wiederhergestellt?
- Regelmäßige Übungen (mindestens 1x jährlich)

Organisatorische Maßnahmen

- IT-Sicherheitsstelle: Eine Person oder ein kleines Team, spezialisiert auf IT-Sicherheit, direkt bei der Verwaltungsspitze angesiedelt
- Schulung aller Beschäftigten: Häufigstes Problem sind Phishing-Mails - jährliche Schulungen: Wie erkenne ich verdächtige Mails?
- Kultur: IT-Sicherheit ist Aufgabe aller, nicht nur der IT-Abteilung

Interkommunale Zusammenarbeit

- Enge Kooperation mit dem Hessischen Cyber Competence Center (HCCC) - kostenlose Beratung nutzen
- Austausch mit anderen Kommunen über Erfahrungen und Bedrohungen
- Kooperation mit der Universität Gießen (Informatik, IT-Sicherheit)

Best Practices

- **Hessisches Cyber Competence Center (HCCC):** Speziell für Kommunen in Hessen - funktioniert gut, kostenlose Beratung
- **Kommunen mit starker IT-Sicherheit:** Erleben selten große Angriffe, und wenn, dann schnellere Reaktion
- **BSI-Grundschutz:** Etablierter Standard für kommunale IT-Sicherheit

Digitalisierung, Verwaltung & Smart City

Die Digitalisierung verändert in Gießen das tägliche Leben – von Verwaltung über Mobilität bis hin zu Bildung und Kultur. Sie bietet enorme Chancen, Prozesse effizienter, transparenter und bürgernäher zu gestalten. Gleichzeitig stehen Kommunen vor der Herausforderung, Datenschutz, Nachhaltigkeit und Teilhabe in Einklang zu bringen und niemanden zurückzulassen.

Die digitale Verwaltung in der Region startete spät: 2019 gab es nur acht Online-Verfahren; 2024 wurden bereits rund 50 digitale Angebote umgesetzt und etwa 15.000 Anträge online gestellt. Im aktuellen Smart-City-Ranking 2025 von Haselhorst Associates belegt Gießen **Platz 154 von 417 Städten**, während Bad Nauheim sogar Platz 6 erreicht. Auch bei der digitalen Infrastruktur besteht Nachholbedarf: Glasfaserverbindungen bis in die Haushalte sind bislang nur in wenigen Stadtteilen und Orten verfügbar.

Volt versteht Digitalisierung und Smart City nicht als Selbstzweck, sondern als Werkzeuge, um das Leben der Menschen konkret zu verbessern – einfacher, schneller und inklusiver.

Gesamtstrategie

Digitale Verwaltung · Smart City & Region · Strategische Steuerung

Herausforderung

Es gibt bereits Digitalisierungs- und Smart-City-Strukturen in Stadt und Landkreis. Was fehlt, ist eine verbindliche gemeinsame Steuerung von Stadt und Landkreis mit klarer politischer Verantwortung, transparenter Zielsteuerung und messbaren Ergebnissen.

Ziel

Gießen und der Landkreis sollen eine klare und verbindliche Digitalstrategie erhalten, die Verantwortlichkeiten bündelt, Ressourcen effizient einsetzt und Stadt sowie Landkreis in einer gemeinsamen Smart-City-Entwicklung vereint. Volt will Digitalisierung als dauerhaftes Querschnittsthema verankern und durch professionelle Steuerung sichtbare Ergebnisse schaffen.

Maßnahmen

- **Gemeinsame Steuerung der Digitalisierung:** Stadt und Landkreis verfügen bereits über unterschiedliche Digitalisierungsstrukturen und Kooperationsprojekte, unter anderem das vom Landkreis getragene Förderprojekt „Smartes Gießener Land“ und erste Arbeitsgemeinschaften. Diese sollen unter einer klaren gemeinsamen Steuerung von Stadt und Landkreis gebündelt und in einer verbindlich gemeinsam getragenen Stabsstelle zusammengeführt werden. Ziel ist es, Strategien, Projekte und Datenplattformen zusammenzuführen, Ressourcen effizient einzusetzen und eine zentrale Anlaufstelle für Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu schaffen.
- **Monitoring & Transparenz:** Digitale Dashboards, wie sie im Programm „Digitale Kommune@Hessen“ bereits eingesetzt werden, sollen Fortschritte bei Digitalisierungs- und Smart-City-Projekten transparent und öffentlich sichtbar machen. Die Bürgerschaft kann Projektstände nachvollziehen, während Politik und Verwaltung auf Basis klarer Kennzahlen steuern und nachsteuern können.

Bürgerzentrierte Verwaltung

Verwaltungsmodernisierung · Digitalisierung · Barrierefreiheit · Partizipation

Herausforderung

Viele Verwaltungsleistungen sind weiterhin papierbasiert, nur teilweise digital oder schwer zugänglich. Besonders häufig genutzte Alltagsleistungen wie Meldeangelegenheiten, Ausweis- und Passverfahren, Bau- und Sondernutzungsanträge,

Kita-Anmeldungen oder Anwohnerparkausweise sind auch in Gießen und im Landkreis noch nicht vollständig digital oder nur mit Medienbrüchen nutzbar. Barrierefreie und mehrsprachige Angebote fehlen häufig, und BundID sowie digitale Unterschriften sind noch nicht durchgängig integriert.

Ziel

Gießen und der Landkreis sollen ein vollständig benutzerfreundliches digitales Rathaus entwickeln, das alle zentralen Verwaltungsleistungen online, barrierefrei und mehrsprachig zugänglich macht, ohne analoge Zugänge einzuschränken. Volt will Verwaltungsprozesse konsequent vereinfachen, damit Behördenkontakte schneller, transparenter und inklusiver werden.

Maßnahmen

- **Digitales Rathaus ausbauen:** Von 8 auf 49 Online-Verfahren in fünf Jahren – dieser Erfolg wird konsequent weitergeführt. Die meistgenutzten Verwaltungsleistungen sollen bis Ende 2026 medienbruchfrei und durchgängig digital unterstützt werden (OZG) – inklusive Terminvergabe, Bauleitverfahren und zentraler Antragsportale.
- **BundID-Integration:** Die Online-Dienste von Stadt und Landkreis sollen vollständig an die BundID angebunden werden, damit Verwaltungsanträge einheitlich und sicher mit einem einzigen Login gestellt werden können.
- **Barrierefreie, mehrsprachige Angebote:** Websites und Formulare sollen nach dem Prinzip „E-Government für alle“ gestaltet werden. Analoge Kanäle (Servicezentren, Telefon) bleiben bestehen, damit niemand durch Digitalisierung ausgeschlossen wird.
- **Usability-Tests und KI-gestützte Dienste:** Vor der Einführung neuer Online-Verfahren werden Nutzerfreundlichkeit und Barrierefreiheit getestet. Chatbots und KI-Assistenten unterstützen bei häufigen Anfragen, ohne persönliche Daten auszuwerten.

Digitale Infrastruktur

Digitalisierung · Wirtschaftsförderung · Bildung

Herausforderung

FTTC ist in Stadt und Landkreis Gießen die am meisten verbreitete Breitbandlösung, bringt Glasfaser aber nur bis zur Straße – die letzte Strecke zum Haus läuft über Kupfer und reicht damit nicht für Gigabit-Geschwindigkeiten aus. Nur echte Glasfaser bis ins Haus (FTTH) liefert stabile Verbindungen für Homeoffice, moderne Anwendungen, Wirtschaft und Verwaltung. Gleichzeitig fehlt in vielen Bereichen ein flächendeckendes 5G-Netz.

Ziel

Volt will eine leistungsfähige, flächendeckende Glasfaser- und 5G-Infrastruktur schaffen, die die Bevölkerung, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen zuverlässig vernetzt. Gießen und der Landkreis sollen eine Infrastruktur erhalten, die moderne Smart-City-Anwendungen, Forschung und Wirtschaft nachhaltig unterstützt.

Maßnahmen

- **Gigabit-Netz:** Der Landkreis Gießen verfügt bereits über eine gute Grundversorgung mit schnellem Internet – rund 98 % der Haushalte sind über FTTC-Anschlüsse (Glasfaser bis zum Kabelverzweiger) erreichbar. Um zukünftige Anforderungen sicherzustellen, soll der flächendeckende Ausbau von Glasfaser bis in die Haushalte (FTTH) bis spätestens 2028 erreicht werden, sodass Gigabit-Geschwindigkeiten überall verfügbar sind.
- **5G und LoRaWAN:** Das Glasfasernetz soll mit 5G-Funk und LoRaWAN für Smart-City-Anwendungen kombiniert werden. Die Stadtwerke Gießen errichten seit 2022 LoRaWAN-Gateways, um CO₂-Werte, Raumbelegung und Energieverbrauch zu messen und künftig intelligente Parkraumbewirtschaftung oder die Fernablesung von Wärmemengen zu ermöglichen.
- **Offene Datenschnittstellen:** Der Ausbau der Netzinfrastruktur soll offene und standardisierte Schnittstellen ermöglichen, damit Forschung, Start-ups und die Verwaltung digitale Innovationen leichter entwickeln können. Beispiele für offene Schnittstellen sind Echtzeitdaten zu Verkehr und ÖPNV oder Sensordaten aus LoRaWAN-Netzen, die über standardisierte APIs zugänglich sind.

Offene Daten

Digitalisierung · Transparenz · Innovation · Partizipation

Herausforderung

Kommunale Daten werden selten offen und maschinenlesbar bereitgestellt. Klare Regeln zum Umgang mit Verwaltungsdaten ("Data Governance") fehlen, wodurch die tägliche Arbeit in Verwaltung und Projekten erschwert wird.

Ziel

Gießen und der Landkreis sollen eine „Open by Default“-Praxis etablieren, bei der kommunale Daten standardisiert, sicher und maschinenlesbar veröffentlicht werden, um Transparenz, Forschung und Innovation zu fördern. Volt fordert eine einheitliche Datenstrategie, die offenen Zugang ermöglicht und gleichzeitig Datenschutz und Datensouveränität schützt.

Maßnahmen

- **Open by Default:** Nach Vorbild der Hamburger Transparenzinitiative sollen Daten wie Verkehrsdichte, Energieverbrauch und Haushaltsausgaben standardmäßig als offene, maschinenlesbare Datensätze veröffentlicht werden. Die interkommunale Datenstrategie von Gießen, Fulda, Offenbach und Wetzlar sammelt bereits systematisch Daten. Diese Zusammenarbeit muss ausgebaut werden; offene Daten erleichtern Bürgerbeteiligung und fördern Innovation.
- **GoDonu-Plattform:** Mit dem Projekt „GoDonu – Gemeinsam online Daten offen nutzen“ entsteht in Hessen eine gemeinsame Plattform für offene kommunale Daten. Gießen und der Landkreis sollen sich aktiv für den Ausbau und die langfristige Förderung dieser Initiative einsetzen, damit Datenanalysen, Vergleichswerte und offene Verwaltungsdaten allen Kommunen dauerhaft zugänglich bleiben.
- **Ethik und Datenschutz:** Durch klare Regeln für den Umgang mit Daten sowie verständliche Datenschutzhinweise soll die Bevölkerung nachvollziehen können, wie Daten verwendet werden. Kommunale Datenräume (Mobilität, Klima, Verwaltung) werden so gestaltet, dass sie sich an europäischen Vorgaben für offene, interoperable und souveräne Datenökosysteme orientieren.

Digitale Souveränität

Digitalisierung · Sicherheit · Innovation

Herausforderung

Proprietäre Software und US-Clouds verursachen fortlaufende Lizenzkosten und Abhängigkeiten, während die Kommunikation weiterhin stark auf Plattformen wie Facebook basiert.

Ziel

Volt will die Abhängigkeit von proprietären Plattformen reduzieren und den konsequenten Einsatz offener Standards und freier Software in der Verwaltung vorantreiben. Gießen und der Landkreis sollen digitale Kontrolle über eigene Daten und Systeme gewinnen und Kommunikation auf datenschutzfreundliche, souveräne Alternativen umstellen.

Maßnahmen

- **Open-Source-Software:** Viele Kommunen und einzelne Bundesländer setzen zunehmend auf freie Software, um ihre digitale Unabhängigkeit zu stärken und Kosten langfristig zu senken. Auch Gießen und der Landkreis sollen diesen Weg

konsequent gehen: Wir fordern den Einsatz freier Software (z. B. LibreOffice, OpenDesk) und offener Standards in der Stadtverwaltung sowie an Schulen, um Abhängigkeiten von einzelnen Herstellern zu vermeiden.

- **Gemeinsame Beschaffung:** Durch koordinierte Beschaffung von Hard- und Software können Kosten gesenkt und die Qualität verbessert werden.
- **Datenhoheit:** Menschen müssen nachvollziehen können, wo ihre Daten gespeichert werden. Verwaltungsdaten sollten auf Servern innerhalb der EU liegen, um dauerhaft Datenschutz und digitale Souveränität zu gewährleisten.
- **Digitale Kommunikation:** Die Verwaltung sollte auf offene, datenschutzfreundliche Kommunikationswege setzen. Neben regionalen Apps wie „Dorffunk“ können auch eigene oder gemeinschaftlich betriebene Open-Source-Plattformen (z. B. Mastodon) genutzt werden, um Menschen in Gießen und im Landkreis sicher und direkt zu erreichen.

Digitale Teilhabe und Kompetenz

Digitalisierung · Soziale Gerechtigkeit · Bildung · Barrierefreiheit

Herausforderung

Teile der Bevölkerung haben keinen Zugang zu digitalen Angeboten oder verfügen über wenig Medienkompetenz. Besonders ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und einkommensschwache Gruppen sind gefährdet, abgehängt zu werden.

Ziel

Gießen und der Landkreis sollen allen Menschen den Zugang zu digitalen Angeboten ermöglichen und digitale Kompetenzen systematisch in Bevölkerung, Bildungseinrichtungen und Verwaltung stärken. Volt will, dass niemand durch Digitalisierung ausgeschlossen wird und Unterstützung niedrigschwellig, inklusiv und wohnortnah verfügbar ist.

Maßnahmen

- **Digitale Lotsdienste und Digitalkümmernde:** Angebote wie die offene Techniksprechstunde im Nordstadtzentrum zeigen, dass persönliche Unterstützung bei digitalen Fragen gut angenommen wird. Dieses bestehende Engagement soll durch ein strukturiertes Lotsen-Netzwerk nach dem Vorbild der hessenweiten „Di@-Lotsen“ ergänzt und professionalisiert werden. Ziel ist ein gebündeltes, stadtteilübergreifendes Angebot, das überall erreichbar ist – in allen Quartieren und im ländlichen Raum.

- **Niederschwellige Bildungsangebote:** Volkshochschulen, Bibliotheken und mobile Smart-Busse bieten Kurse zu Internet, E-Government und Künstlicher Intelligenz. Digitalwerkstätten (z. B. MAGIE MakerSpace, BERD) fördern praktische Erfahrung.
- **Digitale Barrierefreiheit:** Websites, Apps und Dokumente werden nach WCAG-Standards (Web Content Accessibility Guidelines) gestaltet. Menschen mit Behinderungen erhalten Zugang zu Assistenzsystemen.
- **Lebenslanges Lernen:** Für Mitarbeitende der Verwaltung sollen kontinuierliche Schulungen und Fortbildungen etabliert werden, damit digitale Kompetenzen dauerhaft ausgebaut und neue Technologien sicher angewendet werden können.

Nachhaltige Digitalisierung

Digitalisierung · Klimaschutz · Innovation

Herausforderung

Die größte Herausforderung bleibt: Pilotprojekte dauerhaft in den Regelbetrieb zu überführen. Fehlende Zuständigkeiten, Finanzierung und Wissenstransfer bremsen die Umsetzung. Bestehende digitale Anwendungen müssen nutzerfreundlicher gestaltet werden, um die Akzeptanz zu steigern.

Ziel

Volt will digitale Projekte dauerhaft verankern, statt sie nach Pilotphasen auslaufen zu lassen, und gemeinsam mit Nachbarkommunen langlebige, nutzerfreundliche Lösungen entwickeln. Gießen und der Landkreis sollen eine nachhaltige digitale Verwaltung aufbauen, die ressourcenschonend arbeitet und moderne Technologien gezielt für die Klimaresilienz und Mobilität nutzt.

Maßnahmen

- **Pilotprojekte verstetigen:** Erfolgreiche Projekte aus "Digitale Kommune@Hessen" und der Smart-Region, wie der volldigitale Führerscheinumtausch, sollen nach Evaluierung dauerhaft in den Verwaltungsalltag überführt werden.
- **KI- und Datenprojekte verstetigen:** Die Ergebnisse des interkommunalen Projekts Smart KIKZ sollen konsequent in den Verwaltungsalltag überführt und das Projekt nach Ende der Förderung dauerhaft in der kommunalen Verwaltung verankert werden.
- **Regionale Kooperation:** Statt immer neue Anwendungen zu starten, sollten bestehende Lösungen gemeinsam verbessert, vereinheitlicht und weiterentwickelt werden, um Qualität und Nutzerfreundlichkeit zu erhöhen.

- **Nachhaltigkeitsstandards:** Digitale Dienste sollen ressourcenschonend gestaltet werden – durch energieeffiziente Software und Rechenzentren sowie einen verantwortungsvollen Umgang mit Hardware, etwa durch langlebige Geräte und faire Beschaffung.
- **Vernetzung und Förderung:** Gießen und der Landkreis sollen sich stärker in europäische Programme einbringen, die Kommunen bei Digitalisierung und Smart-City-Entwicklung unterstützen – etwa „Living-in.EU“ oder die „Intelligent Cities Challenge“. Auch eine Beteiligung an Horizon-Europe-Konsortien kann zusätzliche Impulse und Fördermittel ermöglichen. Das vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen geförderte Projekt „Smartes Gießener Land“ ist dabei ein erster wichtiger Schritt, um solche Ansätze regional zu erproben und langfristig weiterzuentwickeln.
- **Sensorik und Smart Mobility:** Der Einsatz von Sensoren, etwa zur Messung von Wasserständen oder Luftqualität, schafft wichtige Datengrundlagen, um auf die Folgen des Klimawandels zu reagieren und die städtische Infrastruktur intelligent zu steuern. Auf dieser Basis können digitale Plattformen auch Mobilitätsangebote vernetzen – etwa On-Demand-Shuttle-Dienste, intelligentes Parkmanagement oder Verkehrslenkung in Echtzeit.

Volt will Gießen und den Landkreis digital stark, mit einer leistungsfähigen Verwaltung und innovativen Strukturen aufstellen. Eine digitale Infrastruktur, offene Daten, effiziente Verwaltungsprozesse und echte Teilhabe sind die Grundlage für eine zukunftsfähige und nachhaltige Region. Doch Digitalisierung endet nicht bei Technik: Sie schafft neue Möglichkeiten, wie Menschen miteinander leben, kommunizieren und Entscheidungen treffen.

Im nächsten Kapitel zeigt Volt, wie Demokratie gestärkt, die Beteiligung verbessert und die gesellschaftliche Vielfalt gefördert werden kann – von Europa bis in die eigene Nachbarschaft.

DEMOKRATIE, TEILHABE & VIELFALT

Bürgerschaftsbeteiligung

Gießen war 2015 hessischer Pionier für strukturierte Bürgerbeteiligung. Nach dem VGH-Urteil von 2021 und der neuen Einwohnerbeteiligungssatzung von 2023 steht die Stadt heute vor der Aufgabe, ihr Beteiligungssystem auf die Höhe der Zeit zu bringen. Die digitale Plattform „Gießen DIREKT“ bietet ein funktionierendes Fundament, benötigt aber dringend eine technologische Erneuerung. Der Landkreis Gießen ist dank Volt mit seinen Live-Streams der Kreistagssitzungen bereits Vorreiter - die Stadt muss nachziehen.

Volt setzt sich für eine umfassende Modernisierung der Beteiligungsinfrastruktur ein: Eine leistungsfähige digitale Plattform auf Basis der Open-Source-Software CONSUL, echte Transparenz durch eine Informationsfreiheitssatzung, verbindliche Beteiligungsleitlinien, ein Bürgerbudget für direkte finanzielle Mitgestaltung, thematische Bürgerräte für komplexe Fragestellungen und ein Jugendparlament mit echten Mitspracherechten.

Der Gesamtinvestitionsbedarf liegt bei geschätzten 150.000-200.000 EUR jährlich plus einmaligen Einrichtungskosten von etwa 50.000 EUR - eine überschaubare Summe für eine Stadt mit über 400 Millionen Euro Haushaltsvolumen. Der demokratische Mehrwert: höhere Legitimation kommunaler Entscheidungen, bessere Politikqualität durch Bürgerwissen und eine lebendigere lokale Demokratie.

Digitale Beteiligungsinfrastruktur

Moderne Beteiligungsplattform mit CONSUL

Partizipation · Digitalisierung · Transparenz · Innovation

Herausforderung

Beteiligung darf keine Frage des Terminkalenders sein. Die aktuelle Plattform „Gießen DIREKT“ ist technologisch veraltet und bietet kaum echte Mitgestaltung. Zudem schließen Präsenzveranstaltungen am Abend oft ganze Gruppen aus: Eltern, Schichtarbeitende oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Gießen benötigt eine zentrale, niedrighschwellige Anlaufstelle, auf der die Bürgerschaft nicht nur Mängel melden, sondern aktiv die Stadtpolitik mitgestalten kann – vom Bürgerbudget bis zur Meldung von Angsträumen.

Ziel

Einführung einer leistungsfähigen Open-Source-Plattform (Basis: CONSUL), die digitale und analoge Formate verzahnt. Sie dient als zentrales Betriebssystem für die Gießener Demokratie, garantiert barrierefreie Zugänge und ermöglicht verschiedene Beteiligungsstufen von der Information bis zur Mitentscheidung.

Maßnahmen

- **Plattform-Einführung:** Implementierung der Open-Source-Software **CONSUL** (nach Vorbild erfolgreicher europäischer Metropolen). Die Software ist kostenfrei, DSGVO-konform und wird durch regionalen Support (z. B. aus Darmstadt) zukunftssicher aufgestellt.
- **Erweiterte Funktionen:**
 - **Interaktives Mapping:** Meldung von punktuellen Problemen wie defekter Beleuchtung, Barrieren oder Angsträumen direkt auf einer digitalen Stadtkarte.
 - **Mitgestaltung:** Systematische Integration von Bürgerbudgets, Online-Abstimmungen und Konsultationsverfahren für Großprojekte.
 - **Transparente Rückkopplung:** Einführung verbindlicher Feedback-Schleifen. Die Verwaltung muss auf der Plattform dokumentieren: Was wurde umgesetzt? Was nicht – und warum?
- **Inklusion & Barrierefreiheit:**
 - Volle Einhaltung der Standards **WCAG 2.1 AA** und BITV 2.0.
 - **Mehrsprachigkeit:** Bereitstellung der Inhalte in den wichtigsten Gießener Alltagssprachen (mind. DE, EN, TR, AR, UK).
 - **Analoge Verzahnung:** Aufstellung von Beteiligungsterminals in Bürgerbüros und Stadtteilzentren für Menschen ohne eigenes Endgerät.
 - **Moderation & Qualität:** Professionelle Moderation zum Schutz vor Diskriminierung und Hass sowie eine verbindliche Verankerung in den Beteiligungsleitlinien (ab wann ist ein Projekt beteiligungspflichtig?).

Best Practices

- **Madrid & Barcelona:** Über 500.000 Nutzende auf CONSUL/Decidim-Basis; hohe Umsetzungsquoten bei Bürger-Vorschlägen.
- **Detmold & Potsdam:** Erfolgreiche deutsche Implementierungen, die zeigen, dass auch Mittelstädte von Open-Source-Lösungen profitieren.
- **Reykjavík:** Führend bei der direkten Umsetzung von Online-Vorschlägen in die kommunale Praxis.
- **Wer denkt was GmbH** Darmstadt (bereits in Giessen aktiv mit Beteiligungsprozessen wie Gummiinsel 2024)

Livestream der Stadtverordnetenversammlung

Transparenz · Partizipation · Digitalisierung · Barrierefreiheit

Herausforderung

Der Landkreis Gießen überträgt Kreistagssitzungen bereits seit Jahren live auf YouTube - ein transparentes, niedrighschwelliges und barrierearmes Angebot. Die Stadt Gießen verfügt im Jahr 2025 noch immer nicht über einen vergleichbaren Service. Dies schränkt die Möglichkeit zur politischen Teilhabe erheblich ein, insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Eltern mit Betreuungspflichten oder Berufstätige.

Ziel

Verpflichtende Live-Übertragung aller Stadtverordnetenversammlungen und - wo rechtlich und technisch möglich - der wichtigsten Ausschüsse. Barrierefreie Gestaltung mit Untertiteln, dauerhaft verfügbare Mitschnitte im Archiv und Verlinkung über die Beteiligungsplattform.

Maßnahmen

- **Professionelle Streaming-Technik**
Volt Gießen fordert die Anschaffung von professioneller Streaming-Technik (Kameras, Mikrofone, Mischpult, Software) für den Sitzungssaal.
- **YouTube-Kanal**
Volt Gießen fordert die Einrichtung eines YouTube-Kanals „Stadtverordnetenversammlung Gießen“ nach Vorbild des Landkreises.
- **Barrierefreiheit**
Volt Gießen fordert die automatische Generierung und spätere manuelle Nachbearbeitung von Untertiteln, um Barrierefreiheit bei der Übertragung zu gewährleisten.
- **Archiv**
Volt fordert die dauerhafte Archivierung aller Mitschnitte mit Verlinkung zu Tagesordnungspunkten und Beschlüssen.
- **Persönlichkeitsrechte**
Volt Gießen fordert die rechtliche Anpassung der Geschäftsordnung zum Umgang mit Persönlichkeitsrechten, um die Übertragung umsetzen zu können.

Best Practices

- Landkreis Gießen (bereits umgesetzt), Darmstadt, Frankfurt am Main, München

Transparenz und Informationsfreiheit

Informationsfreiheitssatzung für Stadt und Landkreis

Transparenz · Partizipation · Verwaltungsmodernisierung

Herausforderung

Hessen ist das einzige Bundesland mit 'Opt-In'-Modell: Das Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) gilt für Kommunen nur, wenn diese eine eigene Satzung beschließen. Aktuell haben nur etwa 16 von 600 hessischen Gebietskörperschaften eine Informationsfreiheitssatzung - weder Stadt noch Landkreis Gießen gehören dazu. Dies steht im Widerspruch zum Transparenzanspruch einer modernen Verwaltung.

Ziel

Beschluss von Informationsfreiheitssatzungen sowohl für die Stadt als auch für den Landkreis Gießen auf Basis von §§ 80-89 HDSIG. Proaktive Veröffentlichung wichtiger Dokumente (Haushalt, Verträge ab bestimmtem Volumen, Gutachten, Sitzungsvorlagen) in maschinenlesbarem Format. Einrichtung eines zentralen Transparenzportals.

Maßnahmen

- **Erarbeitung von Informationsfreiheitssatzungen**
Volt Gießen fordert die Erarbeitung von Informationsfreiheitssatzungen nach Vorbild der Mustersatzung Kassel (29.10.2018) oder dem Marburg-Biedenkopf-Modell
- **Gebührenfreiheit**
Volt Gießen fordert Gebührenfreiheit für mündliche und einfache schriftliche Auskünfte sowie Akteneinsicht vor Ort; Kopien ca. 0,20 EUR/Seite
- **Proaktive Veröffentlichung**
Volt Gießen fordert die proaktive Veröffentlichung von Haushalten, Verträgen ab 10.000 EUR, Gutachten, Umwelt- und Planungsdaten sowie Sitzungsvorlagen.
- Aufbau eines Open-Data-Portals mit maschinenlesbaren Formaten (CSV, JSON, XML)
- **Fristenregelung:** Antwortfrist von 1 Monat, Begründungspflicht bei Ablehnung

Best Practices

- Frankfurt, Darmstadt, Kassel (kreisfreie Städte mit Satzungen)
- Landkreise Marburg-Biedenkopf (BMI-Modellkommune Open Government), Groß-Gerau, Lahn-Dill-Kreis
- Stadt Kronberg (neueste Satzung Oktober 2023)

Verbindliche Beteiligungsstandards

Beteiligungsleitlinien mit Qualitätssicherung

Partizipation · Transparenz · Innovation

Herausforderung

Die neue Einwohnerbeteiligungssatzung von 2023 regelt formale Instrumente (Einwohnerfragestunde, Einwohnerpetition, Vorhabenliste), definiert aber keine Qualitätsstandards für Beteiligungsprozesse. Es fehlt an klaren Kriterien, wann und wie Beteiligung stattfinden muss, welche Rollen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft haben und wie Ergebnisse verbindlich in Entscheidungen einfließen.

Ziel

Entwicklung und Verabschiedung kommunaler Beteiligungsleitlinien, die Mindeststandards und Qualitätskriterien für alle Beteiligungsprozesse festlegen. Die Leitlinien sollen flexibler und rechtssicherer sein als die frühere Satzung und in einem partizipativen Prozess mit Bürgerschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik erarbeitet werden.

Maßnahmen

- **Verbindliche Anlassfälle:** Größere Bau- und Infrastrukturprojekte (z.B. ab 1 Mio. EUR Investitionsvolumen), Schulentwicklungsplanung, Verkehrskonzepte, Klimaanpassungsmaßnahmen
- **Stufenmodell der Beteiligung:** Informieren (niedrigste Stufe), Konsultieren (Anhörung), Ko-Kreieren (gemeinsame Entwicklung), Mitentscheiden (höchste Stufe bei Bürgerbudgets)
- **Rollenklärung:** Präzise Definition, was die Bürgerschaft entscheiden darf und was als Beratung dient
- **Rückkopplungspflicht:** Verwaltung und Politik müssen öffentlich dokumentieren und begründen, wie Beteiligungsergebnisse berücksichtigt wurden
- **Beteiligungsscheck in Beschlussvorlagen:** Jede Vorlage für Stadtverordnetenversammlung/Kreistag muss erläutern, ob und wie Beteiligung stattfand
- **Jährlicher Beteiligungsbericht:** Anzahl der Verfahren, erreichte Gruppen, Ergebnisse, Umsetzungsstand

Best Practices

- Viele deutsche Kommunen haben Beteiligungsleitlinien (siehe Netzwerk Bürgerbeteiligung)
- **Landkreis Marburg-Biedenkopf** mit Beteiligungsbericht und Beteiligungskataster

Pilot-Bürgerräte - geloste Stadtgesellschaft entscheidet mit

Partizipation · Transparenz · Innovation

Herausforderung

Komplexe und emotional aufgeladene Projekte – wie die Zukunft des Elefantenklos am Selterstor – lassen sich mit klassischen Formaten wie Infoabenden oder Online-Umfragen nur begrenzt bearbeiten. Oft beteiligen sich vor allem besonders laute Gruppen, während viele Stadtteile und Bevölkerungsgruppen unterrepräsentiert bleiben.

Ziel

Einführung von gelosten Bürgerschaftsräten als qualitativ hochwertiges Instrument der Beteiligung. Sie ergänzen die bestehenden Beteiligungsformate und sorgen dafür, dass bei wichtigen Weichenstellungen eine repräsentative Stichprobe der Stadtgesellschaft nach intensiver Beratung Empfehlungen erarbeitet.

Maßnahmen

- **Pilot „Bürgerschaftsrat Zukunft Elefantenklo“:** 30–50 per Los ausgewählte Personen aus der Einwohnerschaft beraten auf Basis von Input von Fachleuten. Varianten zu Erhalt, Umbau oder Rückbau des Elefantenklos, einschließlich Barrierefreiheit, Stadtbild, Verkehr und möglicher kultureller Nutzung. Ihre Empfehlung wird in der Stadtverordnetenversammlung öffentlich beraten und begründet entschieden.
- **Standard für Großprojekte:** Nach dem Piloten sollen Bürgerschaftsräte bei weiteren größeren Bau- und Infrastrukturprojekten, Verkehrskonzepten und Klimaanpassungsmaßnahmen als mögliches Beteiligungsformat im Stufenmodell verankert werden.
- **Repräsentative Besetzung und unabhängige Moderation:** Zusammensetzung nach Kriterien wie Alter, Geschlecht, Stadtteil und Migrationsgeschichte; professionelle, neutrale Prozessbegleitung.
- **Verbindliche Rückkopplung:** Politik und Verwaltung legen öffentlich dar, welche Empfehlungen des Bürgerschaftsrats übernommen werden und warum gegebenenfalls davon abgewichen wird – eingebettet in die allgemeine Rückkopplungspflicht der Beteiligungsleitlinien.

Best Practices

- **Aachen:** Dauerhaft eingerichteter kommunaler Bürgerrat zu Stadtentwicklung.
- **Konstanz:** Bürgerschaft kann per Unterschriften einen gelosten Bürgerschaftsrat auslösen.
- **Düsseldorf:** Bürgerrat zur Zukunft des Opernhauses als Großprojekt.
- **Jülich:** Bürgerrat zu kommunaler Nachhaltigkeitspolitik.

- **Bundesweiter Bürgerschaftsrat „Verkehrswende“:** Bürgerschaft erarbeiten Empfehlungen zu Mobilität.
- **Datenbank Bürgerräte (Uni Wuppertal):** Mehrere Hundert v.a. kommunale Bürgerschaftsräte dokumentiert.

Gießen steht an einem entscheidenden Punkt: Die Stadt kann an ihre Pionierrolle von 2015 anknüpfen und zum Vorreiter moderner Bürgerbeteiligung in Hessen werden - oder den Anschluss an innovative Kommunen verlieren. Die technischen Lösungen sind vorhanden, die rechtlichen Rahmenbedingungen seit der HGO-Novelle 2025 geklärt, und erfolgreiche Vorbilder aus ganz Deutschland zeigen, dass es funktioniert.

Was jetzt fehlt, ist der politische Wille, die notwendigen Ressourcen bereitzustellen und Beteiligung als Kernaufgabe kommunaler Politik zu begreifen. Volt bietet ein schlüssiges, evidenzbasiertes Gesamtkonzept: digitale Infrastruktur auf Höhe der Zeit, echte Transparenz, verbindliche Standards, direkte finanzielle Beteiligung, deliberative Formate für komplexe Fragen und starke Jugendbeteiligung.

Die Investition ist überschaubar, der demokratische Mehrwert enorm. Eine Stadt, in der Menschen nicht über ihre Köpfe hinweg entscheiden, sondern aktiv mitgestalten können. Eine Stadt, in der Politik auf Augenhöhe stattfindet - zwischen gewählten Mandatstragenden und einer mündigen Stadtgesellschaft. Eine Stadt, die zeigt: Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern eine tägliche Aufgabe, die wir gemeinsam gestalten.

Die Zeit zum Handeln ist **jetzt**.

Plurale Gesellschaft

Kommunales Antidiskriminierungskonzept

Integration & Diversität · Soziale Gerechtigkeit · Partizipation

Herausforderung

Betroffene von Diskriminierung benötigen niedrigschwellige und vertrauenswürdige Anlaufstellen, die rechtliche, emotionale und psychologische Unterstützung bieten. In Gießen existiert mit dem WIR-Vielfaltszentrum bereits eine gute Integrationsinfrastruktur, jedoch keine eigenständige, zentrale Antidiskriminierungsstelle für alle Diskriminierungsformen. 25% der Gießener Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund aus 159 Nationen – Diskriminierung ist eine relevante Alltagserfahrung vieler Menschen in unserer Stadt.

Während der Kommunale Präventionsrat (→ siehe Kapitel Sicherheit & Ordnung) die sicherheitsrelevanten Aspekte von Hasskriminalität und Extremismus koordiniert, braucht es ergänzend eine Struktur, die Betroffene von Diskriminierung im Alltag unterstützt, systematisch Daten erhebt und die Verwaltung sensibilisiert.

Ziel

Schaffung eines umfassenden kommunalen Antidiskriminierungskonzepts mit drei Säulen: Beratung für Betroffene, Sensibilisierung der Verwaltung und systematisches Monitoring.

Maßnahmen

- **Einrichtung einer unabhängigen kommunalen Antidiskriminierungs-**
- **beauftragten** (1,0 VZÄ) als Stabsstelle oder angesiedelt im WIR-Vielfaltszentrum
- Sicherstellung eines **niedrigschwelligen, barrierefreien Zugangs** mit verschiedenen Kommunikationswegen (persönlich, telefonisch, online)
- Vertrauliche **Beratung, Falleinschätzung und Vermittlung** an spezialisierte Stellen
- Aufbau einer **Online-Meldeplattform für Diskriminierungsvorfälle** auf giessen.de
- Enge **Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Präventionsrat** bei Fällen von Hasskriminalität

Best Practices

- **Frankfurt:** Antidiskriminierungsstelle als Stabsstelle seit 2022
- **Heidelberg:** Antidiskriminierungsstelle im Amt für Chancengleichheit
- **Kassel:** Beauftragte als Modellkommune seit 2024

Systematische Antidiskriminierungstrainings für die Verwaltung

Integration & Diversität · Bildung · Verwaltungsmodernisierung

Herausforderung

In Gießen existiert bereits eine Diversity-Steuergruppe, jedoch fehlen verpflichtende, systematische Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz und diskriminierungssensiblem Handeln. Fehlende Sensibilisierung kann zu institutioneller Diskriminierung führen, besonders in Bereichen mit hohem Publikumsverkehr.

Ziel

Entwicklung und Implementierung verpflichtender Antidiskriminierungstrainings für alle Verwaltungsmitarbeitende mit besonderem Fokus auf Bereiche mit hohem Publikumsverkehr.

Maßnahmen

- **Verpflichtende Basis-Schulung** für städtischen Beschäftigten zu Diskriminierungsformen, rechtlichen Grundlagen (AGG) und diskriminierungssensibler Sprache
- **Vertiefungsworkshops für Führungskräfte** zu Diversity Management und diskriminierungssensiblen Handlungsstrategien
- **Spezielle Schulungen für Angestellte** in Ordnungsdienst, Jobcenter und Sozialamt zu interkultureller Kompetenz und Deeskalation
- **Implementierung in die reguläre Personalentwicklung** mit jährlicher Auffrischung
- **Evaluation durch Bürgerfeedback** und Diversity-Monitoring

Best Practices

- **Stadt Köln** (jährliche Vergabe städtischer Mittel für Antirassismus-Training bzw. rassismuskritische Projekte)
- **Stadt Stuttgart** (Schulungen nach Diskriminierungsvorfall in Zusammenarbeit zwischen Abteilung für Chancengleichheit und Bäderbetrieben)
- **ADiNet Nordhessen** (Schulungen zu interkultureller Kompetenz und Vermittlung bei Diskriminierungsvorwürfen)

Diskriminierungsmonitoring

Integration & Diversität · Transparenz · Innovation

Herausforderung

Ohne systematische Datenerfassung bleibt Diskriminierung unsichtbar und kann nicht gezielt bekämpft werden. In Gießen fehlt bislang ein systematisches Monitoring.

Ziel

Etablierung einer systematischen Datenerfassung zu Rassismus und Diskriminierung in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, insbesondere mit der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Maßnahmen

- **Einrichtung eines Diskriminierungsmonitorings** zur Zusammenführung von Erkenntnissen verschiedener Beratungsstellen (WIR-Vielfaltszentrum, ADiNet Mittelhessen, Antidiskriminierungsstelle, AIDS-Hilfe Gießen)
- **Kooperation mit der JLU Gießen** (Institut für Soziologie, Politikwissenschaft) zur regelmäßigen wissenschaftlichen Analyse
- **Jährlicher Antidiskriminierungsbericht** für die Stadtverordnetenversammlung
- **Anonymisierte Veröffentlichung** von Daten zur Transparenz

- **Datenaustausch mit dem Kommunalen Präventionsrat** zur Identifikation von Trends bei Hasskriminalität

Best Practices

- **Stadt Köln** (gesamtstädtisches Diskriminierungsmonitoring)
- **Stadt Kassel** (Kommunales Bildungsmonitoring erfasst diskriminierungsbedingte Schulabbrüche)

Dialog und Vernetzung gegen Hasskriminalität

Integration & Diversität · Sicherheit · Partizipation

Herausforderung

Hasskriminalität und Diskriminierung erfordern koordinierte Maßnahmen verschiedener Fachbereiche und Institutionen. In Gießen fehlt bislang ein systematisches, behördenübergreifendes Gremium, das Polizei, Bildungssektor, Sozialarbeit, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vernetzt. Die Justus-Liebig-Universität mit 25.000 Studierenden und die kulturelle Vielfalt der Stadt bieten jedoch großes Potenzial für innovative Präventionsansätze.

Ziel

Entwicklung eines ganzheitlichen Mechanismus gegen Hasskriminalität durch Bündelung von Expertise aus verschiedenen Bereichen und Etablierung eines kommunalen Austausches.

Maßnahmen

- **Einrichtung eines Runden Tisches gegen Diskriminierung und Hasskriminalität** unter Beteiligung von Polizeipräsidium Mittelhessen, JLU Gießen, Schulen, Sozialarbeit, WIR-Vielfaltszentrum, Jugendparlament und Zivilgesellschaft
- **Koordination mit dem Hessischen Landesprogramm** aktiv für Demokratie und gegen Extremismus
- **Etablierung systematischer Austauschformate** (vierteljährlich) zur Früherkennung und Bekämpfung von Hasskriminalität
- **Kooperationsvereinbarung** zwischen Stadt Gießen und Polizeipräsidium Mittelhessen
- **Entwicklung eines kommunalen Präventionsplans** mit messbaren Zielen

Best Practices

- **Beratungsnetzwerk Hessen** (Bündelung von Expertise zur Extremismusprävention)

- **HessenGegenHetze** (staatliche Meldestelle mit behördenübergreifender Zusammenarbeit)
- **MODUS-Projekt Göttingen** (Vernetzung zur Früherkennung von Radikalisierung)
- **Berliner Runder Tisch** gegen antisemitische Gewalt

Menschen mit Behinderung

Barrierefreie Stadtplanung für öffentliche Räume und Verkehrsmittel

Barrierefreiheit · Soziale Gerechtigkeit · Partizipation

Herausforderung

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet Deutschland seit 2009 zur umfassenden Barrierefreiheit. In Gießen besteht erheblicher Nachholbedarf: Ampelschaltungen sind zu kurz, das Stadttheater kann noch rollstuhlgerechter werden und der ÖPNV weist zahlreiche Barrieren auf. Mit Samuel Groß wurde 2024 ein neuer Behindertenbeauftragter eingesetzt – jetzt gilt es, systematisch Barrieren abzubauen.

Ziel

Konsequente Umsetzung einer barrierefreien Stadtplanung für öffentliche Räume und Verkehrsmittel sowie Schulung der kommunalen Mitarbeitenden. Gießen soll bis 2030 eine der barriereärmsten Universitätsstädte Deutschlands werden.

Maßnahmen

- **Sofortmaßnahme:** Anpassung aller Ampelschaltungen auf ausreichende Grünphasen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen (geringe Kosten, hohe Wirkung)
- **Stadttheater:** Endlich rollstuhlgerechten Zugang schaffen (seit Jahren überfällig)
- **ÖPNV-Offensive:** Systematische Bestandsaufnahme und Priorisierung beim Ausbau von Haltestellen und Bahnhöfen (Benchmark: Offenbach 90% barrierefrei)
- Installation von akustischen und visuellen Informationssystemen für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen
- Systematische Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei allen Neubauten und Sanierungen
- Schulung aller relevanten Mitarbeitenden (Stadtplanung, Bauamt, Verkehrsplanung) zu DIN 18040
- Digitale Karte mit allen Parkplätzen für schwerbehinderte Menschen und barrierefrei zugänglichen Parkplätzen

Best Practices

- **Stadt Offenbach:** 90% ÖPNV-Barrierefreiheit durch systematischen Ausbau
- **Stadt Köln:** Diskriminierungsmonitoring zur systematischen Erfassung von Barrieren
- **Japan:** Taktile Leitsysteme an Bahnhöfen und barrierefreie Toiletten

Barrierefreien Wohnraum fördern

Barrierefreiheit · Wohnen & Stadtentwicklung · Soziale Gerechtigkeit

Herausforderung

In Gießen herrscht akuter Wohnraummangel bei gleichzeitig steigendem Bedarf an barrierefreiem Wohnraum. Die Hessische Bauordnung schreibt vor, dass 20% aller Neubauwohnungen barrierefrei sein müssen – diese Quote wird jedoch oft nicht erreicht oder nur minimal erfüllt.

Ziel

Förderung von barrierefreiem Wohnraum und Ermöglichung von Umbauten in der bestehenden Bausubstanz, um Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Maßnahmen

- **Konsequente Durchsetzung der 20%-Quote der Hessischen Bauordnung** bei allen Neubauprojekten
- **Freiwillige Umsetzung des höheren Standards DIN 18040-2 R** (rollstuhlgerecht) statt nur barrierearm
- **Barrierefreiheit als verbindliches Kriterium** bei der Vergabe kommunaler Grundstücke
- Einrichtung eines kommunalen Beratungs- und **Förderprogramms für barrierefreie Umbaumaßnahmen in Bestandsgebäuden**
- Kooperation mit Wohnbau Gießen GmbH zur **Schaffung barrierefreier Wohnungen** im kommunalen Bestand

Best Practices

- **Stadt Frankfurt:** Sozialer Wohnungsbau mit 30% Barrierefreiheit-Quote
- **Baden-Württemberg:** finanzielle Förderung für Umbauten mit bis zu 10.000 € Zuschuss
- **Kanada:** Accessible Canada Act (verbindliche Standards für barrierefreien Wohnraum)

Barrierefreie Kommunikation und Digitalisierung

Barrierefreiheit · Digitalisierung · Verwaltungsmodernisierung · Integration & Diversität

Herausforderung

Die Webseite der Stadt Gießen und kommunale Informationen sind nicht durchgehend barrierefrei gestaltet. Menschen mit Sehbehinderungen oder kognitiven Einschränkungen haben Schwierigkeiten, Verwaltungsdienstleistungen zu nutzen. Die EU-Richtlinie 2016/2102 verpflichtet Kommunen zur digitalen Barrierefreiheit – diese wird jedoch oft nur minimal erfüllt.

Ziel

Konsequente Umsetzung der EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen sowie ausgeweitete Nutzung von einfacher und leichter Sprache in der gesamten kommunalen Kommunikation.

Maßnahmen

- Vollständige **Überarbeitung von giessen.de** nach WCAG 2.1 Standard (Web Content Accessibility Guidelines)
- Bereitstellung aller wichtigen kommunalen Informationen in **leichter Sprache** (insbesondere Anträge, Bescheide, Krisenkommunikation)
- Nutzung von **KI-Tools** zur kostengünstigen Übersetzung von Verwaltungstexten in einfache Sprache
- **Schulungsangebot** für Mitarbeitende in Grundlagen der Gebärdensprache (mindestens für Bürgerservice)
- Einrichtung eines **Gebärdensprach-Video-Dolmetscherdienstes** für das Rathaus

Best Practices

- **KI-Tool Plain:** Übersetzung von Verwaltungstexten in einfache Sprache
- **Bremen und Berlin:** Kommunaler Gebärdensprach-Avatar
- **Stadt Heidelberg:** KI-gestützte Beratungsd desks mit leichter Sprache

Geschlechtergerechtigkeit und Schutz vor Gewalt

Ausbau von Frauenhausplätzen

Geschlechtergerechtigkeit · Sicherheit · Soziale Gerechtigkeit · Gesundheit

Herausforderung

Die Istanbul-Konvention fordert einen Frauenhausplatz je 10.000 Einwohnerinnen. Für Gießen (92.111 Einwohner) bedeutet das mindestens 9 Familienzimmer. Aktuell gibt es in Gießen nur 2 Frauenhäuser, deren Kapazitäten nicht ausreichen. Hessenweite Studien zeigen: Der tatsächliche Bedarf ist doppelt so hoch wie die Istanbul-Konvention vorgibt. Das neue Hessische Gewalthilfegesetz wird ab 2032 einen Rechtsanspruch auf Schutzplätze schaffen.

Ziel

Erweiterung der Plätze in Frauenhäusern auf die gesetzlich vorgegebene Zahl und Vorbereitung auf den kommenden Rechtsanspruch ab 2032.

Maßnahmen

- **Bedarfsanalyse:** Transparente Erhebung der aktuellen Kapazitäten und Auslastung in Gießen
- Schrittweise Erhöhung der Frauenhausplätze auf **mindestens 9 Familienzimmer** (Istanbul-Konvention)
- Prüfung einer **Aufstockung auf 18 Plätze** (realistischer Bedarf)
- Einführung einer **Pauschalfinanzierung** pro Platz und Jahr statt Tagessätzen zur Planungssicherheit
- Schaffung zusätzlicher Schutzplätze für **besondere Bedarfsgruppen** (Frauen mit Behinderungen, geflüchtete Frauen)
- Vorbereitung auf **Rechtsanspruch** ab 2032 (Hessisches Gewalthilfegesetz)

Best Practices

- **Frankfurt:** Zusätzliche Schutzplätze für Frauen mit Behinderungen in Kooperation mit Behindertenwerkstätten
- **Schleswig-Holstein:** Pauschalfinanzierung von 15.000 € pro Frauenhausplatz/Jahr für Planungssicherheit
- **Island:** Staatlich garantierter Rechtsanspruch auf Frauenhausplatz

Kommunaler Aktionsplan gegen häusliche Gewalt

Sicherheit · Geschlechtergerechtigkeit · Gesundheit · Transparenz

Herausforderung

Häusliche Gewalt bleibt oft im Verborgenen. In Gießen gibt es mit dem SkF Frauenhaus und der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt Gießen wichtige Anlaufstellen, jedoch fehlt ein koordinierter, kommunaler Aktionsplan zur Prävention, Sensibilisierung und systematischen Bekämpfung. Hessen hat einen 3. Landesaktionsplan – Volt Gießen fordert, diesen auf kommunaler Ebene zu konkretisieren und umzusetzen.

Ziel

Umsetzung eines umfassenden kommunalen Aktionsplans zur Bekämpfung häuslicher Gewalt mit Präventionsarbeit, Datenerhebung, Evaluierung bestehender Maßnahmen und Sensibilisierung von Behörden, Polizei, Schulen und Justiz.

Maßnahmen

- Anschluss an den **3. Landesaktionsplan Hessen** mit kommunaler Umsetzungsstrategie
- Finanzierung regionaler **Runder Tisch gegen häusliche Gewalt** (vierteljährlich) mit Polizei, Jugendamt, Frauenhäusern, Interventionsstelle, Gesundheitsamt (Landkreis)
- Verpflichtende **Fortbildungen** für kommunale Mitarbeitende (Ordnungsamt, Sozialamt) und Kooperation mit Polizei für deren Schulung
- **Öffentlichkeitskampagnen** an Schulen, in Arztpraxen, Apotheken und öffentlichen Gebäuden
- Etablierung eines effizienten **Meldesystems mit digitaler Meldeplattform** für Verdachtsfälle
- **Jährlicher Bericht** über häusliche Gewalt in Gießen für Stadtverordnetenversammlung

Best Practices

- **Stadt Kassel:** Kommunaler Aktionsplan mit messbaren Zielen
- **Hessische Landeskoordinierungsstelle:** 120 Schulungen jährlich für Polizei, Justiz, Schulen)
- **Berliner Mobile Intervention:** 40% weniger Wiederholungstaten durch schnelle Intervention
- **Spanien:** Fernbleibeverbot binnen 24 Stunden nach Gewaltvorfall

Vielfalt sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten (LGBTIQA+)

Queeres Zentrum stärken und Sichtbarkeit erhöhen

Geschlechtergerechtigkeit · Integration & Diversität · Soziale Gerechtigkeit

Herausforderung

Gießen verfügt mit dem Hans-Peter-Hauschild-Haus bereits über eine exzellente LGBTIQA+-Infrastruktur und ist Mitglied im Rainbow Cities Network. Diese Vorreiterrolle muss gesichert und ausgebaut werden. Der CSD Mittelhessen findet aktuell nicht in Gießen statt – das sollte sich ändern, um die Sichtbarkeit queeren Lebens in der Universitätsstadt zu erhöhen.

Ziel

Stärkung des Hans-Peter-Hauschild-Hauses als queeres Kompetenzzentrum für Mittelhessen, Erhöhung der Sichtbarkeit von LGBTIQA+-Themen in Gießen und Rückholung des CSD Mittelhessen nach Gießen.

Maßnahmen

- Verstetigung und Aufstockung der **Förderung für das Hans-Peter-Hauschild-Haus**
- Ausbau als regionales **LGBTIQA+-Kompetenzzentrum** mit Bildungsangeboten, Beratung und Community-Treffpunkt
- Aktive Bewerbung als Austragungsort für den **CSD Mittelhessen** mit kommunaler Unterstützung (Genehmigungen, Infrastruktur, Sicherheit)
- **Öffentlichkeitskampagne Gießen ist bunt** zur Sichtbarmachung queerer Lebensrealitäten
- Regelmäßige **queere Kulturveranstaltungen** und Filmreihen in städtischen Einrichtungen

Best Practices

- **Queeres Netzwerk Südhessen:** Vom Land Hessen gefördert, Vorbild für regionale Vernetzung
- **CSD Frankfurt:** Kommunale Unterstützung mit Infrastruktur, Sicherheit, Marketing
- **Köln:** CSD als Wirtschaftsfaktor und Sichtbarkeitsplattform
- **Barcelona Intercultural City:** Einbindung von LGBTIQA+-Verbänden in Stadtplanung

Bildungsarbeit zu queeren Lebensweisen

Bildung · Geschlechtergerechtigkeit · Integration & Diversität

Herausforderung

Im schulischen Kontext werden Themen wie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt oft unzureichend behandelt, was zu Unwissenheit, Vorurteilen und Diskriminierung beiträgt. Gießen als Universitätsstadt mit über 39.000 Studierenden hat besondere Verantwortung und Möglichkeiten für progressive Bildungsarbeit.

Ziel

Systematische Integration queerer Themen in Bildungseinrichtungen und Förderung von Aufklärungsprojekten durch kommunale Jugendarbeit.

Maßnahmen

- **Finanzierung von Bildungsprojekten** zu LGBTIQ+-Themen über kommunales Jugendamt und Bildungsbüro
- **Kooperation mit Schulen** zur Integration queerer Themen in den Unterricht (z.B. SCHLAU Hessen)
- Unterstützung von Schulen bei Schule ohne Rassismus – **Schule mit Courage** mit LGBTIQ+-Schwerpunkt
- Förderung von Aufklärungsprojekten durch **außerschulische Bildungsträger** (z.B. AIDS-Hilfe Gießen, Hans-Peter-Hauschild-Haus)
- **Fortbildungen für Lehrkräfte** zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt (Kooperation mit Land Hessen/APAV 2.0)

Best Practices

- **Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage:** Integration queerer Themen in den Unterricht an 100 hessischen Schulen
- **SCHLAU Hessen:** Landesweite Bildungsarbeit an Schulen
- **QuPiLS-Netzwerk:** Schulungen zur Diskriminierungsprävention für Landesbedienstete, Modell für Kommunen

Verwaltungspraxis konsequent queer-sensibel gestalten

Geschlechtergerechtigkeit · Integration & Diversität · Verwaltungsmodernisierung · Partizipation

Herausforderung

Es mangelt oft an strukturierter Zusammenarbeit zwischen Kommunen und queeren Verbänden. Verwaltungsmitarbeitende sind nicht immer ausreichend sensibilisiert für die

Bedürfnisse von LGBTIQ+-Personen, was zu Diskriminierung und Missverständnissen führen kann.

Ziel

Enge Vernetzung der Kommune mit Verbänden und Initiativen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowie konsequente Sensibilisierung der Verwaltung.

Maßnahmen

- **Systematische Einbindung** des Hans-Peter-Hauschild-Hauses und anderer LGBTIQ+-Organisationen in kommunale Entscheidungsprozesse (z.B. Beirat)
- **Schulung von Verwaltungsmitarbeitende** (insbesondere Standesamt, Bürgerservice, Personalwesen) zu geschlechtlicher Vielfalt und diskriminierungsfreier Kommunikation
- Implementierung **geschlechtsneutraler Formulare** und Ansprachen in der Verwaltung
- **Kontaktperson** für LGBTIQ+-Belange in der Verwaltung benennen
- **Regelmäßiger Austausch** (halbjährlich) zwischen Stadtspitze und queerer Community

Best Practices

- **Hessisches Landesamt für Gesundheit und Pflege:** Schulung von 200 Verwaltungsmitarbeiterinnen zu geschlechtlicher Vielfalt
- **Rainbow Cities Network Bern:** Einbindung von LGBTIQ+-Verbänden in die Stadtplanung
- **Stadt Köln:** LSBT*IQ-Koordinierungsstelle analog zu Münchner Modell für jüdisches Leben

Jüdisches Leben fördern und schützen

Jüdisches Leben erhalten, Gemeinde unterstützen und Gedenken fördern

Integration & Diversität · Sicherheit · Kultur & Kreativität

Herausforderung

Die Jüdische Gemeinde Gießen mit ca. 400 Mitgliedern ist ein fester Bestandteil der Stadtgesellschaft und ein bedeutender Träger kulturellen und religiösen Lebens. Die Entdeckung der Überreste einer mittelalterlichen Synagoge im Jahr 2022 ist ein wichtiger archäologischer Fund, der die lange Geschichte unserer Stadt sichtbar macht und angemessen gewürdigt werden muss. Besonders betroffen macht uns der Brandanschlag auf die Synagoge Gießen im Januar 2026 – ein Angriff auf jüdisches Leben, das wir in aller

Schärfe verurteilen und mit uneingeschränkter Solidarität begleiten. Neben der Pflege historischer Stätten und Projekten wie der Torah-Spende (50.000 € Bedarf) sowie der Barrierefreiheit steht die Gemeinde nun vor akuten Sicherheitsbedrohungen durch Antisemitismus und Gewalt. Der Brandanschlag zeigt, dass jüdische Einrichtungen besseren Schutz benötigen. Die Stadt muss aktiv gegen Hasskriminalität auftreten, um ein sicheres Miteinander zu gewährleisten.

Ziel

Erhalt und Pflege jüdischer Kulturstätten, Erinnerungskultur lebendig halten, angemessene Würdigung der jüdischen Geschichte Gießens und aktive Unterstützung der lebendigen jüdischen Gemeinde.

Maßnahmen

- Sofortige **Sicherheitsmaßnahmen für die Synagoge**, z.B. durch bessere Videoüberwachung, Beleuchtung und Polizei-Präsenz in Kooperation mit der Gemeinde
- Verbesserung der **Barrierefreiheit** der Synagoge, insbesondere Zugänglichkeit von Bibliothek und Empore
- Regelmäßige **Gedenkveranstaltungen** in Kooperation mit der jüdischen Gemeinde
- **Integration jüdischer Geschichte** in Stadtführungen, Museen und Schulcurricula
- **Zusammenarbeit mit der Justus-Liebig-Universität** bei Forschung zur jüdischen Geschichte Gießens und zu Prävention von Antisemitismus
- Unterstützung gemeindlicher Projekte

Best Practices

- **Fulda:** Sanierung von 12 historischen Mikwen durch EU-Fördermittel
- **Mainz:** Integration jüdischer Geschichte in Lehrpläne von 23 Schulen
- **Darmstadt:** Städtischer Koordinierungsrat Jüdisches Leben mit Vetorecht bei Denkmalschutzentscheidungen
- **Frankfurt:** Jährlich 120.000 € für jüdische Museumsprojekte

Soziales

Strukturelle Armutsbekämpfung

Präventionsketten gegen Kinderarmut

Soziale Gerechtigkeit · Generationengerechtigkeit · Bildung · Gesundheit

Herausforderung

In Gießen leben über 5.000 Kinder in Armut – das entspricht einer Kinderarmutsquote von 25,6% (jedes 4. Kind!). Dies ist deutlich höher als der Hessendurchschnitt von 13%. Kinderarmut hat langfristige negative Auswirkungen auf Bildungschancen, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe. Obwohl Gießen mit Quartiersmanagement in Weststadt und Nordstadt bereits Ansätze verfolgt, ist die Stadt bislang nicht im Landesprogramm Präventionsketten Hessen vertreten – das muss sich ändern!

Ziel

Halbierung der Kinderarmutsquote bis 2030 von 25,6% auf unter 13% (Hessen-Durchschnitt) durch systematische Präventionsketten von der Geburt bis zum Berufseinstieg.

Maßnahmen

- Bewerbung für das Landesprogramm **“Präventionsketten Hessen”** mit West- und Nordstadt als priorisierte Stadtteile
- Implementierung vernetzter **Präventionsangebote** von der Geburt bis zum Berufseinstieg (frühe Hilfen, Kitas, Schulen, Jugendberufshilfe)
- **Ausbau des Quartiersmanagements** auf weitere belastete Stadtteile
- Etablierung **niedrigschwelliger Angebote**: interkulturelle Spielgruppen, kostenloses Frühstück in Kitas, Lernpatenschaften
- Aktualisierung der **Sozialraumanalyse** (letzter Armutsbericht von 2021) mit Fokus auf Kinderarmut
- Bewerbung für **ESF+ Akti(F) Plus** zur Förderung von Familien im SGB II/XII-Bezug
- Sorgfältiges Quartiersmanagement zur **Vermeidung von Ghettoisierung**

Best Practices

- **Präventionsketten in Gelsenkirchen und Kassel**: Systematische Vernetzung von Geburt bis Berufseinstieg
- **Kasseler Pakt gegen Armut**: Datengestützte Analyse und gezielte Vernetzung von Förderangeboten
- **Quartiersmanagement Berlin und Mannheim**: Aktivierung von Bewohnerinnen, soziale Durchmischung
- **Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen**: Erfahrungsaustausch und Best Practices

Housing First: Gießener Modell ausbauen

Soziale Gerechtigkeit · Wohnen & Stadtentwicklung · Gesundheit · Innovation

Herausforderung

Gießen ist mit dem Projekt ZuHAuSE (Zukunft Haushalte für alle Sozial Eingebundenen) bereits Vorreiter beim Housing-First-Ansatz in Hessen. Seit 2016 werden wohnungslose Menschen direkt in eigene Wohnungen vermittelt – mit einer beeindruckenden Erfolgsquote von 80%! Die Staatssekretärin besuchte 2024 das Projekt. Es ist im hessischen Koalitionsvertrag erwähnt. Jetzt gilt es, diesen Erfolg zu verstetigen, auszubauen und Gießen als Modellkommune für ganz Hessen zu positionieren.

Ziel

Verstetigung von Housing First über 2026 hinaus, Ausweitung auf +50 Wohnungen in 3 Jahren und Positionierung Gießens als Modellkommune für innovative Wohnungslosenhilfe in Hessen.

Maßnahmen

- **Housing First langfristig sichern:** Finanzierung über 2026 (Ende EHAP-Förderung) hinaus durch Aufnahme in kommunale Regelfinanzierung
- **Ausbau:** +50 Housing-First-Wohnungen in den nächsten 3 Jahren (aktuell ca. 20-30)
- **Wohnraumoffensive:** Systematische Kooperation mit Wohnbau Gießen GmbH und privaten Vermietern zur Bereitstellung geeigneter Wohnungen
- **Zweckentfremdungssatzung** gegen Leerstand und missbräuchliche Ferienwohnungen zur Mobilisierung von Wohnraum
- **Modellkommune:** Gießen als Best-Practice-Standort für Hospitationen anderer Kommunen etablieren, Wissenstransfer organisieren
- **Begleitforschung:** Kooperation mit JLU Gießen zur wissenschaftlichen Evaluation und Weiterentwicklung

Best Practices

- **Gießen!** Projekt ZuHAuSE mit 80% Stabilisierungsquote
- **Frankfurt:** 120 Housing-First-Wohnungen durch städtische Liegenschaften und private Kooperation
- **Finnland:** 47% weniger Obdachlosigkeit seit 2008 durch staatlich garantierte Wohnungen
- **Kanada At Home/Chez Soi:** 73% stabile Wohnverhältnisse bei Housing-First-Inanspruchnahme

Kita-Ausbau und Familienzentren stärken

Vereinbarkeit von Familie und Beruf · Generationengerechtigkeit · Wirtschaftsförderung

Herausforderung

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der größten Herausforderungen für Menschen mit Kindern. Gießen ist hier bereits vorbildlich: Von 11 städtischen Kitas sind 9-10 als Familienzentren ausgebaut – eine herausragende Quote! Dennoch gibt es Handlungsbedarf bei Betreuungsquoten, Wartelisten und flexiblen Öffnungszeiten für Schichtarbeitende und Studierende.

Ziel

Sicherung und Ausbau der exzellenten Familienzentren-Struktur, Erhöhung der Betreuungsquoten und Schaffung flexibler Angebote für alle Familienformen und Arbeitszeiten.

Maßnahmen

- **Transparenz schaffen:** Systematische Erhebung und Veröffentlichung von Betreuungsquoten und Wartelisten
- **Familienzentren langfristig sichern:** Verstetigung der Landesförderung (18.000 €/Jahr pro Einrichtung)
- **Flexible Öffnungszeiten:** Pilotprojekt für Randzeiten-Betreuung (vor 7 Uhr, nach 17 Uhr) und Wochenend-Betreuung für Schichtarbeitende
- **Studierendenfreundlich:** Flexible Betreuungsangebote für studierende Eltern (über 39.000 Studierende in Gießen!)
- **Digitales Kita-Portal:** Entwicklung einer benutzerfreundlichen Plattform für Platzvergabe mit mehr Transparenz über Wartelisten
- **Bedarfsgerechter Ausbau:** Bei der Stadtplanung neuer Quartiere Kindergärten bedarfsgerecht mit einplanen, um familienfreundliche Strukturen zu schaffen. Wo nötig, weitere Kita-Plätze schaffen, Förderung über Kleine Bauförderung Hessen (50%)

Best Practices

- **Gießen!:** 9-10 von 11 Kitas als Familienzentren – hessenweit vorbildlich
- **München und Hamburg:** Transparente Platzvergabe dank digitaler Kita-Portale
- **Berlin, Hamburg:** Flexible Öffnungszeiten in Großstädten für Schichtarbeitende

Jugendparlament einrichten

Generationengerechtigkeit · Bildung · Soziale Gerechtigkeit · Partizipation · Kinder- und Jugendförderung

Herausforderung

Gießen hat zwar ein eigenes Jugendamt und 8 Jugendzentren, aber kein Jugendparlament. Junge Menschen haben kaum institutionalisierte Möglichkeiten zur Mitbestimmung in der Kommunalpolitik. Dabei ist Gießen mit einem Durchschnittsalter von 38 Jahren die jüngste Stadt Hessens und Hochschulstandort – junge Stimmen müssen gehört werden!

Ziel

Einrichtung eines demokratisch gewählten Jugendparlaments mit echten Mitbestimmungsrechten, um junge Menschen aktiv in kommunalpolitische Entscheidungen einzubinden.

Maßnahmen

- **Jugendparlament für Gießen:** Demokratisch gewähltes Gremium für 12-21-Jährige mit zweijähriger Amtszeit
- **Echte Mitbestimmung:** Rede- und Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung
- **Eigenes Budget:** Jährliches Budget von 20.000 € zur eigenständigen Verfügung für Jugendprojekte
- **Professionelle Koordination:** 0,5 Vollzeitäquivalente zur Unterstützung und Organisation
- **Vernetzung:** Kooperation mit Schulen, Jugendzentren, Studierendenvertretung (AStA)
- **Vorbild:** Orientierung an erfolgreichen Modellen wie Vogelsbergkreis, Buseck (seit 20 Jahren etabliert)

Best Practices

- **Vogelsbergkreis:** Kreisjugendparlament mit Antragsrecht im Kreistag
- **Gemeinde Buseck:** Jugendparlament seit über 20 Jahren, echte Mitbestimmung
- **Stadt Marburg:** Jugendparlament mit eigenem Budget und Projekten

Jugendzentren und niedrigschwellige Angebote ausbauen

Kinder- und Jugendförderung · Generationengerechtigkeit · Bildung · Soziale Gerechtigkeit · Partizipation

Herausforderung

Gießen verfügt über 8 Jugendzentren – eine gute Basis. In sozial benachteiligten Stadtteilen besteht jedoch besonderer Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten zur Freizeitgestaltung, Bildungsförderung und Gewaltprävention. Als Universitätsstadt sollte Gießen zudem studentisches Engagement für Jugendarbeit systematisch einbinden.

Ziel

Bedarfsgerechter Ausbau von Jugendzentren in benachteiligten Stadtteilen und Etablierung niedrigschwelliger Bildungs- und Freizeitangebote unter Einbindung studentischen Engagements.

Maßnahmen

- **Bedarfsanalyse** für weitere Jugendzentren in Weststadt, Nordstadt und anderen Stadtteilen
- **Kostenlose oder stark vergünstigte Angebote** für Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien (Sport, Musik, Kunst, Theater)
- **Lernpatinnen-Projekt:** Kooperation mit JLU Gießen zur Vermittlung von Studierenden als Lernpatinnen (ehrenamtlich, ggf. mit Aufwandsentschädigung)
- **Juleica aufwerten:** Attraktive Vergünstigungen für Jugendleiterinnen-Card-Inhaberinnen (ÖPNV, Kultureinrichtungen)
- **Ausbau** von mobiler Jugendarbeit und Streetwork

Best Practices

- Kostenlose Bibliotheksausweise und vergünstigte Sport-/Musikschulkurse in vielen hessischen Städten
- Attraktive Juleica-Rabatte in vielen Kommunen (ÖPNV, Schwimmbäder, Kultur)
- **Frankfurt, Hamburg:** Lernpatinnen-Schaften und Mentorinnen-Programme in Kooperation mit den Universitäten

Migration und Integration

Willkommenskultur: Welcome Center etablieren

Integration & Diversität · Soziale Gerechtigkeit · Bildung · Wirtschaftsförderung

Herausforderung

Mit 25% Migrationshintergrund aus 159 Nationen ist Gießen eine der vielfältigsten Städte Hessens. Als Standort der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) und als Universitätsstadt mit hohem Anteil internationaler Studierender hat Gießen besondere Verantwortung und Chancen. Zwar gibt es ein Handlungskonzept Integration (2015) und das WIR-Vielfaltszentrum, aber eine zentrale Welcome-Anlaufstelle fehlt.

Ziel

Etablierung eines Welcome Centers als zentrale Anlaufstelle für alle Zugewanderten (EU-Bürgerinnen, Drittstaatsangehörige, Studierende) mit umfassender Beratung zu allen Integrationsbelangen.

Maßnahmen

- **Welcome Center Gießen:** Gemeinsame Anlaufstelle von Stadt Gießen, Landkreis Gießen, JLU Gießen, BAMF und Jobcenter
- **Zwei spezialisierte Welcome Desks:** Für EU-Bürgerinnen und internationale Studierende / Für Drittstaatsangehörige und Geflüchtete
- Umfassende **Beratung** zu: Wohnungssuche, Jobvermittlung, Sprachkurse, Anerkennung von Abschlüssen, Kinderbetreuung, Gesundheit
- **Mehrsprachiges Personal** (mindestens Deutsch, Englisch, Arabisch, Ukrainisch)
- **Dolmetscherpool** für weitere Sprachen
- **Online-Informationsplattform** mit mehrsprachigen Materialien

Best Practices

- **Toronto Welcome Centre:** Umfassende Erstberatung für alle Zugewanderten
- **Wien:** StartWien (zentrale Anlaufstelle mit mehrsprachigem Personal)
- **Essen:** Modell Willkommensbehörde; serviceorientierter Ansatz statt Kontrollbehörde

Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten beschleunigen

Integration & Diversität · Soziale Gerechtigkeit · Selbstbestimmung · Housing First

Herausforderung

Gießen beherbergt die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) mit bis zu 1.000 Plätzen. Zentrale Massenunterkünfte fördern jedoch Isolation und erschweren Integration. Gießen hat mit einem innovativen Holzbau-Konzept bereits Modellcharakter gezeigt – jetzt muss die dezentrale Unterbringung in Wohnungen systematisch beschleunigt werden.

Ziel

Mindestens 50% aller anerkannten Geflüchteten innerhalb von 6 Monaten dezentral in Wohnungen unterbringen und Housing-First-Prinzipien auch für Geflüchtete anwenden.

Maßnahmen

- **Dezentralisierungsoffensive:** Systematische Vermittlung anerkannter Geflüchteter aus der EAEH in Wohnungen (Zielquote 50% in 6 Monaten)
- **Wohnraumakquise:** Kooperation mit Wohnbau Gießen GmbH und privaten Vermieterinnen, kommunale Anmietung bei Bedarf
- Integration der Unterbringung von Geflüchteten in Stadt- und Bauplanung mit flexiblen, **multifunktionalen Einrichtungen** (Nachnutzung bei sinkenden Zahlen)
- Umstellung des kommunalen Leistungssystems von Sach- auf **Geldleistungen** zur Förderung von Selbstbestimmung
- Einführung der **elektronischen Gesundheitskarte** für alle Geflüchteten

Best Practices

- **Gießen!:** Innovatives Holzbau-Konzept für EAEH
- **Bonn, Düsseldorf, Köln:** Dezentrale Unterbringung; Wohnungen statt Massenunterkünfte
- **Frankfurt, Berlin:** Housing-First-Ansätze für Geflüchtete

Welcome to Ausbildung – Brücke in den Arbeitsmarkt

Chancengleichheit · Soziale Gerechtigkeit · Selbstbestimmung · Fachkräftesicherung

Herausforderung

Viele zugewanderte Menschen verfügen über Qualifikationen und Motivation, finden aber schwer Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Gleichzeitig klagen Gießener Unternehmen über Fachkräftemangel. Als Universitäts- und Wirtschaftsstandort hat Gießen das Potenzial, diese Lücke zu schließen.

Ziel

100 zusätzliche Ausbildungsplätze für Menschen mit Migrationshintergrund in den nächsten 3 Jahren und systematische Brücke zwischen Zugewanderten und Gießener Wirtschaft.

Maßnahmen

- **Initiative Welcome to Ausbildung:** Kampagne zur Gewinnung von Unternehmen für Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund
- **Beratung für Unternehmen** zu Fördermöglichkeiten (z.B. Assistierte Ausbildung, ESF-Förderung)
- **Matching-Plattform** zwischen Bewerberinnen und Unternehmen über Welcome Center und Jobcenter
- **Ausbau der Sprachkurse** mit Fachvokabular in Kooperation mit VHS und anderen Bildungsträgern
- **Anerkennung ausländischer Abschlüsse** beschleunigen (Beratung im Welcome Center)
- **Mentorinnen-Programm:** Jede Auszubildende mit Migrationshintergrund bekommt Mentorin im Unternehmen

Best Practices

- Matching-Plattformen in mehreren hessischen Städten
- **Bundesweit:** IHK-Projekte Integration durch Ausbildung
- **Toronto:** Refugee Career Jumpstart; gezielte Vermittlung in Ausbildung mit 70% Erfolgsquote

Mehrgenerationenhäuser

Generationengerechtigkeit · Soziale Gerechtigkeit · Wohnen & Stadtentwicklung · Zusammenleben

Herausforderung

Gießen hat aktuell kein Mehrgenerationenhaus im Bundesprogramm. ABER: Mit 9-10 Familienzentren von 11 städtischen Kitas erfüllt Gießen bereits viele Funktionen von Mehrgenerationenhäusern (Beratung, Begegnung, Angebote für verschiedene Generationen).

Ziel

Ein zusätzliches klassisches Mehrgenerationenhaus ist nicht prioritär, da die Familienzentren-Struktur bereits exzellent ist.

Maßnahmen

- **Familienzentren erweitern:** Öffnung für ältere Menschen und andere Altersgruppen (bislang primär Fokus auf Familien mit Kleinkindern)
- **Generationen-Projekte:** Kooperation zwischen Kitas/Familienzentren und Seniorinneneinrichtungen (z.B. Lesepatinnen, gemeinsame Feste)
- **Infrastruktur nutzen:** Familienzentren als Orte der Begegnung für alle Generationen etablieren
- Falls dennoch Bedarf: **Prüfung einer Bewerbung** für Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus (50.000 €/Jahr: 40.000 € Bund + 10.000 € Kommune)

Best Practices

- 39 geförderte Mehrgenerationenhäuser in Hessen
- Kombination von Familienzentren und MGH-Funktionen in anderen Kommunen

Kultur

Kultur ist kein Luxus, sondern Grundbedürfnis und unverzichtbarer Motor für eine zukunftsfähige, sozial gerechte und lebendige Stadtgesellschaft. Gießen wächst – und mit der Bevölkerung wachsen auch Vielfalt, Ansprüche und Bedürfnisse: von Theatern, Museen und Bibliotheken über soziokulturelle Zentren und Nachbarschaftsprojekte bis hin zu Clubs, Off-Spaces, Festivals und Nachtkultur. All diese Bereiche prägen, wie attraktiv eine Universitätsstadt für Studierende, junge Familien, Kreative und die langjährige Einwohnerschaft ist.

Doch die kulturelle Infrastruktur hält mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Räume für Kultur werden knapper, Kulturschaffende finden kaum bezahlbare Ateliers, Proberäume oder Veranstaltungsorte. Neue Stadtquartiere entstehen oft ohne ausreichende Räumlichkeiten für Kultur und Soziokultur. Besonders betroffen sind die freie Szene und das Nachtleben: Clubs und Livemusikspielstätten stehen unter wirtschaftlichem und regulativem Druck, Außenveranstaltungen geraten immer wieder in Konflikt mit Lärmschutzauflagen, und nicht-kommerzielle Experimentierräume – von Bandproben bis zu Raves – haben kaum legale Orte. Gießen droht damit, genau jene Szenen zu verlieren, die eine junge Universitätsstadt lebendig und anziehend machen.

Volt setzt sich für eine Kulturpolitik ein, die diesen Trend umkehrt: Freiräume sichern, bestehende Kulturorte – inklusive Clubs und Nachtkultur – vor Verdrängung schützen, neue Räume für Kultur und Experimente schaffen und kulturelle Grundversorgung in allen Stadtteilen garantieren. Kultur wird dabei als Teil der Daseinsvorsorge verstanden und stadtplanerisch verankert – im Sinne einer Stadt der kurzen Wege, in der Menschen Kultur- und Nachbarschaftsangebote idealerweise innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Rad erreichen können. Das kulturelle Leitbild der Stadt Gießen betont zu Recht: „Ziel der Kulturpolitik ist es, Freiräume für die Kultur zu sichern.“

Dieses Ziel muss durch **verbindliche Mechanismen in Stadtentwicklung**, eine **zeitgemäße Förderung** und eine **engagierte Kulturverwaltung** mit Leben gefüllt werden – für eine Stadt, die **tagsüber wie nachts kulturell vielfältig** bleibt.

Kulturelle Infrastruktur zukunftssicher gestalten

Kultur & Kreativität · Finanzpolitik · Innovation

Herausforderung

Gießen steht vor einer doppelten Herausforderung: Die Stadt wächst kontinuierlich, doch die kulturelle Infrastruktur hält nicht Schritt. Räume für Kultur werden knapper, Kulturschaffende finden keine bezahlbaren Ateliers, Proberäume oder Veranstaltungsorte. Gleichzeitig droht die Verdrängung bestehender Kulturorte durch steigende Mietpreise und kommerzielle Interessen. Es fehlen verbindliche stadtplanerische Mechanismen, die das Mitwachsen der kulturellen Infrastruktur mit steigender Bevölkerungszahl garantieren. Ohne aktives Gegensteuern verliert Gießen nicht nur kulturelle Vielfalt, sondern auch einen wichtigen Standortfaktor für junge Menschen, Kreative und Kulturschaffende.

Ziel

Kulturelle Infrastruktur muss als Teil der Daseinsvorsorge verstanden und auch stadtplanerisch verankert werden. Jedes neue Quartier soll kulturelle Angebote beinhalten, bestehende Kulturorte müssen geschützt und neue Räume für Kultur geschaffen werden. Das Konzept der 15-Minuten-Stadt – in Deutschland erreichen Menschen bereits rund drei Viertel aller Alltagsziele binnen 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Rad. Das muss auch kulturelle Angebote einschließen: Theater, Bibliotheken, Ateliers und Gemeinschaftszentren gehören zur kulturellen Grundversorgung wie Supermärkte zur Nahversorgung.

Maßnahmen

- **Kulturbaukasten in allen Quartieren**, egal ob Neubau- und Entwicklungsgebiete. Die Schaffung von Kulturräumen (Ateliers, Proberäume, Ausstellungsflächen, kleine Bühnen) soll verbindlich in Bebauungsplänen oder städtebaulichen Verträgen verankert werden.
- **Kulturförderung proportional zum Bevölkerungswachstum**, um dauerhafte Unterfinanzierung zu vermeiden. Die Stadt Gießen stellt aktuell 60.000 Euro jährlich für Projektförderung bereit, dieser Betrag muss deutlich aufgestockt werden.
- **Raumkataster für Kultur**: Systematische Erfassung verfügbarer städtischer und privater Räume für kulturelle Nutzung, um Leerstand sichtbar zu machen und Vermittlung zu erleichtern.
- **Schutz bestehender Kulturorte**: Strukturelle Berücksichtigung von kulturell genutzten Immobilien bei Stadtentwicklungsprojekten, um Kulturorte vor Verdrängung zu schützen.

Kreativwirtschaft und Kulturgewerbehof am Walltor-Quartier

Kultur & Kreativität · Wirtschaftsförderung · Wohnen & Stadtentwicklung

Herausforderung

Das Walltor-Quartier ist ein strategischer Sanierungsbereich mit großem Potenzial für Kreativwirtschaft und Kultur. Gleichzeitig entsteht auf den Liegenschaften der alten Feuerwehr an der Westanlage am Oswaldsgarten – zwischen Weststadt, Lahn und Walltor-Quartier – der geplante Kulturgewerbehof. Die JLU-Studie „Kultur, Kreativwirtschaft und Stadtentwicklung in Gießen“ zeigt: Gießen benötigt genau einen solchen Ort als Synergiezentrum für wirtschaftliche, kulturelle und nachhaltige Entwicklung.

Kulturschaffende beleben typischerweise vernachlässigte Viertel mit Ateliers, Proberäumen, Off-Spaces und informellen Ausstellungsflächen, bevor Galerien, Agenturen und weitere Nutzungen folgen. Das gilt auch für die freie Szene und Teile der Nachtkultur. Ohne klare Leitplanken droht jedoch, dass diese Pionierinnen durch steigende Mieten und renditeorientierte Entwicklungen verdrängt werden. Der Kulturgewerbehof muss daher als Ankerpunkt für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung im Bereich zwischen Weststadt, Lahn, Steinstraßenviertel und Walltor-Quartier gedacht und politisch aktiv begleitet werden – nicht als isoliertes Immobilienprojekt.

Ziel

Das Walltor-Quartier wird zu einem lebendigen Kreativquartier mit einem Kulturgewerbehof als physischem Ankerpunkt – sozial, kulturell und wirtschaftlich durchmischt. Der Kulturgewerbehof bietet:

- bezahlbare Arbeitsräume für Kunst- und Musikschaaffende, Vereine, Kulturinitiativen und Kreativunternehmen,
- Proberäume, Studios und kleine Veranstaltungsflächen, die auch die **freie Szene und Nachtkultur** nutzen können,
- Räume für soziokulturelle Projekte, Bildung und Nachbarschaft.

Er soll als Katalysator für die zukunftsfähige Weiterentwicklung des Bereichs zwischen Lahn, Steinstraßenviertel und Walltor-Quartier wirken und explizit Stadt und Landkreis miteinander vernetzen. Der Kulturgewerbehof basiert auf vier Säulen: Innovation – Austausch – Netzwerk; Teilhabe – Selbstorganisation; Mehrwert – Nachbarschaft – Soziales; Zukunftsfähigkeit – Ökologie – faire Arbeit.

Volt unterstützt den Kulturgewerbehof ausdrücklich – aber nur, wenn er dauerhaft bezahlbare Räume für freie Szene und gemeinwohlorientierte Projekte sichert und nicht überwiegend als Prestige- oder Büroimmobilie für zahlungskräftige Nutzer:innen endet.

Maßnahmen

- **Kulturgewerbehof mit städtischer Grundfinanzierung und sozialer Bindung**

Zügige Realisierung des Kulturgewerbehofs auf den Liegenschaften der alten Feuerwehr am Oswaldsgarten – mit städtischer Grundfinanzierung für Aufbau und Basisbetrieb, langfristiger Sicherung durch Erbpacht bzw. kommunalen Grundstücksbesitz sowie sozial verträglichen, gedeckelten Mieten und verbindlichen Kontingenten für nicht-kommerzielle Träger, freie Szene und Vereine. Öffentliche Mittel werden dabei konsequent an soziale Bindung und Gemeinwohlorientierung geknüpft.

- **Nutzungsmix, Trägermodell mit Szenebeteiligung, Beirat mit Entscheidungsrechten**

Der Kulturgewerbehof wird als gemischt genutztes Haus konzipiert:

- ein wesentlicher Teil der Flächen für freie Kunst- und Musikszene, Proberäume, Studios, offene Werkstätten und kleine Bühnen,
- ein weiterer Teil für Kreativwirtschaft, Start-ups und sozialunternehmerische Projekte,
- der übrige Teil für soziokulturelle und nachbarschaftliche Nutzungen (z.B. Bildungsangebote, Initiativen aus dem Stadtteil, Kooperationen mit Akteurinnen aus dem Landkreis).

Dieser Nutzungsmix wird in Trägerstruktur und Mietverträgen gesichert.

- **Trägerschaft mit Beteiligung der Szene**

Volt setzt sich für ein gemeinwohlorientiertes Trägermodell ein, das die Stadt als Eigentümerin oder starke Partnerin einbindet und als Rechtsform z.B. eine Genossenschaft, Stiftung oder gGmbH mit Nutzerinnenbeteiligung vorsieht. Ein Beirat mit Vertreterinnen der freien Szene, Kreativwirtschaft, Stadtgesellschaft und Verwaltung begleitet Nutzungskonzept, Belegung und Vergabe.

- **Verzahnung mit Raumkataster und kreativen Zwischennutzungen („Frei_Fläche Gießen“)**

Der Kulturgewerbehof wird eng mit dem städtischen Raumkataster verknüpft: Leerstände im Umfeld von Walltor-Quartier und Weststadt werden über ein Programm „Frei_Fläche Gießen“ für kreative Zwischennutzungen (Ausstellungen, Ateliers, Pop-up-Clubs, Proberäume) geöffnet. Das bestehende Urbanautik-Programm (Kooperation Stadt – Raumstation) wird ausgebaut, um Zwischennutzungen systematisch an den Kulturgewerbehof anzubinden und so ein offenes Kreativquartier zu entwickeln – nicht nur ein einzelnes Haus.

- **Schnittstelle zur Nachtkultur und Clubszone**

Im Kulturgewerbehof werden gezielt Räume für niedrigschwellige Abend- und Nachtformate (z.B. kleinere Clubnächte, Listening Sessions, Label-Events, Safe-Space-Formate, Awareness-Workshops) mitgeplant. In Kooperation mit der geplanten Koordinationsstelle für Nachtkultur und der freien Szene werden potenzielle Konflikte (Lärm, Nutzungsspitzen) frühzeitig planerisch und baulich berücksichtigt, statt später nur ordnungsrechtlich zu reagieren.

- **Regionale Einbettung – Stadt und Landkreis gemeinsam**

Der Kulturgewerbehof öffnet sich ausdrücklich für Kreative, Bands und Initiativen aus dem Landkreis Gießen: Proberäume, Studios und Co-Working-Plätze werden für Projekte aus Stadt und Land zugänglich gemacht. Kooperationen mit Dorfgemeinschaftshäusern, Schulen und Vereinen im Umland (Workshops, Residenzen, gemeinsame Produktionen) werden über das Kulturbüro koordiniert und stärken die Kulturregion Gießen als Ganzes.

Best Practices

- **Förderprogramm "Frei_Fläche" NRW**

Das Programm fördert kreative Zwischennutzungen von Leerständen und zeigt, wie Innenstädte durch temporäre Kulturangebote belebt und niedrigschwellige Zugänge zur Kulturszene geschaffen werden können.

Freie Kulturszene stärken und Experimentierräume schaffen

Kultur & Kreativität · Innovation · Soziale Gerechtigkeit

Herausforderung

Die freie Kulturszene ist ein essenzieller Teil einer lebendigen Kulturlandschaft. Hier werden neue Formen erprobt, experimentiert und interkulturelle sowie politische Ideen entwickelt – von Off-Spaces über kleine Festivals bis hin zu kollektiven Projekträumen. Gleichzeitig arbeitet die freie Szene oft am Existenzminimum, wurde von der Corona-Krise besonders hart getroffen und kämpft mit bürokratischen Hürden bei Förderanträgen. Die städtische Projektförderung (60.000 Euro jährlich, Einzelförderung bis 3.000 Euro) reicht nicht aus, um Vielfalt, Experimentierfreude und neue Formate – auch im Bereich Nachtkultur – angemessen zu unterstützen.

Ziel

Die freie Kulturszene erhält verlässliche Förderstrukturen, die künstlerische Freiheit ermöglichen, faire Honorare stärken, Experimentierräume sichern und bürokratische Hürden abbauen. Experimentelle, unkonventionelle und diverse Projekte werden gezielt gefördert. Kulturförderung wird als Pflichtaufgabe städtischer Politik verstanden und entsprechend ausgestattet. Wo immer möglich, nutzt die Stadt Synergien mit dem Fördermittelmanagement des Landkreises und der EU-Koordinationsstelle, um Stadt-Land-Projekte in der Kultur (z.B. Festivals, Residenzen, mobile Formate) gemeinsam zu finanzieren.

Maßnahmen

- **Experimentierbudget** in Höhe von 20.000 Euro jährlich für unkonventionelle Kulturprojekte ohne aufwendige Antragsbürokratie – Förderentscheidungen erfolgen schnell und unkompliziert nach Wuppertaler Vorbild.
- **Erhöhung des Kulturfonds Gießen** auf 50.000 Euro jährlich für Projekte im öffentlichen Raum und in Stadtteilen. Der gemeinsame Kulturfonds Gießen–Wetzlar (derzeit 11.000 Euro) wird deutlich aufgestockt und stärker auf lokale Initiativen und freie Szene ausgerichtet.
- **Vereinfachte, transparente und inklusive Förderverfahren**
 - Anträge kleiner Initiativen bis 5.000 Euro werden auf maximal zwei Seiten begrenzt, Förderentscheidungen innerhalb von vier Wochen getroffen.
 - Förderkriterien, Jurybesetzungen und Entscheidungen werden transparent veröffentlicht; Ablehnungen enthalten konstruktives Feedback.
 - Die Stadt gestaltet Förderaufrufe barrierearm (klare Sprache, digitale Zugänge, ggf. Übersetzungen) und adressiert ausdrücklich marginalisierte Perspektiven (postmigrantische Initiativen, BIPOC-Communities, queere Gruppen, Menschen mit Behinderung).
- **Faire Honorare strukturell verankern:** Öffentliche Mittel werden so eingesetzt, dass künstlerische Arbeit nicht unter Mindesthonoraren stattfindet. In Richtlinien und Ausschreibungen werden faire Honorare explizit als Fördervoraussetzung benannt.

Best Practices

- **Wuppertaler Kulturförderung:** Das Kulturbüro der Stadt Wuppertal fördert über sechs Förderlinien die Freie Szene und wickelt Anträge für Sparkassenfonds, Bergischen Kulturfonds, Regionale Kulturpolitik und Programme der Kulturellen Bildung ab. Diese strukturierte Bündelung reduziert bürokratischen Aufwand und erhöht Transparenz.
- **Bundesweite Honoraruntergrenzen:** Seit 2024 verknüpft der Bund seine Kulturförderung mit Honoraruntergrenzen; NRW hat dies für Landesprogramme übernommen. Dieses Modell zeigt, wie faire Bezahlung verbindlich in Förderrichtlinien verankert werden kann.

Soziokultur in Stadtteilen verankern

Kultur & Kreativität · Soziale Gerechtigkeit · Partizipation

Herausforderung

Soziokultur und Nachbarschaftskultur sind mehr als Freizeitangebote – sie sind Kitt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Co-Working-Spaces, Repair-Cafés und Urban-Gardening-Projekte schaffen Begegnungsorte, in denen Menschen unterschiedlicher Herkunft, jeden Alters und mit verschiedenen Interessen

zusammenkommen. Doch in Gießen fehlen solche niedrigschwelligen Nachbarschaftszentren mit Kulturangebot. Das Flussstraßenviertel bietet ideale Voraussetzungen für ein solches Zentrum, doch die Umsetzung muss aktiv vorangetrieben werden.

Ziel

Jedes Stadtviertel verfügt über mindestens ein Nachbarschaftszentrum mit kulturellem Angebot – Proberäume, kleine Bühnen, Ausstellungsflächen, Werkstätten und Platz für Initiativen der freien Szene. Diese Zentren fördern kulturelle Teilhabe, stärken lokale Identität und schaffen Begegnungsräume für alle Generationen und Milieus. Die Stadt Gießen entwickelt ihre Nachbarschaftszentren in Abstimmung mit dem Landkreis weiter. Perspektivisch sollen städtische Zentren und Dorfgemeinschaftshäuser im Landkreis gemeinsam als Netz von Kultur- und Begegnungsorten in der gesamten Region Gießen wirken (z.B. gemeinsame Programme, Austauschformate, Residenzen).

Maßnahmen

- **Nachbarschaftszentrum Flussstraßenviertel:** Pilotprojekt mit Proberäumen, kleiner Bühne, Ausstellungsflächen, Co-Working-Space, Repair-Café und Urban-Gardening-Fläche. Die Planung erfolgt partizipativ unter Einbindung der Anwohnerinnen und lokalen Initiativen.
- **Kulturrucksack Gießen:** Kommunales Programm nach NRW-Vorbild für kostenfreie Kulturangebote für Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 14 Jahren – Tanz, Theater, Musik, Film, Schreiben, Malen. Startbudget: 50.000 Euro jährlich.
- **Interkulturelle Gärten:** Urban-Gardening-Projekte werden als Plattformen für kulturellen Austausch gefördert und mit soziokultureller Programmierung (Lesungen, Konzerte, Filmvorführungen) bespielt.
- **Mobile Kulturangebote:** Kultur kommt in die Stadtteile – mobile Bibliothek, Wanderausstellungen, Open-Air-Kino und Pop-up-Performances in unterversorgten Quartieren; perspektivisch vernetzt mit ähnlichen Angeboten im Landkreis. Perspektivisch werden diese mobilen Kulturangebote mit ähnlichen Formaten im Landkreis vernetzt, damit Stadtteile und Dörfer gemeinsam von Tourneen, Wanderausstellungen und Open-Air-Reihen profitieren.

Nachtleben, Clubkultur und sichere Freiräume

Kultur & Kreativität · Sicherheit · Soziale Gerechtigkeit · Integration & Diversität · Generationengerechtigkeit

Herausforderung

Gießens Profil als junge Universitätsstadt lebt von einem vielfältigen Nachtleben: Clubs, Bars, Livemusik, Open-Air-Veranstaltungen und nicht-kommerzielle Formate wie Raves. In den letzten Jahren geraten diese jedoch zunehmend unter Druck: Lärmschutzkonflikte

führen zu Einschränkungen von Außenveranstaltungen, Clubs und Livemusikspielstätten kämpfen mit steigenden Mieten und Auflagen, einige mussten bereits schließen. Legale Räume für elektronische Musik und Experimentierräume fehlen weitgehend. Wird darauf nur mit Verboten und Repression reagiert, verliert Gießen einen zentralen Teil seiner kulturellen Attraktivität – und junge Menschen weichen entweder in andere Städte oder in illegale Grauzonen aus.

Ziel

Volt will Gießen zu einer **nachtfreundlichen Stadt** entwickeln, in der Clubkultur, Konzerte, Biergärten und Raves als gleichwertiger Teil der Kultur anerkannt sind. Bestehende Clubs und Livemusikspielstätten werden als Kulturorte geschützt, neue legale „Rave Spaces“ innerhalb und außerhalb der Stadtgrenzen geschaffen. Konflikte mit Anwohnenden werden durch Vermittlung, Planung und baulichen Lärmschutz gelöst. Nachtleben soll sicher, inklusiv, feministisch und diskriminierungssensibel gestaltet sein – und datenbasiert statt aus dem Bauch heraus gesteuert werden.

Maßnahmen

- **Nachtkultur als Kulturaufgabe anerkennen und Clubs schützen**

Clubs, Musikspielstätten und kulturell geprägte Gastronomie werden im Kulturleitbild ausdrücklich als Kulturorte benannt. Die Stadt:

- wendet das „Agent-of-Change“-Prinzip an (Neubauten sorgen für Lärmschutz, nicht die bestehenden Clubs),
- prüft planungsrechtliche Bestandssicherungen für Kulturorte,
- öffnet Kulturförderinstrumente für Clubs (z.B. Lärmschutz, Barrierefreiheit, Awareness-Konzepte).

- **Faire Regeln für Außenkultur und legale „Rave Spaces“**

Statt pauschaler Verbote entwickelt die Stadt:

- ein transparentes Regelwerk für Außenveranstaltungen (klare Zeiten, Pegel, Ankündigungen),
- planerisch ausgewiesene Flächen für elektronische Musik und Raves – innerstädtisch und im Außenbereich, mit vereinfachten Genehmigungen für nicht-kommerzielle Veranstaltungen sowie Grundinfrastruktur (ÖPNV/Nachtbusse, sanitäre Anlagen, Müllkonzept).

- **Nachtbeauftragte / Nachtbürgermeisterin & Koordinationsstelle Nachtkultur**

Die bereits eingesetzte Nachtbeauftragte der Stadt Gießen wird zu einer unabhängigen, moderierenden Stelle mit klaren Kompetenzen für Nachtleben und Clubkultur weiterentwickelt. Der Fall Ulenspiegel – bei dem nach Anwohnerbeschwerden die Nutzung der Wiese hinter dem Biergarten für Veranstaltungen untersagt wurde, ohne einen tragfähigen Kompromiss zwischen Club, Nachbarschaft und Stadt zu finden – zeigt, wie dringend eine solche koordinierende Struktur ist, die:

- zwischen Clubs, Gastronomie, Anwohnenden, Ordnungsamt und Polizei vermittelt,

- Konflikte frühzeitig aufgreift und mediationbasierte Lösungen statt Verbotsauflagen erarbeitet,
- als feste Ansprechperson für neue Formate (z.B. Raves, Open-Air-Festivals) fungiert
- und eine gesamtstädtische Nachtkultur-Strategie, die Clubkultur, Lärmschutz, Sicherheit (Awareness, feministische Stadtplanung) und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zusammendenkt und koordiniert.
- **Sichere, diskriminierungssensible Nachtkultur**
Die Stadt unterstützt Clubs und Veranstaltende bei:
 - Awareness-Konzepten und Schulungen (z.B. gegen sexualisierte Gewalt, Rassismus, Queerfeindlichkeit),
 - der Einführung von Awareness-Teams und klaren Hausregeln,
 - der Verknüpfung mit Nachtbussen, On-Demand-Angeboten und Präventionsarbeit (Streetwork, Suchtberatung, Safer-Use-Informationen im rechtlich zulässigen Rahmen)

Darüber hinaus können Projekte der Nachtkultur – von Awareness-Konzepten bis zu neuen experimentellen Formaten – ausdrücklich aus dem Experimentierbudget und den vereinfachten Förderlinien für die freie Szene (siehe Abschnitt „Freie Kulturszene stärken und Experimentierräume schaffen“) mitgefördert werden.

Best Practices

- **Mannheim / Heidelberg: Nachtbürgermeisterin**
Mannheim hat 2018 als erste deutsche Stadt eine Nachtbürgermeisterin eingeführt; Heidelberg ist nachgezogen. Die Stelle vermittelt zwischen Bar- und Clubbetreibenden, Anwohnenden und Verwaltung und hat sich als wirksame Brücke bei Lärm-, Flächen- und Öffnungszeitenkonflikten etabliert.
- **Berlin: Clubcommission und Lärmschutzfonds**
In Berlin werden Clubs als Kulturorte anerkannt; eine Clubcommission vertritt ihre Interessen gegenüber Politik und Verwaltung. Ein spezieller Lärmschutzfonds unterstützt bauliche Maßnahmen, damit Clubs trotz Verdichtung erhalten bleiben – ein Vorbild für die Kombination aus Bestandsschutz und Lärmschutzförderung.
- **NRW-Städte: Nachtkulturstrategien**
Städte wie Köln und Dortmund entwickeln Nachtökonomie- bzw. Nachtkulturkonzepte mit klaren Leitlinien zu Öffnungszeiten, Lärmschutz und Flächennutzung. Solche Strategien zeigen, wie Kommunen Nachtleben aktiv gestalten können, statt nur auf Konflikte zu reagieren.

Kunst im öffentlichen Raum

Kultur & Kreativität · Wohnen & Stadtentwicklung · Partizipation

Herausforderung

Öffentliche Plätze wie Brandplatz, Lindenplatz und Marktplatz haben durch die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg ihre ursprüngliche Identität verloren. Heute werden sie häufig vor allem als Verkehrs- und Durchgangsflächen wahrgenommen und bieten wenig Aufenthaltsqualität. Kunst im öffentlichen Raum kann diese Orte neu lesbar machen, Identität stiften und niedrigschwellige kulturelle Teilhabe ermöglichen – gerade auch für Menschen, die sonst kaum Kulturangebote nutzen. Zugleich wird die bestehende Kunst-am-Bau-Regelung des Landes Hessen in Gießen bislang nicht konsequent genutzt, und es fehlt an einer klaren kommunalen Strategie, wie Kunst im öffentlichen Raum mit Stadtentwicklung, Erinnerungskultur und Soziokultur zusammengedacht werden soll.

Ziel

Gießens öffentliche Plätze, Wege und Gebäude werden zu lebendigen Kulturorten. Kunst-am-Bau wird bei allen kommunalen Bauvorhaben konsequent umgesetzt und durch eine eigene städtische Quote ergänzt. Skulpturen, Murals, Lichtinstallationen und partizipative Projekte werten den öffentlichen Raum dauerhaft und temporär auf. Regelmäßige kulturelle Veranstaltungen auf Plätzen – von Open-Air-Konzerten über Straßentheater bis zu Kunstaktionen – gehören selbstverständlich zum Stadtbild.

Maßnahmen

- **Kunst-am-Bau-Regelung konsequent anwenden und ausweiten**
Gießen übernimmt die Darmstädter Praxis: Bis zu 2 % der Baukosten bei kommunalen Projekten werden für Kunst am Bau und Kunst im direkten Umfeld (Plätze, Zugänge, Freiflächen) reserviert.
- **Kommunaler Kunstbeirat**
Ein Kunstbeirat begleitet Kunst-am-Bau- und Kunst-im-Raum-Projekte, organisiert transparente Wettbewerbe und Ausschreibungen und bezieht lokale Kunstschaaffende ein.
- **Kulturfonds für öffentlichen Raum**
Jährlich mindestens 50.000 Euro für Kunstprojekte auf Plätzen, in Parks und an Gebäuden – von temporären Installationen bis zu dauerhaften Skulpturen.
- **Plätze als regelmäßige Kulturorte nutzen**
Brandplatz, Lindenplatz und Marktplatz werden gezielt als Kulturorte profiliert: Mindestens ein regelmäßiges, niedrigschwelliges Kulturformat pro Monat im öffentlichen Raum (z.B. Straßentheater, Konzerte, Lesungen, Filmnächte).
- **Kulturnacht Gießen**
Jährliches stadtweites Fest zur Sichtbarmachung der kulturellen Vielfalt – alle Kulturorte öffnen ihre Türen, besondere Performances und Installationen im öffentlichen Raum.

Best Practices

- **Kunst am Bau in Hessen:** Das Land führt professionelle Kunstwettbewerbe durch – aktuell beim Hauptzollamt Gießen mit 245.000 Euro Budget. Diese etablierte Praxis zeigt, wie Kunst systematisch in öffentliche Bauprojekte integriert werden kann.
- **Darmstädter Modell:** Die Stadt setzt 2% der Baukosten bei Projekten unter 10 Millionen Euro für Kunst am Bau an – ein ambitionierter Standard, den Gießen übernehmen sollte.

Erinnerungskultur neu denken

Kultur & Kreativität · Bildung · Integration & Diversität · Partizipation

Herausforderung

Erinnerungskultur darf sich nicht auf Gedenktafeln und Denkmäler beschränken. Eine zeitgemäße Geschichtsvermittlung muss pluralistisch, gendersensibel, postmigrantisch und partizipativ sein. Gießens historische Plätze erzählen vielschichtige Geschichten, die mit digitalen Mitteln erlebbar gemacht werden können. Zugleich fehlen Formate, die verschiedene Perspektiven einbeziehen und zur aktiven Auseinandersetzung mit der Stadtgeschichte einladen.

Ziel

Gießens Geschichte wird lebendig, zugänglich und multiperspektivisch vermittelt. Digitale Tools verbinden historische Orte mit multimedialen Inhalten. Partizipative Geschichtswerkstätten ermöglichen der Bürgerschaft, lokale Geschichte mitzugestalten. Erinnerungskultur wird als kontinuierlicher Dialog verstanden, nicht als abgeschlossene Erzählung.

Maßnahmen

- **Digitale Geschichtsvermittlung**
QR-Codes an historischen Orten führen zu multimedialen Erläuterungen – Texte, Fotos, Audio, Video. Historische Informationen werden nach Wuppertaler Vorbild direkt im Stadtbild zugänglich gemacht.
- **Gießen History App**
Nach dem Modell der Frankfurt History App entsteht eine interaktive Stadtgeschichts-App, die Orte mit persönlichen Geschichten, historischen Aufnahmen und Audio-Rundgängen verbindet. Nutzende können eigene Inhalte ergänzen und Rundgänge kuratieren.
- **Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive**
Partizipative Formate ermöglichen der Bürgerschaft, lokale Geschichte zu erforschen und zu dokumentieren – von Oral-History-Projekten über Stadtteilarchive bis zu künstlerischen Auseinandersetzungen.

- **Info-Stelen an historischen Plätzen**

Am Brandplatz, Lindenplatz und anderen zerstörten Plätzen visualisieren Info-Stelen die historische Bebauung und erzählen die Geschichte der Orte und ihrer Menschen.

- **Pluralistische Erinnerungskultur**

Bei Straßenbenennungen, Denkmälern und Gedenkveranstaltungen werden systematisch marginalisierte Perspektiven einbezogen – etwa von Frauen, Migrantinnen und anderen von Verfolgung Betroffenen.

Best Practices

- **Frankfurt History App:** Über 1.000 Orte zur NS-Vergangenheit sind kartiert, Rundgänge in Leichter Sprache und partizipative Erweiterungen ermöglichen breite Teilhabe.
- **QR-Codes in Wuppertal:** Historische Erläuterungen werden niedrigschwellig, mehrsprachig und jederzeit abrufbar direkt im Stadtbild zugänglich gemacht.

Kulturelle Bildung für alle

Kultur & Kreativität · Bildung · Soziale Gerechtigkeit · Generationengerechtigkeit

Herausforderung

Kulturelle Bildung ist essentiell für Persönlichkeitsentwicklung, Kreativität und demokratische Teilhabe. Sie darf nicht vom Elternhaus, vom Geldbeutel oder von der Schulform abhängen. Kooperationen zwischen Schulen, Kunstschaaffenden und Kultureinrichtungen öffnen solche Zugänge – doch in Gießen sind sie noch nicht systematisch verankert. Kulturelle Bildung wird in Schul- und Jugendhilfeplanung bislang eher als Zusatz denn als Querschnittsaufgabe behandelt, und viele Kinder und Jugendliche erreichen Kulturangebote im Alltag kaum, insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren.

Ziel

Alle Kinder und Jugendlichen in Gießen erhalten verlässlichen Zugang zu kultureller Bildung – unabhängig von Herkunft, Einkommen, Schulform oder Stadtteil. Systematische Kooperationen zwischen Schulen und Kultureinrichtungen werden zum Standard, außerschulische Lernorte regelmäßig genutzt, und kulturelle Bildung wird fest in kommunalen Planungsprozessen verankert.

Maßnahmen

- **Bildungspartner Gießen**

Nach dem erfolgreichen Modell „Bildungspartner NRW“ wird ein systematisches Kooperationsprogramm zwischen Schulen und kommunalen Bildungs- und

Kultureinrichtungen aufgebaut – mit Archiven, Bibliotheken, Museen, Musikschulen, Theatern, Vereinen und freien Initiativen.

- **Kulturelle Bildung im Schulprogramm verankern**

Jede Schule entwickelt mindestens drei verbindliche Kooperationen mit Kultureinrichtungen, die im Schulprogramm festgeschrieben werden. Die Stadt unterstützt durch Koordination und Förderung von Fahrtkosten, Eintritt und Honoraren.

- **Außerschulische Lernorte stärken**

Museen, Theater, Bibliotheken und Kreativwerkstätten entwickeln gezielte Angebote für Schulklassen und Jugendgruppen. Die Stadt bezuschusst Eintrittsgelder und Workshops, damit finanzielle Hürden kein Ausschlusskriterium sind.

- **Kulturrucksack Gießen**

Kostenfreie oder stark vergünstigte Kulturangebote für 10- bis 14-Jährige in Ferienzeiten und am Wochenende – z.B. Tanz, Theater, Musik, Film, Schreiben, Medien und Bildende Kunst. Startbudget: 50.000 Euro jährlich, mit klarer sozialer Schwerpunktsetzung in unterversorgten Quartieren.

- **Kulturelle Bildung als Pflichtthema in Planung und Verwaltung**

Kulturelle Bildung wird systematisch in Schul- und Jugendhilfeplanung berücksichtigt. Ein kommunaler Koordinierungskreis Kulturelle Bildung vernetzt Akteurinnen aus Schulen, Verwaltung und Kulturbereich, entwickelt gemeinsame Strategien und sorgt für Transparenz zu Angeboten und Fördermitteln.

Best Practices

- **Bildungspartner NRW:** Unterstützung der systematischen Zusammenarbeit von Schulen und kommunalen Einrichtungen seit 2005; über 1.300 Schulen und 350 außerschulische Partner sind beteiligt. Das Programm zeigt, wie kulturelle Bildung strukturell verankert werden kann.
- **Kulturrucksack NRW:** Landesprogramm für kostenlose bzw. stark vergünstigte Kulturangebote für 10- bis 14-Jährige, an dem sich über 230 Städte und Gemeinden beteiligen. Es dient als direktes Vorbild für den „Kulturrucksack Gießen“.

Gießen muss **Kultur, Nachtleben, Ruhe und Teilhabe** in allen Stadtteilen neu austarieren

... und das nicht mit Symbolpolitik, sondern mit einer klaren Strategie für Räume, Rechte und Ressourcen:

Kulturelle Infrastruktur als Teil der Stadtentwicklung, Kulturgewerbehof an der Alten Feuerwache als gemeinwohlorientierter Anker, Frei_Fläche Gießen und kreative Zwischennutzungen gegen Leerstand, starke freie Szene und Soziokultur in den Quartieren, Kunst im öffentlichen Raum als Stadtgestaltung, digitale Erinnerungskultur und eine Nachtkultur, die sicher, solidarisch und feministisch gedacht ist. Dazu gehört eine

Nachtbeauftragte mit echten Kompetenzen, Kulturangebote in allen Stadtteilen – nicht nur in der Innenstadt – und eine Förderpolitik, die kleine Initiativen genauso im Blick hat wie große Häuser.

Freiräume statt Verdrängung, faire Honorare statt Selbstausbeutung, Zwischennutzung statt Dauerleerstand, Mitbestimmung statt Hinterzimmer – das sind die Prinzipien einer progressiven Kulturpolitik. Gießen kann zur Modellstadt werden, in der freie Szene, Kulturinstitutionen, Kreativwirtschaft, Soziokultur, Nachtkultur und Verwaltung Kultur als Teil der Daseinsvorsorge entwickeln – niedrigschwellig, vielfältig, bezahlbar und barrierearm, zugänglich für alle Generationen und Lebensrealitäten.

Die kulturelle Zukunft Gießens entsteht nicht nur in großen Häusern, sondern in Hinterhöfen und Proberäumen, auf Plätzen und in Clubs – **durch eine Stadt, die Kultur als Querschnittsaufgabe ernst nimmt und ihr Räume, Rechte und Ressourcen gibt.**

Europa

Europa ist keine ferne Idee, sondern prägt längst den Alltag in Gießen und im Landkreis. Fördermittel unterstützen Schulen, digitale Infrastruktur und Klimaschutz, europäische Programme stärken Mobilität, Partnerschaften und die Ansiedlung neuer Unternehmen. Die Zukunft Gießens und der Gemeinden im Landkreis wird in enger Zusammenarbeit mit Europa gestaltet. Volt macht diese Verbindungen sichtbar, stärkt die europäische Identität vor Ort und sorgt dafür, dass Gießen von den Chancen der europäischen Zusammenarbeit profitiert. Nur gemeinsam können wir Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit finden, pragmatisch, progressiv und europäisch.

Gießen als Eurotown

Europa · Innovation · Wirtschaftsförderung

Herausforderung

Auch mittelgroße Städte können europäische Politik aktiv mitgestalten, wenn sie sich zusammenschließen. Das Netzwerk Eurotowns bietet Gießen die Chance, Kräfte zu bündeln, Fördermittel gezielt zu nutzen und gemeinsam Pilotprojekte voranzubringen. So entstehen neue Impulse für Mobilität, Kreislaufwirtschaft und digitale Daseinsvorsorge und das alles sichtbar und erlebbar vor Ort.

Ziel

Nach einem Beitritt verfügt Gießen über ein strukturiertes Netzwerk europäischer Partnerkommunen, erhöht seine Sichtbarkeit auf EU-Ebene und kann EU-Förderprogramme planvoll ausschöpfen.

Maßnahmen

- **Beitritt Netzwerk Eurotowns:** Bis 2027 soll Gießen dem Netzwerk Eurotowns beitreten und innerhalb von drei Jahren mindestens ein Pilotprojekt übernehmen, das lokale Innovationen mit europäischen Strategien verbindet, z.B. ein Circular Economy Lab.

EU Bürgerschaftsbeteiligung

Europa · Innovation · Wirtschaftsförderung

Herausforderung

Obwohl Instrumente wie die Europäische Bürgerinitiative und die EU-Plattform für Bürgerschaftsbeteiligung es Menschen ermöglichen, europäische Politik aktiv mitzugestalten, sind diese Angebote in Gießen und dem Landkreis bislang wenig bekannt und oft nicht barrierearm zugänglich. Dadurch bleiben Beteiligungsmöglichkeiten ungenutzt und Europa wirkt für Teile der Bürgerschaft fern, abstrakt und schwer greifbar.

Ziel

Ziel ist, dass die Kommunen im Landkreis Gießen ihrer Bürgerschaft die unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten auf EU-Ebene verständlich vermitteln. Volt setzt sich dafür ein, dass ab dem Jahr 2026 in jeder Kommune klar ist, welche Wege es für Engagement auf europäischer Ebene gibt und dass der Satz „Europa fängt hier an“ mit konkreten Angeboten hinterlegt ist.

Maßnahmen

Teile der Bürgerschaft empfinden Europa als weit weg oder abstrakt. Volt will diese Distanz überwinden und setzt deshalb auf zwei zentrale Zugänge, die europäische Politik vor Ort erlebbar machen.

- Volt will durch die EU Citizens' Engagement Plattform einen unkomplizierten Zugang schaffen, um eigene Ideen und Anliegen direkt in den politischen Prozess der EU einzubringen. Die Plattform ist digital, barrierearm und transparent gestaltet.
- Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ermöglicht es der Bürgerschaft, Themen eigenständig auf die Agenda der EU zu setzen, verbindlich und wirksam, wenn ausreichend viele Menschen aus verschiedenen Mitgliedstaaten die Initiative unterstützen.

Beide Ansätze bauen eine direkte Brücke zwischen der Lebensrealität in Gießen und der europäischen Politik. Sie machen deutlich, dass Mitmachen nicht nur möglich ist, sondern ausdrücklich gewollt. So wird Europa konkret, verständlich und gestaltbar.

Europäische Identität in Gießen

Europa · Integration & Diversität · Bildung · Kultur & Kreativität

Herausforderung

Europa wirkt in Gießen und im Landkreis, bleibt jedoch oft unsichtbar. Fördermittel, Partnerschaften und Projekte prägen bereits heute viele Bereiche des kommunalen Lebens.

Ziel

Volt setzt darauf, diese europäischen Erfolge sichtbar zu machen und den Menschen vor Ort zu zeigen, dass Europa Lebensqualität stärkt, Chancen eröffnet und Verbindungen über Grenzen hinweg schafft.

Europäische Identität soll nicht abstrakt bleiben, sondern in Schulen, Rathäusern, Vereinen und auf öffentlichen Plätzen erlebbar sein. Ziel ist, dass die Menschen in Gießen und im Landkreis bewusst wahrnehmen, wie sehr Europa Teil des kommunalen Alltags ist und welche Möglichkeiten sich daraus ergeben.

Maßnahmen

Volt will eine aktive Kommunikation über die Europäische Union und ihre konkreten Vorteile vor Ort. Dazu gehören insbesondere:

- **Darstellung von Zuschüssen und Fördermitteln der EU**, mit denen lokale Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung, Umwelt- und Sozialprojekte unterstützt wurden oder aktuell unterstützt werden
- **Information über Subventionen für Wirtschaft und Landwirtschaft im Landkreis**, die Arbeitsplätze sichern und Innovationen fördern
- **Aufzeigen der wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Politik auf Gießen**, etwa durch Strukturförderung, Investitionen und internationale Kooperationen
- **Erklärung der Rolle europäischer Institutionen und Organe**, deren Entscheidungen Gießen und den Landkreis unmittelbar betreffen
- **Sichtbarmachung von EU-Abgeordneten mit Bezug zur Region**, die als Ansprechpersonen zwischen Europa und kommunaler Realität wirken und deren Arbeit stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken soll
- **Teilnahme am Projekt „Europa fängt in der Gemeinde an“** (Building Europe with Local Councillors, BELC), das ein europaweites Netzwerk kommunal gewählter Mandatstragender aufbaut und EU-Politik dort erklärt, wo sie unmittelbar wirkt, in Stadtparlamenten, Kreistagen und Ortsbeiräten

Volt will, dass sich Gießen aktiv in Europa vernetzt und an Angeboten und Programmen von EU-Institutionen teilnimmt, etwa im Europäischen Ausschuss der Regionen. Durch den Fokus der Verwaltung und der lokal gewählten Mandatstragenden auf europäische Vernetzung und Austausch möchte Volt das europäische Gemeinschaftsgefühl stärken, das Verständnis für unterschiedliche Lebensrealitäten innerhalb der EU vertiefen und das Zusammenwachsen über nationale Grenzen hinweg fördern.

Städtepartnerschaften

Europa · Kultur & Kreativität · Bildung

Herausforderung

Städtepartnerschaften sind gelebtes Europa. Durch Austauschprogramme, gemeinsame Projekte und Begegnungen bringen sie Menschen zusammen, fördern gegenseitiges Verständnis und bauen Vorurteile ab.

Ziel

Volt will, dass die Gemeinden im Landkreis Gießen ihre Partnerschaften aktiver, sichtbarer und zeitgemäßer gestalten, damit Europa vor Ort konkret erfahrbar wird.

Schon heute unterhalten die Gemeinden des Landkreises internationale Städtepartnerschaften innerhalb der EU, unter anderem mit Ferrara in Italien, Gödöllő in Ungarn, Macheren und Brassac-les-Mines in Frankreich, Kieferstädtel in Polen und Vänersborg in Schweden. Diese Partnerschaften sollen für die Bürgerschaft erlebbarer und sichtbarer werden.

Maßnahmen

- **Förderung des kulturellen Austauschs** zwischen Kommunen, Vereinen und Organisationen
- **Ausbau internationaler Austauschprogramme** sowie Kooperationen in der Jugend- und Erwachsenenbildung
- **Nutzung digitaler Formate für gemeinsame Projekte**, zum Beispiel virtuelle Begegnungen und kollaborative Plattformen
- **Gemeinsame Veranstaltungen, Festivals und Austauschprogramme**, die Verständnis und Toleranz fördern
- **Ausbau von Schüler- und Jugendaustauschen**, damit junge Menschen internationale Erfahrungen sammeln und Sprachkenntnisse vertiefen können
- **Stärkung wirtschaftlicher Netzwerke**, damit Unternehmen neue Märkte erschließen und Kommunen durch gemeinsame Projekte Impulse für ihre Entwicklung erhalten

Europa ist für Gießen und den Landkreis kein abstraktes Konstrukt, sondern längst ein täglicher Bestandteil des kommunalen Lebens. Volt will diese Nähe sichtbar machen und dafür sorgen, dass Chancen, Fördermittel und europäische Netzwerke konsequent genutzt werden. Eine starke europäische Verankerung stärkt die Zukunftsfähigkeit Gießens und die lokale Demokratie. Sie eröffnet zudem neue Möglichkeiten für Teilhabe und Wohlstand. Europa beginnt hier und gemeinsam gestalten wir es weiter.

Volt Gießen – für eine Stadt, die europäisch denkt und lokal handelt.